

Vertrag

zwischen

dem Königreich Belgien,  
der Bundesrepublik Deutschland,  
dem Königreich Spanien,  
der Französischen Republik,  
dem Großherzogtum Luxemburg,  
dem Königreich der Niederlande und  
der Republik Österreich

über

die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,  
insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus,  
der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

Die hohen Vertragsparteien dieses Vertrags, Mitgliedstaaten der Europäischen Union -

in der Erwägung, dass es in einem Raum des freien Personenverkehrs wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Zusammenarbeit verstärken, um Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Migration wirksamer zu bekämpfen,

in dem Bestreben, zur Fortentwicklung der Europäischen Zusammenarbeit unbeschadet des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine Vorreiterrolle bei der Erreichung eines möglichst hohen Standards in der Zusammenarbeit, vor allem durch einen verbesserten Austausch von Informationen, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie der illegalen Migration, einzunehmen und allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Teilnahme an dieser Zusammenarbeit zu eröffnen,

in dem Bestreben, die Regelungen des vorliegenden Vertrags in den Rechtsrahmen der Europäischen Union zu überführen, um eine unionsweite Verbesserung des Austauschs von Informationen, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie der illegalen Migration, zu erreichen und hierfür die notwendigen rechtlichen und technischen Voraussetzungen zu schaffen,

unter Beachtung der Grundrechte, wie sie sich aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie den gemeinsamen Verfassungstraditionen der beteiligten Staaten ergeben, insbesondere in dem Bewusstsein, dass die Übermittlung personenbezogener Daten an eine andere Vertragspartei die Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus durch die empfangende Vertragspartei voraussetzt,

in der Erwägung, dass unbeschadet des derzeit geltenden innerstaatlichen Rechts geeignete gerichtliche Überprüfungen der in diesem Vertrag vorgesehenen Maßnahmen beibehalten und vorgesehen werden müssen,

in der Bereitschaft, diesen Vertrag durch weitere Übereinkünfte zu ergänzen, um den automatisierten Abruf von Daten aus weiteren geeigneten Datenbanken zu ermöglichen, soweit dies zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit notwendig und verhältnismäßig ist -

sind wie folgt übereingekommen:

## Kapitel 1

### Allgemeiner Teil

#### Artikel 1

##### Grundsätze

- (1) Die Vertragsparteien bezwecken mit diesem Vertrag die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere den Informationsaustausch, untereinander zu vertiefen.
- (2) Diese Zusammenarbeit berührt nicht das Recht der Europäischen Union und steht nach Maßgabe dieses Vertrags jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Beitritt offen.
- (3) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vertrags zielt auf die Entwicklung von Initiativen zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit in den in diesem Vertrag bezeichneten Bereichen ab.
- (4) Spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird auf der Grundlage einer Bewertung der Erfahrungen bei der Durchführung des Vertrags in Abstimmung mit der Europäischen Kommission beziehungsweise auf Vorschlag der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur

Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine Initiative für die Überführung der Regelungen dieses Vertrags in den Rechtsrahmen der Europäischen Union unterbreitet.

(5) Die Vertragsparteien berichten regelmäßig gemeinsam dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über den Fortgang der Zusammenarbeit.

## Kapitel 2

### DNA-Profile, daktyloskopische Daten und sonstige Daten

#### Artikel 2

##### Einrichtung von nationalen DNA-Analyse-Dateien

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zum Zweck der Verfolgung von Straftaten nationale DNA-Analyse-Dateien zu errichten und zu führen. Die Verarbeitung der in diesen Dateien gespeicherten Daten aufgrund dieses Vertrags erfolgt vorbehaltlich der sonstigen Bestimmungen des Vertrags nach Maßgabe des für den Verarbeitungsvorgang geltenden innerstaatlichen Rechts.

(2) Für die Zwecke der Durchführung dieses Vertrags gewährleisten die Vertragsparteien, dass Fundstellendatensätze zum Bestand der nationalen DNA-Analyse-Dateien nach Absatz 1 Satz 1 vorhanden sind. Fundstellendatensätze enthalten ausschließlich aus dem nicht codierenden Teil der DNA ermittelte DNA-Profile\* und eine Kennung. Fundstellendatensätze dürfen keine den Betroffenen unmittelbar identifizierenden Daten enthalten. Fundstellendatensätze, die keiner Person zugeordnet werden können (offene Spuren), müssen als solche erkennbar sein.

(3) Bei Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde benennt jede Vertragspartei die nationalen DNA-Analyse-Dateien, auf die die Artikel

2 bis 6 Anwendung finden, sowie die Bedingungen für den automatisierten Abruf nach Artikel 3 Absatz 1.

\* Für die Bundesrepublik Deutschland sind DNA-Profile im Sinne dieses Vertrags DNA-Identifizierungsmuster.

### Artikel 3

#### Automatisierter Abruf von DNA-Profilen

(1) Die Vertragsparteien gestatten den nationalen Kontaktstellen nach Artikel 6 der anderen Vertragsparteien zum Zweck der Verfolgung von Straftaten den Zugriff auf die Fundstellendatensätze ihrer DNA-Analyse-Dateien mit dem Recht, diese automatisiert mittels eines Vergleichs der DNA-Profile abzurufen. Die Anfrage darf nur im Einzelfall und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der abrufenden Vertragspartei erfolgen.

(2) Wird im Zuge eines automatisierten Abrufs eine Übereinstimmung eines übermittelten DNA-Profiles mit einem in der Datei der empfangenden Vertragspartei gespeicherten DNA-Profil festgestellt, so erhält die anfragende nationale Kontaktstelle automatisiert die Information über das Vorliegen eines Treffers und die Kennung. Kann keine Übereinstimmung festgestellt werden, so wird dies automatisiert mitgeteilt.

### Artikel 4

#### Automatisierter Abgleich von DNA-Profilen

(1) Die Vertragsparteien gleichen im gegenseitigen Einvernehmen über ihre nationalen Kontaktstellen die DNA-Profile ihrer offenen Spuren zur Verfolgung von Straftaten mit allen DNA-Profilen aus Fundstellendatensätzen der anderen nationalen DNA-Analyse-Dateien ab. Die Übermittlung und der Abgleich erfolgen automatisiert. Die Übermittlung

zum Zwecke des Abgleichs der DNA-Profile der offenen Spuren erfolgt nur in solchen Fällen, in denen diese nach dem innerstaatlichen Recht der ersuchenden Vertragspartei vorgesehen ist.

(2) Stellt eine Vertragspartei beim Abgleich nach Absatz 1 fest, dass übermittelte DNA-Profile mit denjenigen in ihrer DNA-Analyse-Datei übereinstimmen, so übermittelt sie der nationalen Kontaktstelle der anderen Vertragspartei unverzüglich die Fundstellendatensätze, hinsichtlich derer eine Übereinstimmung festgestellt worden ist.

#### Artikel 5

##### Übermittlung weiterer personenbezogener Daten und sonstiger Informationen

Im Fall der Feststellung einer Übereinstimmung von DNA-Profilen im Verfahren nach den Artikeln 3 und 4 richtet sich die Übermittlung weiterer zu den Fundstellendatensätzen vorhandener personenbezogener Daten und sonstiger Informationen nach dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Vorschriften über die Rechtshilfe der ersuchten Vertragspartei.

#### Artikel 6

##### Nationale Kontaktstelle und Durchführungsvereinbarung

(1) Zur Durchführung der Datenübermittlungen nach den Artikeln 3 und 4 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

(2) Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung der in den Artikeln 3 und 4 beschriebenen Verfahren werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

## Artikel 7

### Gewinnung molekulargenetischen Materials und Übermittlung von DNA-Profilen

Liegt im Zuge eines laufenden Ermittlungs- oder Strafverfahrens kein DNA-Profil einer im Hoheitsgebiet einer ersuchten Vertragspartei aufhältigen bestimmten Person vor, so leistet die ersuchte Vertragspartei Rechtshilfe durch die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials von dieser Person sowie durch die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profiles, wenn

1. die ersuchende Vertragspartei mitteilt, zu welchem Zweck dies erforderlich ist,
2. die ersuchende Vertragspartei eine nach ihrem Recht erforderliche Untersuchungsanordnung oder -erklärung der zuständigen Stelle vorlegt, aus der hervorgeht, dass die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials vorlägen, wenn sich die bestimmte Person im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei befände, und
3. die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials sowie die Voraussetzungen für die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profiles nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei vorliegen.

## Artikel 8

### Daktyloskopische Daten

Für die Zwecke der Durchführung dieses Vertrags gewährleisten die Vertragsparteien, dass Fundstellendatensätze zum Bestand der zum Zweck der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten errichteten nationalen automatisierten daktyloskopischen Identifizierungssysteme vorhanden sind. Fundstellendatensätze enthalten ausschließlich daktyloskopische Daten und eine Kennung. Fundstellendatensätze dürfen keine den Betroffenen unmittelbar identi-

fizierenden Daten enthalten. Fundstellendatensätze, die keiner Person zugeordnet werden können (offene Spuren), müssen als solche erkennbar sein.

#### Artikel 9

##### Automatisierter Abruf von daktyloskopischen Daten

(1) Die Vertragsparteien gestatten der nationalen Kontaktstelle nach Artikel 11 der anderen Vertragsparteien zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten den Zugriff auf die Fundstellendatensätze ihrer zu diesen Zwecken eingerichteten automatisierten daktyloskopischen Identifizierungssysteme mit dem Recht, diese automatisiert mittels eines Vergleichs der daktyloskopischen Daten abzurufen. Die Anfrage darf nur im Einzelfall und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der abrufenden Vertragspartei erfolgen.

(2) Die endgültige Zuordnung eines daktyloskopischen Datums zu einem Fundstellendatensatz der Datei führenden Vertragspartei erfolgt durch die abrufende nationale Kontaktstelle anhand der automatisiert übermittelten Fundstellendatensätze, die für die eindeutige Zuordnung erforderlich sind.

#### Artikel 10

##### Übermittlung weiterer personenbezogener Daten und sonstiger Informationen

Im Fall der Feststellung einer Übereinstimmung von daktyloskopischen Daten im Verfahren nach Artikel 9 richtet sich die Übermittlung weiterer zu den Fundstellendatensätzen vorhandener personenbezogener Daten und sonstiger Informationen nach dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Vorschriften über die Rechtshilfe der ersuchten Vertragspartei.



## Artikel 11

### Nationale Kontaktstelle und Durchführungsvereinbarung

(1) Zur Durchführung der Datenübermittlungen nach Artikel 9 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

(2) Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des in Artikel 9 beschriebenen Verfahrens werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

## Artikel 12

### Automatisierter Abruf von Daten aus den Fahrzeugregistern

(1) Die Vertragsparteien gestatten den nationalen Kontaktstellen nach Absatz 2 der anderen Vertragsparteien zum Zweck der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten sowie der Verfolgung von solchen Verstößen, die bei der abrufenden Vertragspartei in die Zuständigkeit der Gerichte oder Staatsanwaltschaften fallen, und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit den Zugriff auf folgende Daten aus den nationalen Fahrzeugregistern mit dem Recht, diese automatisiert im Einzelfall abzurufen:

1. Eigentümer- beziehungsweise Halterdaten und

2. Fahrzeugdaten.

Die Anfrage darf nur unter Verwendung einer vollständigen Fahrzeugidentifizierungsnummer oder eines vollständigen Kennzeichens erfolgen. Die Anfrage darf nur nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der abrufenden Vertragspartei erfolgen.

(2) Zur Durchführung der Datenübermittlungen nach Absatz 1 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle für eingehende Ersuchen. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht. Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des Verfahrens werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

### Artikel 13

#### Übermittlung nicht-personenbezogener Informationen

Zum Zweck der Verhinderung von Straftaten und zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit Großveranstaltungen mit grenzüberschreitendem Bezug, insbesondere im Bereich des Sports oder der Tagungen des Europäischen Rates, übermitteln die Vertragsparteien einander sowohl auf Ersuchen als auch aus eigener Initiative nach dem innerstaatlichen Recht der übermittelnden Vertragspartei nicht-personenbezogene Informationen, die hierzu erforderlich sein können.

### Artikel 14

#### Übermittlung personenbezogener Daten

(1) Zum Zweck der Verhinderung von Straftaten und zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit einer Großveranstaltung mit grenzüberschreitendem Bezug, insbesondere im Bereich des Sports oder der Tagungen des Europäischen Rates, übermitteln die Vertragsparteien einander, sowohl auf Ersuchen als auch aus eigener Initiative, Daten über Personen, wenn rechtskräftige Verurteilungen oder andere Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese Personen bei der Veranstaltung Straftaten begehen werden oder von ihnen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht, soweit eine Übermittlung dieser Daten nach dem innerstaatlichen Recht der übermittelnden Vertragspartei zulässig ist.

(2) Die personenbezogenen Daten dürfen nur zu den in Absatz 1 festgelegten Zwecken und für das genau umschriebene Ereignis, für das sie mitgeteilt wurden, verarbeitet werden. Die übermittelten Daten sind unverzüglich zu löschen, soweit die Zwecke nach Absatz 1 erreicht worden sind oder nicht mehr erreicht werden können. Spätestens nach einem Jahr sind die übermittelten Daten jedenfalls zu löschen.

## Artikel 15

### Nationale Kontaktstelle

Zur Durchführung der Informationsübermittlungen nach den Artikeln 13 und 14 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

## Kapitel 3

### Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Straftaten

## Artikel 16

### Übermittlung von Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten

(1) Die Vertragsparteien können zum Zweck der Verhinderung terroristischer Straftaten den nationalen Kontaktstellen nach Absatz 3 der anderen Vertragsparteien nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts im Einzelfall auch ohne Ersuchen die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten und Informationen übermitteln, soweit dies erforderlich ist, weil bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Betroffenen Straftaten nach den Artikeln 1 bis 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung begehen werden.

(2) Die zu übermittelnden Daten und Informationen umfassen Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort sowie die Darstellung der Tatsachen, aus denen sich die Annahme nach Absatz 1 ergibt.

(3) Jede Vertragspartei benennt eine nationale Kontaktstelle für den Austausch der Daten mit den nationalen Kontaktstellen der anderen Vertragsparteien. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

(4) Die übermittelnde Behörde kann nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Bedingungen für die Verwendung dieser Daten und Informationen durch die empfangende Behörde festlegen. Die empfangende Behörde ist an diese Bedingungen gebunden.

#### Artikel 17

#### Flugsicherheitsbegleiter

(1) Jede Vertragspartei befindet eigenständig gemäß ihrer nationalen Politik der Luftfahrtsicherung über den Einsatz von Flugsicherheitsbegleitern in den Luftfahrzeugen, die bei dieser Vertragspartei registriert sind. Der Einsatz dieser Flugsicherheitsbegleiter erfolgt in Übereinstimmung mit dem Abkommen von Chicago vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt und seinen Anlagen, insbesondere Anlage 17, sowie den sonstigen Dokumenten zu dessen Umsetzung und unter Berücksichtigung der Befugnisse des Luftfahrzeugkommandanten nach dem Abkommen von Tokio vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen sowie in Übereinstimmung mit sonstigen einschlägigen völkerrechtlichen Regelungen, soweit sie für die jeweiligen Vertragsparteien verbindlich sind.

(2) Flugsicherheitsbegleiter im Sinne dieses Vertrags sind Polizeibeamte oder entsprechend ausgebildete staatliche Bedienstete, die die Aufgabe haben, die Sicherheit an Bord von Luftfahrzeugen aufrechtzuerhalten.

(3) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig bei der Aus- und Fortbildung von Flugsicherheitsbegleitern und arbeiten in Fragen der Ausrüstung von Flugsicherheitsbegleitern eng zusammen.

(4) Vor einer Flugsicherheitsbegleitung hat die zuständige nationale Koordinierungsstelle nach Artikel 19 der entsendenden Vertragspartei die Flugsicherheitsbegleitung schriftlich anzumelden. Die Anmeldung erfolgt mindestens drei Tage vor dem betreffenden Flug von oder zu einem Verkehrsflughafen einer anderen Vertragspartei bei der zuständigen nationalen Koordinierungsstelle der anderen Vertragspartei. Bei Gefahr im Verzug ist die Anmeldung unverzüglich, grundsätzlich vor der Landung, nachzuholen.

(5) Die schriftliche Anmeldung, die von den Vertragsparteien vertraulich behandelt wird, umfasst die in der Anlage 1 dieses Vertrags genannten Angaben. Die Vertragsparteien können durch gesonderte Vereinbarung eine Änderung der Anlage 1 vereinbaren.

#### Artikel 18

##### Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen

(1) Die Vertragsparteien erteilen den eingesetzten Flugsicherheitsbegleitern der anderen Vertragsparteien auf Antrag dieser Vertragsparteien eine allgemeine Genehmigung zum Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen für Flüge von oder zu den Verkehrsflughäfen der Vertragsparteien. Diese Genehmigung umfasst sowohl das Mitführen von Dienstwaffen und Munition an Bord von Luftfahrzeugen als auch nach Maßgabe des Absatzes 2 in den nicht allgemein zugänglichen Sicherheitsbereichen eines Verkehrsflughafens der betreffenden Vertragspartei.

(2) Das Mitführen von Dienstwaffen und Munition steht unter folgenden Auflagen:

1. Ein Verlassen des Luftfahrzeugs mit Dienstwaffen und Munition auf Verkehrsflughäfen oder ein Aufenthalt in nicht allgemein zugänglichen Sicherheitsbereichen eines Verkehrsflughafens einer anderen Vertragspartei ist nur in Begleitung eines Vertreters der zuständigen nationalen Behörde der betreffenden anderen Vertragspartei gestattet.

2. Mitgeführte Dienstwaffen und Munition werden unverzüglich nach Verlassen des Luftfahrzeugs unter Begleitung an einem von der zuständigen nationalen Behörde festzulegenden Übergabeort unter Aufsicht sicher gelagert.

#### Artikel 19

##### Nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen

Zur Durchführung der Aufgaben aus den Artikeln 17 und 18 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontakt- und Koordinierungsstelle.

#### Kapitel 4

##### Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration

#### Artikel 20

##### Dokumentenberater

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren auf der Grundlage gemeinsamer Lagebeurteilungen und unter Berücksichtigung der Verordnung (EG) Nr. 377/2004 des Rates der Europäischen Union vom 19. Februar 2004 zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten

für Einwanderungsfragen die Entsendung von Dokumentenberatern in Staaten, die als Ausgangs- oder Transitstaaten illegaler Migration eingestuft werden.

(2) Auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts informieren sich die Vertragsparteien regelmäßig über Erkenntnisse zur illegalen Migration, die aus der Tätigkeit ihrer Dokumentenberater gewonnen wurden.

(3) Bei der Entsendung von Dokumentenberatern können die Vertragsparteien für konkrete Maßnahmen eine Vertragspartei bestimmen, die die Koordinierung übernimmt. Dabei kann die Koordinierung auch zeitlich begrenzt sein.

#### Artikel 21

#### Aufgaben der Dokumentenberater

Die von den Vertragsparteien entsandten Dokumentenberater üben insbesondere folgende Aufgaben aus:

1. Beratung und Schulung der Auslandsvertretungen der Vertragsparteien in Pass- und Visaangelegenheiten, insbesondere beim Erkennen von ge- und verfälschten Dokumenten, sowie in Bezug auf den Missbrauch von Dokumenten und die illegale Migration,
2. Beratung und Schulung von Beförderungsunternehmen bezüglich der Verpflichtungen, die sich für diese aus dem Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und der Anlage 9 des Abkommens von Chicago vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt ergeben, und beim Erkennen von ge- und verfälschten Dokumenten sowie den einschlägigen Einreisebestimmungen sowie

3. Beratung und Schulung der für die grenzpolizeilichen Kontrollen zuständigen Behörden und Einrichtungen des Gastlandes.

Die Zuständigkeiten der Auslandsvertretungen und der mit grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Behörden der Vertragsparteien bleiben unberührt.

#### Artikel 22

##### Nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen

Die Vertragsparteien benennen nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen als Ansprechpartner für Abstimmungen zur Entsendung von Dokumentenberatern sowie die Planung, Durchführung, Betreuung und Nachbereitung von Beratungs- und Schulungsmaßnahmen.

#### Artikel 23

##### Unterstützung bei Rückführungen

(1) Die Vertragsparteien unterstützen sich bei Rückführungen unter Berücksichtigung der Entscheidung des Rates der Europäischen Union 2004/573/EG vom 29. April 2004 betreffend die Organisation von Sammelflügen zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die individuellen Rückführungsmaßnahmen unterliegen, aus dem Hoheitsgebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten sowie der Richtlinie 2003/110/EG des Rates der Europäischen Union vom 25. November 2003 über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg. Sie unterrichten sich frühzeitig über geplante Rückführungen und bieten, soweit dies möglich ist, den anderen Vertragsparteien an, sich daran zu beteiligen. Bei gemeinsamen Rückführungen verständigen sich die Vertragsparteien über die Begleitung der rückzuführenden Personen und die Sicherheitsmaßnahmen.



(2) Eine Vertragspartei darf rückzuführende Personen, soweit erforderlich, durch das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei zurückführen. Die Vertragspartei, durch deren Hoheitsgebiet zurückgeführt werden soll, entscheidet über die Rückführung. Mit der Entscheidung über die Rückführung legt sie die Durchführungsbestimmungen fest und wendet, soweit erforderlich, auch die nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Zwangsmittel gegen die rückzuführende Person an.

(3) Zur Planung und Durchführung von Rückführungen benennen die Vertragsparteien nationale Kontaktstellen. In regelmäßigen Abständen treffen sich Sachverständige im Rahmen einer Arbeitsgruppe, um

1. die Ergebnisse aus früheren Aktionen auszuwerten und bei der weiteren Planung und Durchführung zu berücksichtigen,
2. alle eventuellen Probleme mit der in Absatz 2 erwähnten Durchreise zu prüfen und Lösungen für diese Probleme zu erarbeiten.

## Kapitel 5

### Weitere Formen der Zusammenarbeit

#### Artikel 24

##### Gemeinsame Einsatzformen

(1) Zur Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit können die von den Vertragsparteien zu benennenden Behörden gemeinsame Streifen sowie sonstige gemeinsame Einsatzformen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verhinderung von Straftaten bilden, in denen von den Vertragsparteien zu benennende

Beamte oder sonstige staatliche Bedienstete (im Folgenden: Beamte) bei Einsätzen im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei mitwirken.

(2) Jede Vertragspartei kann als Gebietsstaat nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts Beamte anderer Vertragsparteien mit der Zustimmung des Entsendestaats im Rahmen gemeinsamer Einsatzformen mit der Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse betrauen oder, soweit es nach dem Recht des Gebietsstaats zulässig ist, Beamten anderer Vertragsparteien die Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Befugnisse nach dem Recht ihres Entsendestaats einräumen. Hoheitliche Befugnisse dürfen dabei nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaats wahrgenommen werden. Die Beamten der anderen Vertragspartei sind dabei an das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats gebunden. Ihr Handeln ist dem Gebietsstaat zuzurechnen.

(3) An gemeinsamen Einsätzen beteiligte Beamte anderer Vertragsparteien unterliegen den Weisungen der zuständigen Stelle des Gebietsstaats.

(4) Die praktischen Aspekte der Zusammenarbeit werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

#### Artikel 25

##### Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr

(1) Beamte einer Vertragspartei dürfen im Fall eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung der anderen Vertragspartei die gemeinsame Grenze überschreiten, um im grenznahen Bereich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaats vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich sind.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne des Absatzes 1 liegt dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Beamten des Gebietsstaats oder auf die Herstellung eines Unterstellungsverhältnisses im Sinne des Artikels 24 Absatz 2 die Verwirklichung der Gefahr droht.

(3) Die einschreitenden Beamten haben den Gebietsstaat unverzüglich zu unterrichten. Der Gebietsstaat bestätigt diese Unterrichtung und hat unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme der Lage erforderlich sind. Die einschreitenden Beamten dürfen im Gebietsstaat nur so lange tätig sein, bis der Gebietsstaat die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr ergriffen hat. Die einschreitenden Beamten sind an die Weisungen des Gebietsstaates gebunden.

(4) Die Vertragsparteien<sup>7</sup> treffen eine gesonderte Vereinbarung darüber, welche Stellen nach Absatz 3 unverzüglich zu unterrichten sind. Die einschreitenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie tätig werden, gebunden.

(5) Die Maßnahmen der einschreitenden Beamten werden dem Gebietsstaat zugerechnet.

## Artikel 26

### Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterstützen sich nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen, indem sie

1. sich gegenseitig so zeitig wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und relevante Erkenntnisse unterrichten,

2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die in ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,

3. auf Ersuchen der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Lage eintritt, soweit möglich, durch Entsendung von Beamten, Spezialisten und Beratern sowie Gestellung von Ausrüstungsgegenständen Hilfe leisten.

Internationale Übereinkünfte der Vertragsparteien über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schwerer Unglücksfälle bleiben unberührt.

#### Artikel 27

##### Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts auf Ersuchen Hilfe.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander nach Maßgabe des Artikels 39 Absatz 1 Satz 1 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen Hilfe, insbesondere durch

1. Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen, soweit nicht bereits von Artikel 12 umfasst,

2. Auskünfte zu Führerscheinen, Schifferpatenten und vergleichbaren Berechtigungen,

3. Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,

4. Feststellungen zu Aufenthaltstiteln,

5. Feststellung von Telefonanschlusshabern und Inhabern sonstiger Telekommunikationseinrichtungen, soweit diese öffentlich zugänglich sind,

6. Identitätsfeststellungen,

7. Ermittlungen zur Herkunft von Sachen, beispielsweise bei Waffen, Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen (Verkaufswegbefragungen),

8. Erkenntnisse aus polizeilichen Datensammlungen und polizeilichen Unterlagen sowie Auskünfte aus öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen,

9. Waffen- und Sprengstoffsofortmeldungen sowie Meldungen von Geld- und Wertzeichenfälschungen,

10. Informationen zur praktischen Durchführung grenzüberschreitender Observationsmaßnahmen, grenzüberschreitender Nacheile und kontrollierter Lieferung und

11. Feststellung der Aussagebereitschaft einer Auskunftsperson.

(3) Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, so leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter. Die ersuchte Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde über die Weiterleitung und die für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde. Die zuständige Behörde erledigt das Ersuchen und übermittelt das Ergebnis an die ersuchende Behörde zurück.

## Kapitel 6

### Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 28

##### Einsatz von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen

(1) Beamte einer Vertragspartei, die sich im Rahmen eines gemeinsamen Einsatzes im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei aufhalten, können dort ihre nationale Dienstkleidung tragen. Sie können ihre nach dem innerstaatlichen Recht des Entsendestaats zugelassenen Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände mitführen. Jede Vertragspartei kann das Mitführen von bestimmten Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen durch Beamte des Entsendestaats untersagen.

(2) Die Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, die in Anlage 2 aufgeführt sind, dürfen nur im Fall der Notwehr einschließlich der Nothilfe gebraucht werden. Der sachleitende Beamte des Gebietsstaates kann im Einzelfall nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts einer über Satz 1 hinausgehenden Anwendung von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen zustimmen. Der Gebrauch der Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände richtet sich nach dem Recht des Gebietsstaates. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über die jeweils zulässigen Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände sowie die Voraussetzungen für deren Einsatz.

(3) Die Vertragsparteien können durch gesonderte Vereinbarung eine Änderung der Anlage 2 vereinbaren.

(4) Setzen Beamte der einen Vertragspartei bei Maßnahmen aufgrund dieses Vertrags im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei Kraftfahrzeuge ein, so unterliegen sie hierbei denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des Gebietsstaats einschließlich der Bestimmungen über die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten.

(5) Die praktischen Aspekte des Einsatzes von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

(6) Artikel 18 bleibt unberührt.

#### Artikel 29

##### Schutz und Beistand

Die Vertragsparteien sind gegenüber den entsandten Beamten der anderen Vertragsparteien bei der Ausübung des Dienstes zu gleichem Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Beamten.

#### Artikel 30

##### Allgemeine Haftungsregelung

Für die Haftung im Rahmen dieses Vertrags findet Artikel 43 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen entsprechende Anwendung. Satz 1 findet keine Anwendung auf die Artikel 17 und 18.

#### Artikel 31

##### Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten, die nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder ihnen gegenüber begangen wer-

den, den Beamten der anderen Vertragspartei gleichgestellt, soweit nicht in einer anderen Übereinkunft, die für die Vertragsparteien gilt, anderes vereinbart worden ist.

## Artikel 32

### Dienstverhältnisse

Die Beamten, die nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei tätig werden, bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher Hinsicht den in ihrem Staat geltenden Vorschriften unterworfen.

## Kapitel 7

### Allgemeine Bestimmungen zum Datenschutz

## Artikel 33

### Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich

(1) Im Sinne dieses Vertrags bezeichnet der Ausdruck

1. "Verarbeitung personenbezogener Daten" jede Verarbeitung oder jede Vorgangsreihe von Verarbeitungen im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren wie das Erheben, das Speichern, die Organisation, die Aufbewahrung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, Konsultieren, die Benutzung, die Weitergabe durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, die Kombination oder die Verknüpfung sowie das Sperren, Löschen oder Vernichten von Daten; als Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne dieses Vertrags gilt auch die Mitteilung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines Treffers;



2. "automatisierter Abruf" den unmittelbaren Zugriff auf eine automatisierte Datenbank einer anderen Stelle, in der Weise, dass die Anfrage vollständig automatisiert beantwortet wird;

3. „Kennzeichnung“ die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten, ohne dass damit das Ziel verfolgt wird, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken;

4. "Sperrung" die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.

(2) Für Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden oder worden sind, gelten die folgenden Bestimmungen, soweit in den vorstehenden Kapiteln nichts anderes bestimmt ist.

#### Artikel 34

##### Datenschutzniveau

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden oder worden sind, in ihrem innerstaatlichen Recht ein Datenschutzniveau, das zumindest dem entspricht, das sich aus dem Übereinkommen des Europarats vom 28. Januar 1981 über den Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten und dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 hierzu ergibt, und beachtet dabei die Empfehlung Nr. R (87) 15 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich vom 17. September 1987, und zwar auch insoweit, als die Daten nicht automatisiert verarbeitet werden.

(2) Die in diesem Vertrag vorgesehene Übermittlung personenbezogener Daten darf erst beginnen, wenn in dem Hoheitsgebiet der an der Übermittlung beteiligten Vertragsparteien die Bestimmungen dieses Kapitels im innerstaatlichen Recht umgesetzt worden sind. Das Ministerkomitee nach Artikel 43 stellt durch Beschluss fest, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind.

### Artikel 35 Zweckbindung

(1) Die empfangende Vertragspartei darf die personenbezogenen Daten ausschließlich zu den Zwecken verarbeiten, zu denen diese nach diesem Vertrag übermittelt worden sind; eine Verarbeitung zu anderen Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung der Datei führenden Vertragspartei und nur nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei zulässig. Die Zustimmung darf erteilt werden, soweit das innerstaatliche Recht der Datei führenden Vertragspartei diese Verarbeitung zu solchen anderen Zwecken zulässt.

(2) Die Verarbeitung von nach den Artikeln 3, 4 und 9 übermittelten Daten durch die abrufende oder abgleichende Vertragspartei ist ausschließlich erlaubt im Hinblick auf

1. die Feststellung, ob die verglichenen DNA-Profile oder daktyloskopischen Daten übereinstimmen;
2. die Vorbereitung und Einreichung eines Amts- und Rechtshilfeersuchens nach innerstaatlichem Recht im Fall der Übereinstimmung dieser Daten;
3. die Protokollierung nach Artikel 39.

Die Datei führende Vertragspartei darf die ihr nach den Artikeln 3, 4 und 9 übermittelten Daten ausschließlich verarbeiten, soweit dies zur Durchführung des Abgleichs, zur automatisierten Beantwortung der Anfrage oder zur Protokollierung gemäß Artikel 39 erforderlich ist. Nach Beendigung des Datenabgleichs oder nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage werden die übermittelten Daten unverzüglich gelöscht, soweit nicht die Weiterverarbeitung zu den in Satz 1 Nummern 2 und 3 genannten Zwecken erforderlich ist.

(3) Nach Artikel 12 übermittelte Daten dürfen von der Datei führenden Vertragspartei ausschließlich verwendet werden, soweit dies zur automatisierten Beantwortung der Anfrage oder zur Protokollierung gemäß Artikel 39 erforderlich ist. Nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage werden die übermittelten Daten unverzüglich gelöscht, soweit nicht die Weiterverarbeitung zur Protokollierung gemäß Artikel 39 erforderlich ist. Die anfragende Vertragspartei darf die im Zuge der Beantwortung erhaltenen Daten ausschließlich für das Verfahren verwenden, auf Grund dessen die Anfrage erfolgt ist.

#### Artikel 36

##### Zuständige Behörden

Die übermittelten personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich durch die Behörden und Gerichte verarbeitet werden, die für eine Aufgabe im Rahmen der Zwecke nach Artikel 35 zuständig sind. Insbesondere erfolgt die Weitergabe der übermittelten Daten an andere Stellen nur nach vorangehender Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

### Artikel 37

#### Richtigkeit, Aktualität und Speicherdauer von Daten

(1) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, auf die Richtigkeit und Aktualität der personenbezogenen Daten zu achten. Erweist sich von Amts wegen oder aufgrund einer Mitteilung des Betroffenen, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Vertragspartei oder den empfangenden Vertragsparteien unverzüglich mitzuteilen. Diese sind verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen. Im Übrigen sind übermittelte personenbezogene Daten zu berichtigen, wenn sich ihre Unrichtigkeit herausstellt. Hat die empfangende Stelle Grund zur Annahme, dass übermittelte Daten unrichtig sind oder zu löschen wären, so unterrichtet sie die übermittelnde Behörde unverzüglich hierüber.

(2) Daten, deren Richtigkeit der Betroffene bestreitet und deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit sich nicht feststellen lässt, sind nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien auf Verlangen des Betroffenen zu kennzeichnen. Im Fall einer Kennzeichnung darf diese nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts nur mit Zustimmung des Betroffenen oder auf Grund einer Entscheidung des zuständigen Gerichtes oder der für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stelle aufgehoben werden.

(3) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, wenn sie nicht hätten übermittelt oder empfangen werden dürfen. Rechtmäßig übermittelte und empfangene Daten sind zu löschen,

1. wenn sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht oder nicht mehr erforderlich sind. Sind personenbezogene Daten ohne Ersuchen übermittelt worden, hat die empfangende Stelle unverzüglich zu prüfen, ob sie für die der Übermittlung zu Grunde liegenden Zwecke erforderlich sind;

2. nach Ablauf einer im nationalen Recht der übermittelnden Vertragspartei vorgesehenen Höchstfrist für die Aufbewahrung der Daten, wenn die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle bei der Übermittlung auf solche Höchstfristen hingewiesen hat.

Statt der Löschung erfolgt eine Sperrung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts, wenn es Grund zu der Annahme gibt, dass durch eine Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Gesperrte Daten dürfen nur für den Zweck, für den die Löschung unterblieben ist, übermittelt oder genutzt werden.

### Artikel 38

#### Technische und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit

(1) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten wirksam gegen zufällige oder unbefugte Zerstörung, zufälligen Verlust, unbefugten Zugang, unbefugte oder zufällige Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des automatisierten Abrufverfahrens werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt, die gewährleistet, dass

1. dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit getroffen werden, die insbesondere die Vertraulichkeit und Unversehrtheit der Daten gewährleisten,

2. bei der Nutzung allgemein zugänglicher Netze Verschlüsselungs- und Authentifizierungsverfahren angewendet werden, die von den dafür zuständigen Stellen anerkannt worden sind, und

3. die Zulässigkeit der Abrufe nach Maßgabe des Artikels 39 Absätze 2, 4 und 5 kontrolliert werden kann.

#### Artikel 39

#### Dokumentation und Protokollierung, besondere Vorschriften zur automatisierten und nicht-automatisierten Übermittlung

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet, dass jede nicht-automatisierte Übermittlung und jeder nicht-automatisierte Empfang von personenbezogenen Daten durch die anfragende und die Datei führende Stelle zur Kontrolle der Zulässigkeit der Übermittlung dokumentiert werden. Die Dokumentation umfasst folgende Angaben:

1. den Anlass der Übermittlung,
2. die übermittelten Daten,
3. das Datum der Übermittlung und
4. die Bezeichnung oder Kennung der anfragenden und der Datei führenden Stelle.

(2) Für den automatisierten Abruf der Daten aufgrund der Artikel 3, 9 und 12 und den automatisierten Abgleich aufgrund des Artikels 4 gilt Folgendes:

1. Der automatisierte Abruf oder Abgleich darf nur durch besonders ermächtigte Beamte der nationalen Kontaktstellen erfolgen. Auf Ersuchen wird die Liste der Beamten, die zum automatisierten Abruf oder Abgleich ermächtigt sind, den in Absatz 5 genannten beaufsichtigenden Behörden sowie den anderen Vertragsparteien zur Verfügung gestellt.

2. Jede Vertragspartei gewährleistet, dass jede Übermittlung und jeder Empfang von Daten von der Datei führenden Stelle und der anfragenden Stelle protokolliert wird, einschließlich der Mitteilung des Vorliegens oder Nichtvorliegens eines Trefers. Diese Protokollierung umfasst folgende Angaben:

- a) die übermittelten Daten,
- b) das Datum und den genauen Zeitpunkt der Übermittlung und
- c) die Bezeichnung oder Kennung der anfragenden und der Datei führenden Stelle.

Die anfragende Stelle protokolliert darüber hinaus den Anlass der Anfrage oder Übermittlung sowie die Kennung des Beamten, der den Abruf durchgeführt hat, sowie des Beamten, der die Anfrage oder Übermittlung veranlasst hat.

(3) Die protokollierende Stelle teilt die Protokolldaten den für die Datenschutzkontrolle zuständigen Stellen der betreffenden Vertragspartei auf Ersuchen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Ersuchens mit. Protokolldaten dürfen ausschließlich für die folgenden Zwecke verwendet werden:

1. die Kontrolle des Datenschutzes,
2. die Gewährleistung der Datensicherheit.

(4) Die Protokolldaten sind durch geeignete Vorkehrungen gegen zweckfremde Verwendung und sonstigen Missbrauch zu schützen und zwei Jahre aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Protokolldaten unverzüglich zu löschen.

(5) Die rechtliche Kontrolle der Übermittlung oder des Empfangs personenbezogener Daten obliegt den für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stellen der jeweili-

gen Vertragsparteien. Nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts kann jedermann diese Stellen ersuchen, die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten zu seiner Person zu prüfen. Diese Stellen sowie die für die Protokollierung zuständigen Stellen haben auch unabhängig von solchen Ersuchen Stichproben zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Übermittlungen anhand der den Zugriffen zugrunde liegenden Aktenvorgänge vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Kontrolltätigkeit sind zur Überprüfung durch die für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stellen 18 Monate aufzubewahren. Nach Ablauf dieser Frist sind sie unverzüglich zu löschen. Jede für die Datenschutzkontrolle zuständige Stelle kann von der unabhängigen Datenschutzbehörde einer anderen Vertragspartei um die Ausübung ihrer Befugnisse nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ersucht werden. Die für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Behörden der Vertragsparteien sorgen für die zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgaben notwendige gegenseitige Zusammenarbeit, insbesondere durch den Austausch sachdienlicher Informationen.

#### Artikel 40

##### Rechte der Betroffenen auf Auskunft und Schadensersatz

(1) Dem Betroffenen ist nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts bei Nachweis seiner Identität auf Antrag von der nach innerstaatlichem Recht zuständigen Stelle ohne unzumutbare Kosten in allgemein verständlicher Form und ohne unzumutbare Verzögerung Auskunft über die zu seiner Person verarbeiteten Daten sowie über deren Herkunft, Empfänger oder Empfängerkategorien, den vorgesehenen Verarbeitungszweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zu erteilen. Darüber hinaus hat der Betroffene das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten und Löschung unzulässigerweise verarbeiteter Daten. Die Vertragsparteien stellen darüber hinaus sicher, dass sich der Betroffene im Fall der Verletzung seiner Datenschutzrechte mit einer wirksamen Beschwerde an ein unabhängiges und unparteiisches, auf Gesetz beruhendes Gericht im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie eine unabhängige Kontrollstelle im Sinne des Artikels 28 der Richtlinie 95/46/EG wenden kann und dass ihm die Möglichkeit eröffnet



wird, einen Schadensersatzanspruch oder Abhilfe anderer Art gerichtlich durchzusetzen. Die Einzelheiten des Verfahrens zur Durchsetzung dieser Rechte und die Gründe der Einschränkung des Auskunftsrechts richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, in dem er seine Rechte geltend macht.

(2) Hat eine Stelle der einen Vertragspartei personenbezogene Daten auf Grund dieses Vertrags übermittelt, kann die empfangende Stelle der anderen Vertragspartei sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Schadensersatzes.

#### Artikel 41

##### Auskunft auf Ersuchen der Vertragsparteien

Die empfangende Vertragspartei informiert die übermittelnde Vertragspartei auf Anfrage über die Verarbeitung der übermittelten Daten und das dadurch erzielte Ergebnis.

#### Kapitel 8

##### Durchführungs- und Schlussbestimmungen

#### Artikel 42

##### Erklärungen

(1) Zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde benennt jede Vertragspartei in einer Erklärung gegenüber dem Verwahrer die Behörden, die für die Anwendung dieses Vertrags zuständig sind.

Zu benennen sind

1. nach Artikel 6 Absatz 1 die nationalen Kontaktstellen für die DNA-Analyse;
2. nach Artikel 11 Absatz 1 die nationalen Kontaktstellen für die daktyloskopischen Daten;
3. nach Artikel 12 Absatz 2 die nationalen Kontaktstellen für die Daten aus den Fahrzeugregistern;
4. nach Artikel 15 die nationalen Kontaktstellen für den Informationsaustausch bei Großveranstaltungen;
5. nach Artikel 16 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten;
6. nach Artikel 19 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Flugsicherheitsbegleiter;
7. nach Artikel 22 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Dokumentenberater;
8. nach Artikel 23 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für die Planung und Durchführung von Rückführungen;
9. nach den Artikeln 24 bis 27 die zuständigen Behörden und Beamten.

(2) Erklärungen nach Absatz 1 können jederzeit durch Erklärung gegenüber dem Verwahrer geändert werden. Die Änderung wird mit dem Tag des Eingangs beim Verwahrer wirksam.

#### Artikel 43

##### Ministerkomitee

(1) Die Vertragsparteien richten ein Komitee ein, das sich aus Ministern der Vertragsparteien zusammensetzt. Das Ministerkomitee trifft die erforderlichen Entscheidungen über die Umsetzung und Anwendung dieses Vertrags. Entscheidungen des Ministerkomitees werden durch einstimmigen Beschluss aller Vertragsparteien getroffen.

(2) Zur Unterstützung des Ministerkomitees überprüft eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsparteien die Umsetzung und Auslegung dieses Vertrags und stellt fest, ob Ergänzungs- und Fortentwicklungsbedarf besteht. Die gemeinsame Arbeitsgruppe wird auf Antrag einer Vertragspartei einberufen.

#### Artikel 44

##### Durchführungsvereinbarungen

Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrags Vereinbarungen treffen, welche die verwaltungsmäßige Durchführung dieses Vertrags zum Ziel haben.

#### Artikel 45

##### Räumlicher Geltungsbereich

Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten für das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien. Für das Königreich der Niederlande gilt dieser Vertrag ausschließlich für den in Europa gele-

genen Teil des Königreichs. Für die Französische Republik gilt dieser Vertrag ausschließlich für den in Europa gelegenen Teil der Republik.

---

#### Artikel 46

##### Kosten

Jede Vertragspartei trägt die ihren Stellen aus der Anwendung dieses Vertrags entstehenden Kosten. In besonderen Fällen können die betreffenden Vertragsparteien eine abweichende Regelung vereinbaren.

#### Artikel 47

##### Verhältnis zu anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrags sind nur anwendbar, soweit sie mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar sind. Werden durch die Europäische Union künftig Regelungen geschaffen, die den Anwendungsbereich dieses Vertrags betreffen, treten die entsprechenden Bestimmungen dieses Vertrags in ihrer Anwendung gegenüber dem Recht der Europäischen Union insoweit zurück. Die Vertragsparteien können die Bestimmungen dieses Vertrags im Hinblick auf die entsprechenden neuen Regelungen des Rechts der Europäischen Union ändern oder ersetzen.

(2) Dieser Vertrag berührt nicht die in bestehenden zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften zwischen den Vertragsparteien enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen. Den Vertragsparteien steht es frei, die bestehenden zwei- oder mehrseitigen Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien in ihren Beziehungen untereinander anzuwenden. Im Fall der Unvereinbarkeit mit Rechten oder Verpflichtungen aus solchen Übereinkünften gelten die Regelungen dieses Vertrags.

#### Artikel 48

##### Ratifikation, Annahme, Genehmigung

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt. Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden kann eine Erklärung zum räumlichen Geltungsbereich abgegeben werden.

#### Artikel 49

##### Verwahrer

- (1) Verwahrer dieses Vertrags ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Der Verwahrer notifiziert unverzüglich den anderen Vertragsparteien Ratifikationen, Annahmen, Genehmigungen, Beitritte, Vorbehalte und Kündigungen sowie alle sonstigen Erklärungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag.
- (3) Die Registrierung des Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird vom Verwahrer übernommen.

#### Artikel 50

##### Inkrafttreten

- (1) Dieser Vertrag tritt 90 Tage nach Hinterlegung der zweiten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zwischen den Vertragsparteien, die ratifiziert haben, in Kraft. Für die weiteren Vertragsparteien tritt der Vertrag 90 Tage nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden in Kraft.

(2) Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien das Datum des Inkrafttretens.

## Artikel 51

### Beitritt

(1) Dieser Vertrag steht allen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union sind, zum Beitritt offen. Mit dem Beitritt werden auch die bis dahin auf der Grundlage des Artikels 44 getroffenen Durchführungsvereinbarungen und die sonstigen Vereinbarungen zu diesem Vertrag für die beitretenden Staaten verbindlich.

(2) Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt. Bei einem Beitritt kann anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde eine Erklärung zum räumlichen Geltungsbereich abgegeben werden.

(3) Dieser Vertrag tritt für jeden beitretenden Staat 90 Tage nach Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft, frühestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags nach Artikel 50.

## Artikel 52

### Kündigung

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

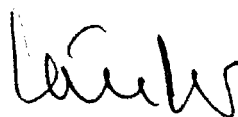
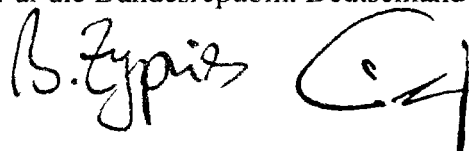
(2) Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag durch eine auf diplomatischem Weg an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

Geschehen zu Prüm am 27. Mai 2005 in einer Urschrift in deutscher, spanischer, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Die Urschrift wird im Archiv des Verwahrers hinterlegt, der jedem Unterzeichnerstaat und beitretenden Staat eine beglaubigte Abschrift der Vertragsurschrift übermittelt.

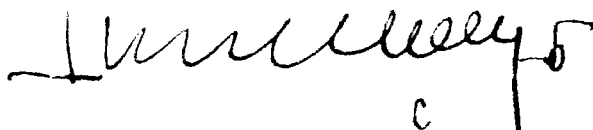
Für das Königreich Belgien



Für die Bundesrepublik Deutschland



Für das Königreich Spanien



Für die Französische Republik

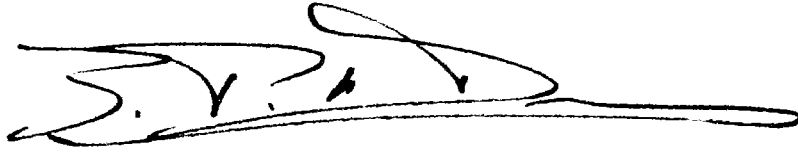


Für das Großherzogtum Luxemburg



---

Für das Königreich der Niederlande

A stylized, cursive handwritten signature in black ink, likely representing a Dutch official.

Für die Republik Österreich

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Günther Pöck', representing an Austrian official.



Anlage 1

zum  
Vertrag

über

die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung  
des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

Nach Artikel 17 Absatz 5 notwendige inhaltliche Angaben  
für die schriftliche Anmeldung

1. Einsatzzeiten, die die vorgesehene Aufenthaltsdauer beschreiben;
2. Flugdaten (einschließlich Flugnummern und -zeiten);
3. Anzahl der Mitglieder des Teams der Flugsicherheitsbegleiter;
4. Angabe des Namens und Vornamens sämtlicher Personen sowie Kennzeichnung des Namens des Leiters des Teams;
5. Passnummern;
6. Marke, Typ und Seriennummern der Waffen;
7. Anzahl und Art der Munition;
8. Ausrüstungsgegenstände, die vom Team mitgeführt werden und zur Erfüllung der Aufgaben dienen.

Anlage 2

zum

Vertrag

über

die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

Dienstwaffen, Munition und zugelassene Einsatzmittel  
im Sinne des Artikels 28 Absatz 2 Sätze 1 und 2

1. Für das Königreich Belgien:

- zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
- zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel
- zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel

2. Für die Bundesrepublik Deutschland:

- zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition

3. Für das Königreich Spanien:

- zugelassene Schusswaffen
- zugelassene Selbstschutzwaffen entsprechend der Dienstvorschriften der am gemeinsamen Einsatz beteiligten Polizeieinheit, wie Schlagstock (oder Gummiknüppel), Sprays , Tränengas und andere zugelassene Einsatzmittel

4. Für die Französische Republik:

- die nach dem nationalen Recht zugelassenen Dienstwaffen und individuellen Zwangsmittel

5. Für das Großherzogtum Luxemburg:

- zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
- zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel
- zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel

6. Für das Königreich der Niederlande:

- zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
- zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel
- zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel

7. Für die Republik Österreich:

- zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
- zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel

Tratado

entre

el Reino de Bélgica,  
la República Federal de Alemania,  
el Reino de España,  
la República Francesa,  
el Gran Ducado de Luxemburgo,  
el Reino de los Países Bajos y  
la República de Austria

relativo a

la profundización de la cooperación transfronteriza,  
en particular en materia de lucha contra el terrorismo,  
la delincuencia transfronteriza y la migración ilegal

Las Altas Partes Contratantes del presente Tratado, Estados miembros de la Unión Europea -

Considerando que en un espacio en el que las personas circulan libremente es importante que los Estados miembros de la Unión Europea intensifiquen su cooperación para luchar con mayor eficacia contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la migración ilegal,

Deseando asumir un papel pionero en la consecución del máximo nivel posible de cooperación, en aras del desarrollo de la cooperación europea y sin perjuicio del Tratado de la Unión Europea y del Tratado constitutivo de la Comunidad Europea, en particular mediante un mejor intercambio de información, especialmente en el ámbito de la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la migración ilegal, y ofrecer la posibilidad de participar en esta cooperación a todos los demás Estados miembros de la Unión Europea,

Deseando incorporar el régimen que establece el presente Tratado al marco jurídico de la Unión Europea, para conseguir una mejora al nivel de toda la Unión del intercambio de información, especialmente en materia de lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la migración ilegal, creando a tal fin las bases jurídicas y técnicas necesarias,

Dentro del respeto de los derechos fundamentales, tal y como se recogen en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión Europea, el Convenio Europeo para la Protección de los Derechos Humanos y de las Libertades Fundamentales y las tradiciones constitucionales comunes de los Estados participantes, y conscientes en particular de que la transmisión de datos de carácter personal a otra Parte Contratante requiere que en la Parte Contratante receptora se garantice un nivel adecuado de protección de datos,

Considerando que, sin perjuicio de las disposiciones jurídicas internas vigentes, deben mantenerse y preverse unos controles judiciales adecuados de las medidas previstas en el presente Tratado,

Dispuestos a completar el presente Tratado con otros acuerdos para hacer posible la consulta automatizada de datos de otras bases de datos pertinentes, en la medida en que ello sea necesario y proporcionado para profundizar en la cooperación transfronteriza,

Han convenido en lo siguiente:

## Capítulo 1

### Parte general

#### Artículo 1

##### Fundamentos del Convenio

- (1) Mediante el presente Tratado, las Partes Contratantes pretenden reforzar la cooperación transfronteriza, en particular en el campo del intercambio de información entre ellas.
- (2) Dicha cooperación no afectará al derecho de la Unión Europea y, con arreglo al presente Tratado, estará abierta a la adhesión de cualquier Estado miembro de la Unión Europea.
- (3) La cooperación en el marco del presente Tratado tiene por objeto desarrollar iniciativas para reforzar la cooperación europea en los ámbitos indicados en el mismo.

(4) Como máximo tres años después de la entrada en vigor del presente Tratado, se pondrá en marcha una iniciativa para trasladar las disposiciones del mismo al marco jurídico de la Unión Europea, sobre la base de una valoración de la experiencia realizada en la ejecución del mismo, previo acuerdo con la Comisión Europea o a propuesta de la Comisión Europea y de conformidad con el Tratado de la Unión Europea y el Tratado constitutivo de la Comunidad Europea.

(5) Las Partes Contratantes informarán conjuntamente al Consejo de la Unión Europea y a la Comisión Europea con carácter periódico acerca de los avances en la cooperación.

## Capítulo 2

### Perfiles de ADN, datos dactiloscópicos y otros datos

#### Artículo 2

##### Creación de ficheros nacionales de análisis del ADN

(1) Las Partes Contratantes se comprometen a crear y mantener ficheros nacionales de análisis del ADN para los fines de la persecución de los delitos. El tratamiento de los datos almacenados en esos ficheros en virtud del presente Tratado se llevará a cabo con arreglo al derecho interno vigente para cada tipo de tratamiento, sin perjuicio de las demás disposiciones del presente Tratado.

(2) A efectos de la ejecución del presente Tratado, las Partes Contratantes garantizarán que se disponga de índices de referencia relativos a los datos contenidos en los ficheros nacionales de análisis del ADN con arreglo a la primera frase del apartado 1. Dichos índices de referencia contendrán exclusivamente perfiles de ADN\* obtenidos a partir de la parte no codificante del ADN y una referencia. Los índices de referencia no podrán contener datos que permitan identificar directamente a la persona concernida. Los índices



de referencia que no puedan atribuirse a ninguna persona (huellas abiertas) deberán poder reconocerse como tales.

(3) En el momento del depósito de su instrumento de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión, cada Parte Contratante designará los ficheros nacionales de análisis del ADN a los que sean de aplicación los artículos 2 a 6 y las condiciones para su consulta automatizada con arreglo al apartado 1 del artículo 3.

\* Para la República Federal de Alemania, los perfiles de ADN en el sentido del presente Tratado se denominan "DNA-Identifizierungsmuster" (modelos de identificación del ADN).

### Artículo 3

#### Consulta automatizada de los perfiles de ADN

(1) Las Partes Contratantes permitirán que los puntos de contacto nacionales de las demás Partes Contratantes a que se refiere el artículo 6 tengan acceso, para los fines de la persecución de delitos, a los índices de referencia de sus ficheros de análisis del ADN, lo que incluirá el derecho a consultarlos de manera automatizada mediante una comparación de perfiles de ADN. La consulta deberá formularse únicamente para casos concretos y con arreglo al derecho de la Parte Contratante que realice la consulta.

(2) Si en el curso de una consulta automatizada se comprueba la coincidencia entre un perfil de ADN transmitido y un perfil de ADN almacenado en el fichero de la Parte Contratante receptora, el punto de contacto nacional requirente recibirá de forma automatizada información sobre la existencia de una concordancia y su referencia. Si no se encuentra coincidencia alguna, este hecho se comunicará de forma automatizada.

#### Artículo 4

##### Comparación automatizada de perfiles de ADN

(1) Las Partes Contratantes llevarán a cabo, de mutuo acuerdo y a través de sus puntos de contacto nacionales, una comparación de los perfiles de ADN de sus huellas abiertas con todos los perfiles de ADN contenidos en los índices de referencia de los demás ficheros nacionales de análisis del ADN, para los fines de la persecución de delitos. La transmisión y la comparación se efectuarán de forma automatizada. La transmisión para los fines de la comparación de los perfiles de ADN de las huellas abiertas únicamente tendrá lugar en los casos en que se prevea dicha transmisión en el derecho interno de la Parte Contratante requirente.

(2) Si en el curso de la comparación efectuada con arreglo al apartado 1 una Parte Contratante comprueba que algún perfil de ADN transmitido coincide con los existentes en sus ficheros de análisis del ADN, comunicará sin demora al punto de contacto nacional de la otra Parte Contratante cuáles son los índices de referencia respecto de los cuales se ha encontrado la concordancia.

#### Artículo 5

##### Transmisión de otros datos de carácter personal y de otras informaciones

En caso de que se compruebe que existe concordancia entre perfiles de ADN por los procedimientos previstos en los artículos 3 y 4, la transmisión de otros datos de carácter personal disponibles relativos a los índices de referencia y demás informaciones se efectuará con arreglo al derecho interno de la Parte Contratante requerida, incluidas las disposiciones en materia de asistencia judicial.

## Artículo 6

### Punto de contacto nacional y acuerdo de ejecución

(1) Para la ejecución de la transmisión de datos con arreglo a los artículos 3 y 4, cada Parte Contratante designará un punto de contacto nacional. Las competencias de los puntos de contacto nacionales se registrarán por el derecho interno vigente para cada uno de ellos.

(2) Los pormenores técnicos de los procedimientos descritos en los artículos 3 y 4 se regularán en un acuerdo de ejecución con arreglo al artículo 44.

## Artículo 7

### Obtención de material genético molecular y transmisión de perfiles de ADN

Si en el curso de una investigación o procedimiento penal no se dispone del perfil de ADN de una persona determinada que se encuentre en el territorio de una Parte Contratante requerida, esta última deberá prestar asistencia judicial mediante la obtención y el análisis de material genético molecular de dicha persona y la transmisión del perfil de ADN resultante, siempre que:

1. la Parte Contratante requirente comunique el fin para el que se requiere,
2. la Parte Contratante requirente presente una orden o declaración de investigación de la autoridad competente exigible con arreglo a su derecho interno, de la que se desprenda que se cumplirían los requisitos para la obtención y análisis de material genético molecular si esa persona concreta se encontrara en el territorio de la Parte Contratante requirente, y

3. se cumplan los requisitos para la obtención y análisis de material genético molecular y para la transmisión del perfil de ADN obtenido con arreglo al derecho de la Parte Contratante requerida.

#### Artículo 8

##### Datos dactiloscópicos

A los efectos de la ejecución del presente Tratado, las Partes Contratantes garantizarán que se disponga de índices de referencia relativos a los datos contenidos en los sistemas automatizados nacionales de identificación dactiloscópica creados para los fines de la prevención y persecución de los delitos. Los índices de referencia contendrán exclusivamente datos dactiloscópicos y una referencia. Los índices de referencia no contener datos que permitan identificar directamente a la persona concernida. Los índices de referencia que no puedan atribuirse a nadie (huellas abiertas) deberán poder reconocerse como tales.

#### Artículo 9

##### Consulta automatizada de datos dactiloscópicos

(1) Las Partes Contratantes permitirán que el punto de contacto nacional de cada una de las demás Partes Contratantes a que se refiere el artículo 11 tenga acceso, para los fines de la prevención y persecución de delitos, a los índices de referencia de sus sistemas automatizados de identificación dactiloscópica creados para estos fines, lo que incluirá el derecho a consultarlos de manera automatizada mediante una comparación de datos dactiloscópicos. La consulta deberá formularse únicamente para casos concretos y con arreglo al derecho interno de la Parte Contratante que la realice.

(2) La conexión definitiva de un dato dactiloscópico con un índice de referencia de la Parte Contratante que mantenga el fichero se efectuará por el punto de contacto nacional que realice la consulta sobre la base de los índices de referencia comunicados de forma automatizada que sean necesarios para la atribución definitiva.

#### Artículo 10

##### Transmisión de otros datos de carácter personal y demás informaciones

Si en el curso del procedimiento previsto en el artículo 9 se comprueba la concordancia de datos dactiloscópicos, la transmisión de otros datos de carácter personal disponibles relativos a los índices de referencia y demás informaciones se efectuará con arreglo al derecho interno de la Parte Contratante requerida, incluidas sus disposiciones relativas a la asistencia judicial.

#### Artículo 11

##### Punto de contacto nacional y acuerdo de ejecución

(1) Para la ejecución de la transmisión de datos prevista en el artículo 9, cada Parte Contratante designará un punto de contacto nacional. Las competencias de cada punto de contacto nacional se regirán por el derecho interno que le sea aplicable.

(2) Los pormenores técnicos del procedimiento previsto en el artículo 9 se regularán en un acuerdo de ejecución con arreglo al artículo 44.

## Artículo 12

### Consulta automatizada de datos procedentes de los registros de matriculación de vehículos

(1) Las Partes Contratantes permitirán que los puntos de contacto nacionales de las demás Partes Contratantes mencionados en el apartado 2, para los fines de la prevención y persecución de delitos y de la persecución de infracciones que sean competencia de los tribunales o de las fiscalías en el territorio de la Parte Contratante que realice la consulta, y para la prevención de amenazas para la seguridad y el orden público, tengan acceso a los siguientes datos contenidos en los registros nacionales de vehículos, con derecho a consultarlos de forma automatizada en casos concretos:

1. datos de los propietarios o usuarios y
2. datos de los vehículos.

La consulta solo podrá efectuarse utilizando un número completo de identificación de un vehículo o una matrícula completa. La consulta deberá efectuarse con arreglo al derecho interno de la Parte Contratante que la realice.

(2) Para la ejecución de las transmisiones de datos a que se refiere el apartado 1, cada Parte Contratante designará un punto de contacto nacional para recibir solicitudes. Las competencias de cada punto de contacto nacional se regirán por el derecho interno que le sea aplicable. Los pormenores técnicos del procedimiento se regularán en un acuerdo de ejecución con arreglo al artículo 44.

### Artículo 13

#### Transmisión de información de carácter no personal

Para los fines de la prevención de los delitos y la prevención de amenazas para la seguridad y el orden públicos en relación con grandes eventos de alcance transfronterizo, en particular en el ámbito del deporte o de las reuniones del Consejo Europeo, las Partes Contratantes se transmitirán mutuamente, tanto previa petición como a iniciativa propia con arreglo al derecho interno de la Parte Contratante transmitente, informaciones de carácter no personal que puedan resultar necesarias a estos efectos.

### Artículo 14

#### Transmisión de datos de carácter personal

(1) Para los fines de la prevención de los delitos y la prevención de amenazas para la seguridad y el orden públicos en relación con grandes eventos de alcance transfronterizo, en particular en el ámbito del deporte o de las reuniones del Consejo Europeo, las Partes Contratantes se transmitirán mutuamente, tanto previa petición como a iniciativa propia, datos relativos a personas, cuando la existencia de condenas firmes o de otras circunstancias justifiquen la presunción de que estas personas van a cometer un delito con motivo del evento o suponen una amenaza para la seguridad y el orden públicos, en la medida en que la transmisión de tales datos sea admisible con arreglo al derecho interno de la Parte Contratante transmitente.

(2) Los datos de carácter personal solo podrán ser tratados para los fines establecidos en el apartado 1 y para el evento concreto para el que se comunicaron. Los datos transmitidos se suprimirán inmediatamente cuando se hayan cumplido los fines mencionados en el apartado 1 o cuando ya no puedan cumplirse. En todo caso, los datos deberán suprimirse transcurrido como máximo un año.

Artículo 15

Punto de contacto nacional

Para la ejecución de la transmisión de información prevista en los artículos 13 y 14, cada Parte Contratante designará un punto de contacto nacional. Las competencias de cada punto de contacto nacional se regirán por el derecho interno que le sea aplicable.

Capítulo 3

Medidas para la prevención de atentados terroristas

Artículo 16

Transmisión de información para la prevención de atentados terroristas

(1) Con objeto de prevenir atentados terroristas, las Partes Contratantes podrán transmitir a los puntos de contacto nacionales de las demás Partes Contratantes previstos en el apartado 3, con arreglo al derecho interno, en casos concretos, sin necesidad de petición previa, los datos de carácter personal e informaciones mencionados en el apartado 2, en la medida en que sea necesario porque determinados hechos justifiquen la presunción de que las personas de que se trate van a cometer delitos según lo dispuesto en los artículos 1 a 3 de la Decisión Marco nº 2002/475/JI del Consejo de la Unión Europea, de 13 de junio de 2002, para la lucha contra el terrorismo.

(2) Los datos e informaciones que se transmitirán comprenderán el nombre, apellidos, fecha y lugar de nacimiento, así como la descripción de los hechos que justifican la presunción mencionada en el apartado 1.



(3) Cada Parte Contratante designará un punto de contacto nacional para el intercambio de datos con los puntos de contacto nacionales de las demás Partes Contratantes. Las competencias de cada punto de contacto nacional se regirán por el derecho interno que le sea aplicable.

(4) La autoridad transmitente podrá establecer condiciones, con arreglo a su derecho interno, respecto del empleo de dichos datos e informaciones por la autoridad receptora. La autoridad receptora estará sujeta a dichas condiciones.

#### Artículo 17

##### Escolta de seguridad en los vuelos

(1) Cada Parte Contratante decidirá de forma autónoma, con arreglo a su política nacional de seguridad aérea, acerca del empleo de escoltas de seguridad en los vuelos de las aeronaves matriculadas en dicha Parte Contratante. El empleo de dichos escoltas de seguridad se ajustará al Convenio Internacional de Chicago de 7 de diciembre de 1944, relativo a la aviación civil internacional, y sus anexos, en particular el Anexo nº 17, así como los demás documentos de aplicación del mismo, y teniendo en cuenta las facultades del comandante de a bordo con arreglo al Convenio de Tokio de 14 de septiembre de 1963 relativo a los delitos y otros actos cometidos a bordo de aeronaves, y de conformidad con los demás instrumentos aplicables de derecho internacional, en la medida en que vinculen a las Partes Contratantes.

(2) Los escoltas de seguridad de los vuelos a que se refiere el presente Tratado serán agentes de policía u otros empleados públicos con la formación correspondiente encargados de garantizar la seguridad a bordo de las aeronaves.

(3) Las Partes Contratantes se prestarán apoyo recíproco en la formación y perfeccionamiento de los escoltas de seguridad de los vuelos y colaborarán estrechamente en lo relativo a su equipamiento.

(4) Antes de realizar la escolta de seguridad de un vuelo, el punto de coordinación nacional competente, con arreglo al artículo 19, de la Parte Contratante que envíe la escolta deberá notificar por escrito la utilización de dicha escolta. La notificación se efectuará como mínimo tres días antes del vuelo de que se trate desde o hacia un aeropuerto de otra Parte Contratante y se dirigirá al punto de coordinación nacional competente de la otra Parte Contratante. En caso de peligro inminente, la notificación ulterior se efectuará de manera inmediata antes del aterrizaje.

(5) La notificación escrita, que las Partes Contratantes tratarán con carácter confidencial, contendrá los datos indicados en el Anexo 1 del presente Tratado. Las Partes Contratantes podrán modificar el Anexo 1 mediante un acuerdo separado.

#### Artículo 18

##### Armas de servicio, munición y equipos

(1) Las Partes Contratantes concederán a los escoltas de seguridad del vuelo empleados por las otras Partes Contratantes, a petición de dichas Partes Contratantes, una autorización general para llevar armas de servicio, municiones y otros equipos en los vuelos con origen o destino en aeropuertos de las Partes Contratantes. Esta autorización comprenderá tanto la facultad de llevar armas de servicio y municiones a bordo de la aeronave como, con sujeción al apartado 2, en las zonas de seguridad de acceso restringido dentro de un aeropuerto de la Parte Contratante de que se trate.

(2) La facultad de llevar armas de servicio y municiones estará sujeta a las siguientes condiciones:

1. La salida de una aeronave en un aeropuerto con armas de servicio y municiones o la estancia en zonas de seguridad de acceso restringido de un aeropuerto de otra Parte Contratante solo podrá efectuarse con el acompañamiento de un representante de la autoridad nacional competente de la Parte Contratante de que se trate.

2. Inmediatamente después de abandonar la aeronave, las armas de servicio y municiones llevadas a bordo se entregarán bajo escolta en un punto de entrega designado por la autoridad nacional competente, donde quedarán depositadas bajo custodia.

#### Artículo 19

##### Puntos nacionales de contacto y de coordinación

Para el desempeño de las funciones indicadas en los artículos 17 y 18, cada una de las Partes Contratantes designará un punto nacional de contacto y de coordinación.

#### Capítulo 4

##### Medidas para la lucha contra la migración ilegal

#### Artículo 20

##### Asesores en materia de documentos

(1) Las Partes Contratantes acordarán, sobre la base de una valoración conjunta de la situación y teniendo en cuenta el Reglamento (CE) nº 377/2004 del Consejo de la Unión Europea, de 19 de febrero de 2004, sobre la creación de una red de funcionarios de enlace

de inmigración, el envío de asesores en materia de documentos a Estados que se hayan calificado de Estados de origen o tránsito de la migración ilegal.

(2) Sobre la base del derecho interno, las Partes Contratantes se informarán periódicamente sobre los nuevos conocimientos en materia de migración ilegal que hayan adquirido a través de la actividad de sus asesores en materia de documentos.

(3) Cuando se envíen asesores en materia de documentos, las Partes Contratantes podrán designar a una de ellas para que se encargue de la coordinación respecto de medidas concretas. Dicha coordinación podrá también estar limitada en el tiempo.

#### Artículo 21

##### Funciones de los asesores en materia de documentos

Los asesores en materia de documentos enviados por las Partes Contratantes desempeñarán en particular las siguientes funciones:

1. asesoramiento y formación a las representaciones en el extranjero de las Partes Contratantes sobre cuestiones relacionadas con pasaportes y visados, en particular para el reconocimiento de documentos falsos y documentos manipulados, así como otras cuestiones relacionadas con el uso fraudulento de documentos y la migración ilegal;
2. asesoramiento y formación a las empresas de transporte en relación con las obligaciones que les incumben con arreglo al Convenio de 19 de junio de 1990 de aplicación del Acuerdo de Schengen de 14 de junio de 1985, relativo a la supresión gradual de los controles en las fronteras comunes, y el Anexo 9 del Convenio de Chicago de 7 de diciembre de 1944 relativo a la aviación civil internacional, así como para reconocer los documentos falsos o manipulados y conocer las disposiciones vigentes en materia de entrada, y

3. asesoramiento y formación a las autoridades e instituciones del país anfitrión competentes en materia de control policial en las fronteras.

No resultarán afectadas por ello las competencias de las representaciones en el extranjero ni de las autoridades de las Partes Contratantes encargadas de funciones policiales en las fronteras.

#### Artículo 22

##### Puntos nacionales de contacto y de coordinación

Las Partes Contratantes designarán puntos nacionales de contacto y de coordinación como interlocutores para acordar lo relativo al envío de asesores en materia de documentos y la planificación, ejecución, supervisión y revisión de las medidas de asesoramiento y formación.

#### Artículo 23

##### Apoyo en casos de repatriación

(1) Las Partes Contratantes se prestarán apoyo para las repatriaciones, teniendo en cuenta la Decisión del Consejo de la Unión Europea 2004/573/CE de 29 de abril de 2004, relativa a la organización de vuelos conjuntos para la expulsión, desde el territorio de dos o más Estados miembros, de nacionales de terceros países sobre los que hayan recaído resoluciones de expulsión, así como la Directiva 2003/110/CE del Consejo de la Unión Europea, de 25 de noviembre de 2003, sobre la asistencia en casos de tránsito a efectos de repatriación por vía aérea. Se informarán con la suficiente antelación de las repatriaciones previstas y ofrecerán a las demás Partes Contratantes, en la medida de lo posible, su participación en las mismas. En las operaciones conjuntas de repatriación, las Partes

Contratantes se pondrán de acuerdo acerca de la escolta de las personas que vayan a ser devueltas y de las medidas de seguridad.

(2) Una Parte Contratante podrá proceder, en la medida en que sea necesario, a la repatriación de una persona a través del territorio de otra Parte Contratante. La Parte Contratante por cuyo territorio se realice la repatriación decidirá acerca de la misma. En su decisión sobre la repatriación establecerá las disposiciones de ejecución de la misma y aplicará también, cuando sea necesario, los medios de coerción admisibles, según su derecho interno, contra la persona que deba ser repatriada.

(3) Para la planificación y ejecución de las repatriaciones, las Partes Contratantes designarán puntos de contacto nacionales. Se celebrarán reuniones periódicas de expertos en el marco de un grupo de trabajo para

1. evaluar los resultados de operaciones anteriores y tenerlos en cuenta en la planificación y ejecución de las siguientes;
2. examinar los posibles problemas que plantee el tránsito mencionado en el apartado 2 y buscar soluciones a estos problemas.

## Capítulo 5

### Otras formas de cooperación

#### Artículo 24

##### Formas de intervención conjunta

(1) Con objeto de intensificar la cooperación policial, las autoridades competentes designadas por las Partes Contratantes, con el fin de prevenir amenazas para la seguridad y

el orden público y para la prevención de los delitos, podrán organizar patrullas comunes y otras formas de intervención conjunta en las que los funcionarios u otros empleados públicos (en adelante denominados agentes) designados por las Partes Contratantes participen en intervenciones en el territorio de otra Parte Contratante.

(2) Cada Parte Contratante, en calidad de Estado del territorio y con arreglo a su derecho interno, podrá encargar a agentes de otras Partes Contratantes, con el consentimiento de su Estado de origen, el desempeño de facultades soberanas en el marco de intervenciones conjuntas o, cuando el derecho del Estado del territorio lo permita, podrá atribuir a agentes de otras Partes Contratantes el desempeño de sus propias facultades soberanas con arreglo al derecho de su Estado de origen. En todo caso, las facultades soberanas solo podrán ejercerse bajo la dirección y como norma en presencia de agentes del Estado del territorio. A estos efectos, los agentes de la otra Parte Contratante estarán sujetos al derecho interno del Estado del territorio. Sus actos serán imputables al Estado del territorio.

(3) Los agentes de otras Partes Contratantes que participen en intervenciones conjuntas se atenderán a las instrucciones impartidas por la autoridad competente del Estado del territorio.

(4) Los aspectos prácticos de esta cooperación se regularán en acuerdos de ejecución con arreglo al artículo 44.

#### Artículo 25

##### Medidas en caso de peligro inminente

(1) En caso de urgente necesidad, los agentes de una Parte Contratante podrán, sin la autorización previa de la otra Parte Contratante, cruzar la frontera común para adoptar en la zona próxima a la frontera dentro del territorio de la otra Parte Contratante, con arreglo

al derecho interno del Estado del territorio, las medidas provisionales necesarias para evitar un peligro inminente para la vida o la integridad física de las personas.

(2) Existirá una necesidad urgente, en el sentido del apartado 1, cuando el peligro pueda materializarse si se espera a que intervengan los agentes del Estado del territorio o a que se establezca la relación de subordinación prevista en el apartado 2 del artículo 24.

(3) Los agentes que realicen esta intervención deberán informar inmediatamente al Estado del territorio. Dicho Estado confirmará la recepción de la información y adoptará inmediatamente las medidas necesarias para evitar el peligro de que se trate y hacerse cargo de la situación. Los agentes que realicen la intervención sólo podrán permanecer en el Estado del territorio hasta que el mismo haya adoptado las medidas necesarias para evitar dicho peligro. Los mencionados agentes se atenderán a las instrucciones del Estado del territorio.

(4) Las Partes Contratantes concluirán un acuerdo separado sobre cuáles deban ser las autoridades a las que se informe inmediatamente con arreglo al apartado 3. Los agentes que realicen la intervención estarán sujetos a las disposiciones del presente artículo y al derecho de la Parte Contratante en cuyo territorio intervengan.

(5) Las medidas adoptadas por los agentes que realicen la intervención serán imputables al Estado del territorio.

#### Artículo 26

##### Asistencia en caso de grandes eventos, catástrofes y accidentes graves

Las autoridades competentes de las Partes Contratantes se prestarán apoyo recíproco, con arreglo a su derecho interno, en los eventos masivos y otros acontecimientos similares, catástrofes y accidentes graves, de la manera siguiente



1. se informarán recíprocamente lo antes posible de los sucesos o eventos con repercusión transfronteriza y los datos pertinentes;
2. en situaciones de repercusión transfronteriza, tomarán y coordinarán las medidas policiales necesarias en su territorio;
3. a petición de la Parte Contratante en cuyo territorio se produzca la situación pertinente, prestarán asistencia en la medida de lo posible mediante el envío de agentes, especialistas y asesores, así como el suministro de equipos.

No resultarán afectados por ello los convenios internacionales suscritos por las Partes Contratantes sobre asistencia recíproca en caso de catástrofes o accidentes graves.

#### Artículo 27

##### Cooperación previa petición

- (1) Las autoridades competentes de las Partes Contratantes se prestarán asistencia recíproca previa petición en el marco de sus respectivas competencias y con arreglo a su derecho interno.
- (2) Las autoridades competentes de las Partes Contratantes se prestarán asistencia recíproca con arreglo a la primera frase del apartado 1 del artículo 39 del Convenio de 19 de junio de 1990 de aplicación del Acuerdo de Schengen de 14 de junio de 1985 sobre la supresión gradual de los controles en las fronteras comunes, en particular mediante
  1. la averiguación de la identidad del propietario y el usuario y la investigación sobre los conductores de vehículos terrestres, acuáticos y aéreos, en la medida en que no quede ya comprendido en el artículo 12,

2. la información sobre permisos de conducción, patentes de navegación y habilitaciones semejantes,

3. la averiguación de la residencia y del lugar de domicilio,

4. la comprobación de los títulos de residencia,

5. la averiguación de los titulares de conexiones de teléfono y de otros medios de telecomunicación, en la medida en que sean de acceso público,

6. la averiguación de la identidad,

7. la investigación sobre la procedencia de objetos, por ejemplo, armas, vehículos de motor y vehículos acuáticos (consultas sobre vías de adquisición),

8. informaciones obrantes en bases de datos policiales y documentos policiales, así como información procedente de recopilaciones de datos oficiales de acceso público,

9. avisos urgentes relativos a armas o explosivos y avisos relativos a falsificaciones de moneda o efectos timbrados,

10. informaciones sobre la ejecución práctica de medidas de observación transfronteriza, persecuciones transfronterizas y entregas controladas, y

11. la notificación de la disposición de una persona a prestar declaración.

(3) En caso de que la autoridad requerida no sea competente para dar cumplimiento a lo solicitado, remitirá la solicitud a la autoridad competente. La autoridad requerida informará a la autoridad requirente acerca de dicha remisión y de cuál es la autoridad competente

para dar cumplimiento a la solicitud. La autoridad competente tramitará la solicitud y comunicará el resultado a la autoridad requirente.

## Capítulo 6

### Disposiciones generales

#### Artículo 28

##### Empleo de armas de servicio, municiones y equipos

(1) Los agentes de una Parte Contratante que se encuentren en el territorio de otra Parte Contratante en el marco de una intervención conjunta podrán utilizar allí su uniforme de servicio nacional. Podrán llevar consigo las armas de servicio, municiones y equipos permitidos por el derecho interno de su Estado de origen. Toda Parte Contratante podrá prohibir que los agentes enviados por otro Estado lleven determinadas armas de servicio, municiones y equipos.

(2) Las armas de servicio, municiones y equipos enumerados en el Anexo 2 solo podrán utilizarse en caso de legítima defensa, incluido el auxilio necesario. En casos concretos, el agente responsable del Estado del territorio podrá autorizar, con arreglo a su derecho interno, una utilización de las armas de servicio, municiones y equipos que exceda de lo previsto en la primera frase. El empleo de armas de servicio, municiones y equipos se regirá por el derecho del Estado del territorio. Las autoridades competentes se informarán mutuamente acerca de las armas de servicio, municiones y equipos autorizados en cada caso, así como de las condiciones de empleo de los mismos.

(3) Las Partes Contratantes podrán modificar el Anexo 2 mediante un acuerdo separado.

(4) En caso de que los agentes de una Parte Contratante utilicen en el territorio de otra Parte Contratante vehículos de motor en el marco de medidas previstas en el presente Tratado, estarán sujetos al respeto de las mismas disposiciones en materia de tráfico que los agentes del Estado del territorio, incluidas las normas sobre prerrogativas en materia de circulación y utilización de dispositivos sonoros y luminosos.

(5) Los aspectos prácticos de la utilización de armas de servicio, municiones y equipos se regularán en el marco de un acuerdo de ejecución con arreglo al artículo 44.

(6) No resultará afectado por ello lo dispuesto en el artículo 18.

#### Artículo 29

##### Protección y apoyo

Las Partes Contratantes estarán obligadas a prestar a los agentes enviados por otras Partes Contratantes la misma protección y apoyo en el desempeño de sus funciones que a sus propios agentes.

#### Artículo 30

##### Régimen general de responsabilidad

A la responsabilidad derivada del presente Tratado se le aplicará por analogía el artículo 43 del Convenio de 19 de junio de 1990 de aplicación del Acuerdo de Schengen de 14 de junio de 1985, relativo a la supresión gradual de los controles en las fronteras comunes. Lo dispuesto en la primera frase no será aplicable a los artículos 17 y 18.

Artículo 31

Situación jurídica de los agentes en el ámbito penal

Los agentes que intervengan en el territorio de otra Parte Contratante en virtud del presente Tratado estarán equiparados a los agentes de dicha otra Parte Contratante en relación con los delitos que cometan o de que sean víctimas, en la medida en que no se disponga otra cosa en otro convenio aplicable a las Partes Contratantes.

Artículo 32

Relación de servicio

Los agentes que intervengan en el territorio de otra Parte Contratante en virtud del presente Tratado seguirán sujetos a las disposiciones de servicio vigentes en su propio Estado, en particular en materia de derecho disciplinario.

Capítulo 7

Disposiciones generales sobre protección de datos

Artículo 33

Definiciones y ámbito de aplicación

(1) A los efectos del presente Tratado

1. por "tratamiento de datos de carácter personal" se entenderá todo tratamiento o proceso de tratamientos relativo a datos de carácter personal, con o sin ayuda de procedimientos automatizados, tales como la recopilación, almacenamiento, organización, conservación, adaptación o modificación, lectura, consulta, utilización, la comunicación mediante transmisión, difusión o cualquier otra forma

de puesta a disposición, la combinación o asociación, así como el bloqueo, cancelación o destrucción de datos; se considerará también tratamiento de datos de carácter personal a los efectos del presente Tratado la comunicación relativa a la existencia o inexistencia de una concordancia;

2. por "consulta automatizada" se entenderá el acceso directo a una base de datos automatizada de otra instancia, de tal forma que pueda obtenerse respuesta a la consulta de forma totalmente automática;

3. por "marcado" se entenderá la inserción de una marca en los datos almacenados de carácter personal sin que con ello se pretenda limitar su tratamiento en el futuro;

4. por "bloqueo" se entenderá el marcado de los datos almacenados de carácter personal con el fin de limitar su tratamiento en el futuro.

(2) Las siguientes disposiciones se aplicarán a los datos que se transmitan o se hayan transmitido en virtud del presente Tratado, salvo que se establezca otra cosa en los capítulos precedentes.

#### Artículo 34

##### Nivel de protección de datos

(1) En relación con el tratamiento de datos de carácter personal transmitidos o que se transmitan en virtud del presente Tratado, cada Parte Contratante garantizará que su derecho interno ofrezca un nivel de protección de datos equivalente como mínimo al que resulta del Convenio del Consejo de Europa de 28 de enero de 1981 para la protección de las personas con respecto al tratamiento automatizado de datos de carácter personal y el Protocolo Adicional de 8 de noviembre de 2001, y se atenderá a la Recomendación n.º R (87) 15 del Comité de Ministros del Consejo de Europa a los Estados miembros en relación

con la utilización policial de datos de carácter personal, de 17 de septiembre de 1987, incluso cuando los datos sean objeto de tratamiento no automatizado.

(2) La transmisión de datos de carácter personal en virtud del presente Tratado sólo podrá iniciarse cuando en el territorio de las Partes Contratantes que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al derecho interno las disposiciones del presente capítulo. El Comité de Ministros previsto en el artículo 43 determinará mediante una decisión si se cumple este requisito.

### Artículo 35

#### Vinculación a los fines

(1) La Parte Contratante receptora únicamente podrá utilizar los datos de carácter personal para los fines para los que se transmitieron con arreglo al presente Tratado; el tratamiento de los datos para otros fines requerirá la previa autorización de la Parte Contratante titular del fichero y se hará con sujeción al derecho interno de la Parte Contratante receptora. La autorización podrá concederse cuando en el derecho interno de la Parte Contratante titular del fichero se admita dicho tratamiento para esos otros fines.

(2) El tratamiento de los datos transmitidos con arreglo a los artículos 3, 4 y 9 por la Parte Contratante que realice la consulta o la comparación se permitirá exclusivamente en relación con:

1. la comprobación de si existe o no coincidencia entre los perfiles de ADN o datos dactiloscópicos comparados;
2. la preparación y presentación de una solicitud de asistencia administrativa o judicial con arreglo al derecho interno en el supuesto de que los datos coincidan;

3. el registro con arreglo al artículo 39.

La Parte Contratante titular del fichero únicamente podrá tratar los datos que le hayan sido transmitidos en virtud de los artículos 3, 4 y 9 en la medida en que sea necesario para llevar a cabo la comparación, la respuesta automatizada a la consulta o el registro con arreglo al artículo 39. Una vez finalizada la comparación de datos o respondida la consulta automatizada, los datos transmitidos se cancelarán inmediatamente, salvo que se requiera su ulterior tratamiento para los fines establecidos en los números 2 y 3 de la primera frase.

(3) La Parte Contratante titular del fichero únicamente podrá utilizar los datos transmitidos en virtud del artículo 12 cuando sea necesario para dar respuesta automatizada a una consulta o para efectuar el registro con arreglo al artículo 39. Una vez respondida la consulta automatizada, dichos datos se cancelarán inmediatamente, salvo que se requiera su ulterior tratamiento para el registro previsto en el artículo 39. La Parte Contratante solicitante sólo podrá utilizar los datos recibidos en respuesta a su consulta en el procedimiento que dio lugar a la consulta.

Artículo 36

Autoridades competentes

Los datos de carácter personal transmitidos únicamente podrán ser tratados por las autoridades y tribunales que sean competentes para el desempeño de una función en el marco de los fines previstos en el artículo 35. En particular, la ulterior comunicación de los datos transmitidos a otras instancias requerirá la autorización previa de la Parte Contratante transmitente y estará sujeta al derecho interno de la Parte Contratante receptora.



### Artículo 37

#### Exactitud, actualidad y duración del almacenamiento de los datos

(1) Las Partes Contratantes estarán obligadas a velar por la exactitud y actualidad de los datos de carácter personal. Si se comprueba, de oficio o a través de una comunicación de la persona concernida, que se han transmitido datos inexactos o datos que no podían transmitirse, este hecho se comunicará inmediatamente a la Parte o Partes Contratantes receptoras. Dichas Partes estarán obligadas a rectificar o cancelar los datos. Deberán también rectificarse los datos de carácter personal transmitidos cuando se descubra su inexactitud. Cuando la autoridad receptora tenga motivos para creer que los datos transmitidos son inexactos o deben cancelarse, informará inmediatamente de ello a la autoridad transmitente.

(2) Los datos cuya exactitud sea rebatida por la persona concernida, pero cuya exactitud o inexactitud no pueda determinarse, deberán ser marcados, si así lo exige la persona concernida, con arreglo al derecho interno de las Partes Contratantes. Cuando así se haga, dicho marcado solo podrá suprimirse, con arreglo al derecho interno, con el consentimiento de la persona concernida o sobre la base de una resolución del tribunal competente o del órgano independiente competente en materia de control de la protección de datos.

(3) Los datos de carácter personal transmitidos se cancelarán cuando no hubieran debido transmitirse o recibirse. Los datos lícitamente transmitidos y recibidos deberán cancelarse

1. cuando no sean necesarios o hayan dejado de serlo para el fin para el que se transmitieron; si los datos de carácter personal se transmitieron sin previa petición, la instancia receptora deberá comprobar inmediatamente si se necesitan para el fin que haya justificado su transmisión;

2. una vez transcurrido el plazo máximo previsto en el derecho nacional de la Parte Contratante transmitente para la conservación de los datos, cuando en el momento de la

transmisión la autoridad transmitente hubiera informado de dicho plazo máximo a la instancia receptora.

En lugar de la supresión se procederá al bloqueo de los datos, con arreglo al derecho interno, cuando existan motivos para creer que la supresión podría afectar a intereses dignos de protección de la persona concernida. Los datos bloqueados solo podrán transmitirse o utilizarse para el fin por el que se prescindió de su supresión.

### Artículo 38

Medidas técnicas y organizativas para garantizar la protección de los datos y su seguridad

(1) Las autoridades transmitente y receptora estarán obligadas a conceder una protección eficaz a los datos de carácter personal frente a su destrucción fortuita o no autorizada, su pérdida fortuita, el acceso no autorizado a los mismos, su modificación fortuita o no autorizada y su divulgación no autorizada.

(2) Los pormenores técnicos del procedimiento de consulta automatizada se regularán en un acuerdo de ejecución con arreglo al artículo 44, que garantizará:

1. que se adopten las medidas correspondientes al estado de la técnica en cada momento para garantizar la protección y seguridad de los datos, que garanticen en particular su confidencialidad e integridad;

2. cuando se utilicen redes de acceso general, que se apliquen los procedimientos de codificación y autenticación homologados por los órganos competentes para ello; y

3. que pueda controlarse la admisibilidad de las consultas con arreglo a los apartados 2, 4 y 5 del artículo 39.

Artículo 39

Documentación y registro, disposiciones especiales relativas a la transmisión automatizada y no automatizada

(1) Cada Parte Contratante garantizará que toda transmisión no automatizada y recepción no automatizada de datos de carácter personal queden documentadas por la autoridad que realice la consulta y la titular del fichero, para el control de la admisibilidad de la transmisión. La documentación comprenderá los extremos siguientes:

1. el motivo de la transmisión,
2. los datos transmitidos,
3. la fecha de la transmisión y
4. la designación o identificación de la instancia que realice la consulta y la titular del fichero.

(2) La consulta automatizada de datos en virtud de los artículos 3, 9 y 12 y la comparación automatizada en virtud del artículo 4 se registrarán por las disposiciones siguientes:

1. La consulta o comparación automatizada sólo podrán realizarse por agentes de los puntos nacionales de contacto especialmente autorizados para ello. Previa petición, se pondrá a disposición de las autoridades de supervisión indicadas en el apartado 5 y de las demás Partes Contratantes la lista de los agentes autorizados para realizar consultas o comparaciones automatizadas.

2. Cada Parte Contratante garantizará que quede registrada toda transmisión y toda recepción de datos por la autoridad titular del fichero y por la autoridad que realice la

consulta, incluida la comunicación de la existencia o inexistencia de concordancias. Dicho registro abarcará los extremos siguientes:

- a) los datos transmitidos,
- b) la fecha y hora exacta de la transmisión y
- c) la designación o identificación de la autoridad que realice la consulta y la titular del fichero.

La autoridad que realice la consulta registrará asimismo el motivo de la consulta o transmisión y la identificación del agente que realizó la consulta, así como del agente que originó la consulta o transmisión.

(3) La autoridad que realice el registro comunicará, previa solicitud, los datos del registro al órgano competente en materia de control de la protección de datos de las Partes Contratantes interesadas de manera inmediata y, en todo caso, en las cuatro semanas siguientes a la recepción de la solicitud. Los datos del registro únicamente podrán utilizarse para los fines siguientes:

- 1. el control de la protección de los datos;
- 2. la garantía de la seguridad de los datos.

(4) Los datos del registro deberán protegerse frente a usos indebidos y otros tipos de abuso mediante procedimientos adecuados, y se conservarán durante dos años. Una vez transcurrido el plazo de conservación, los datos del registro se cancelarán inmediatamente.

(5) El control jurídico de la transmisión o recepción de datos de carácter personal corresponderá al órgano independiente competente en materia de control de la protección

de datos de cada una de las Partes Contratantes. Con arreglo al derecho interno, toda persona podrá solicitar a dicho órgano que examine la legalidad del tratamiento de datos sobre su persona. Dichos órganos, al igual que las instancias competentes del registro, deberán también, al margen de dichas solicitudes, realizar controles por muestreo de la legalidad de las transmisiones sobre la base de los expedientes relativos a dichas consultas. Los resultados de esta actividad de control se conservarán durante 18 meses para los fines de su supervisión por los órganos independientes competentes en materia de control de la protección de datos. Deberán cancelarse inmediatamente una vez transcurrido dicho plazo. La autoridad independiente competente en materia de control de la protección de datos de una Parte Contratante podrá solicitar al órgano competente en materia de control de la protección de datos de cualquier otra Parte Contratante que ejerza sus atribuciones con arreglo al derecho interno. Las autoridades independientes competentes en materia de control de la protección de datos de las Partes Contratantes mantendrán la necesaria cooperación mutua para el desempeño de sus atribuciones de control, en particular mediante el intercambio de la información pertinente.

#### Artículo 40

##### Derechos de las personas concernidas a la información e indemnización de daños

(1) A petición de la persona concernida, y una vez acreditada por éste su identidad, el organismo competente con arreglo al derecho interno deberá facilitarle información, con sujeción al derecho interno, sin unos costes desproporcionados, de forma generalmente comprensible y sin demoras indebidas, acerca de los datos relativos a su persona que hayan sido objeto de tratamiento, así como de su procedencia, destinatario o categoría de destinatario, fin previsto para el tratamiento y fundamento jurídico del mismo. Asimismo, la persona concernida tendrá derecho a que se rectifiquen los datos inexactos y se cancelen los datos tratados de forma ilícita. Las Partes Contratantes garantizarán también que la persona concernida, en caso de lesión de sus derechos a la protección de los datos, pueda presentar una queja efectiva ante un tribunal independiente e imparcial, establecido por la

ley, en el sentido del apartado 1 del artículo 6 del Convenio Europeo de Derechos Humanos, así como ante una autoridad de control independiente en el sentido del artículo 28 de la Directiva 95/46/CE, y que tenga la posibilidad de que los tribunales le reconozcan el derecho a la indemnización de daños o a una compensación de otro tipo. Los pormenores del procedimiento para el aseguramiento de estos derechos y las razones de limitación del derecho a la información se registrarán por el derecho interno del Estado en el que se hagan valer esos derechos.

(2) Cuando un órgano de una Parte Contratante transmita datos de carácter personal en virtud del presente Tratado, la instancia receptora de la otra Parte Contratante no podrá, en relación con su responsabilidad con arreglo al derecho interno, alegar en su descargo frente al perjudicado que los datos transmitidos no eran exactos. Si la instancia receptora indemniza los daños causados por la utilización de datos transmitidos inexactos, el órgano transmitente deberá reembolsar a la instancia receptora el importe total de la indemnización de daños abonada.

#### Artículo 41

##### Información a solicitud de las Partes Contratantes

La Parte Contratante receptora informará a la Parte Contratante transmitente, previa petición, sobre el tratamiento de los datos transmitidos y el resultado conseguido con el mismo.

## Capítulo 8

### Disposiciones de aplicación y disposiciones finales

#### Artículo 42

#### Declaraciones

(1) En el momento del depósito de su instrumento de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión, cada Parte Contratante designará, en una declaración dirigida al Estado depositario, a las autoridades competentes para la aplicación del presente Tratado.

Deberán designarse:

1. con arreglo al apartado 1 del artículo 6, los puntos nacionales de contacto para los análisis del ADN;
2. con arreglo al apartado 1 del artículo 11, los puntos nacionales de contacto para los datos dactiloscópicos;
3. con arreglo al apartado 2 del artículo 12, los puntos nacionales de contacto para los datos de los registros de vehículos;
4. con arreglo al artículo 15, los puntos nacionales de contacto para el intercambio de información relativa a grandes eventos;
5. con arreglo al apartado 3 del artículo 16, los puntos nacionales de contacto para las informaciones relativas a la prevención de atentados terroristas;
6. con arreglo al artículo 19, los puntos nacionales de contacto y de coordinación para los escoltas de seguridad de los vuelos;

7. con arreglo al artículo 22, los puntos nacionales de contacto y de coordinación para los asesores en materia de documentos;

8. con arreglo al apartado 3 del artículo 23, los puntos nacionales de contacto para la planificación y ejecución de las repatriaciones;

9. con arreglo a los artículos 24 a 27, las autoridades y agentes competentes.

(2) Las declaraciones formuladas en virtud del apartado 1 podrán modificarse en cualquier momento mediante declaración dirigida al depositario. Dicha modificación surtirá efecto en la fecha de su recepción por el depositario.

#### Artículo 43

##### Comité de Ministros

(1) Las Partes Contratantes crearán un Comité integrado por los ministros de las Partes Contratantes. Dicho Comité de Ministros adoptará las decisiones necesarias en relación con la ejecución y aplicación del presente Tratado. Las decisiones del Comité de Ministros se adoptarán por unanimidad entre todas las Partes Contratantes.

(2) En apoyo del Comité de Ministros, un grupo de trabajo conjunto formado por representantes de las Partes Contratantes se encargará del seguimiento de la aplicación e interpretación del presente Tratado y de determinar si existe la necesidad de completarlo o desarrollarlo. El grupo de trabajo conjunto se reunirá a instancias de una Parte Contratante.



Artículo 44  
Acuerdos de ejecución

Las autoridades competentes de las Partes Contratantes podrán concluir acuerdos, sobre la base del presente Tratado y en el marco del mismo, que tengan por fin la ejecución administrativa del presente Tratado.

Artículo 45  
Ámbito de aplicación territorial

Las disposiciones del presente Tratado serán aplicables en el territorio de las Partes Contratantes. Por lo que respecta al Reino de los Países Bajos, el presente Tratado sólo será aplicable a la parte del Reino situada en Europa. Por lo que respecta a la República Francesa, el presente Tratado sólo será aplicable a la parte de la República situada en Europa.

Artículo 46  
Gastos

Cada Parte Contratante correrá con los gastos en que incurran sus autoridades en la aplicación del presente Tratado. En casos especiales, las Partes Contratantes interesadas podrán adoptar un sistema diferente.

#### Artículo 47

##### Relación con otros convenios bilaterales o multilaterales

(1) Las disposiciones del presente Tratado solo serán aplicables en la medida en que sean compatibles con el derecho de la Unión Europea. Si en el futuro la Unión Europea adoptara normas que puedan afectar al ámbito de aplicación del presente Tratado, las disposiciones correspondientes del presente Tratado dejarán de aplicarse en beneficio del derecho de la Unión Europea. Las Partes Contratantes podrán modificar o reemplazar las disposiciones del presente Tratado a la luz de las nuevas disposiciones pertinentes del derecho de la Unión Europea.

(2) No resultarán afectados por el presente Tratado los derechos y obligaciones contenidos en otros convenios bilaterales o multilaterales ya existentes; las Partes Contratantes conservarán la facultad de aplicar en sus relaciones mutuas los convenios bilaterales o multilaterales existentes entre las Partes Contratantes. En caso de incompatibilidad con los derechos u obligaciones derivados de esos otros convenios, prevalecerán las disposiciones del presente Tratado

#### Artículo 48

##### Ratificación, aceptación, aprobación

El presente Tratado estará sujeto a ratificación, aceptación o aprobación. Los instrumentos de ratificación, aceptación o aprobación se depositarán en poder del depositario. Con ocasión del depósito de los instrumentos de ratificación, aceptación o aprobación puede emitirse una declaración en relación con el ámbito territorial de aplicación.

Artículo 49

Depositario

(1) El depositario del presente Tratado es el Gobierno de la República Federal de Alemania.

(2) El depositario notificará sin demora a las demás Partes Contratantes toda ratificación, aceptación, aprobación, adhesión, reserva o denuncia, así como todas las demás declaraciones relacionadas con el presente Tratado.

(3) El depositario se encargará de registrar el Tratado en la Secretaría General de las Naciones Unidas de conformidad con el artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas.

Artículo 50

Entrada en vigor

(1) El presente Tratado entrará en vigor entre las Partes Contratantes que lo hayan ratificado 90 días después del depósito del segundo instrumento de ratificación, aceptación o aprobación. Para las demás Partes Contratantes, el Tratado entrará en vigor 90 días después del depósito de sus instrumentos de ratificación, aceptación o aprobación.

(2) El depositario notificará la fecha de entrada en vigor a todas las Partes Contratantes.

Artículo 51

Adhesión

(1) El presente Tratado estará abierto a la adhesión de todos los Estados miembros de la Unión Europea. Con la adhesión pasarán a ser vinculantes para los Estados adherentes

también los acuerdos de ejecución y otros acuerdos en relación con este Tratado realizados sobre la base del artículo 44.

(2) Los instrumentos de adhesión se depositarán en poder del depositario. En caso de adhesión, podrá formularse una declaración relativa al ámbito de aplicación territorial con ocasión del depósito del instrumento de adhesión, si bien no antes de la entrada en vigor del tratado con arreglo.

(3) Para cada Estado que se adhiera al mismo, el presente Tratado entrará en vigor 90 días después del depósito de su instrumento de adhesión al artículo 50.

#### Artículo 52

#### Denuncia

(1) El presente Tratado se concluye por tiempo indefinido.

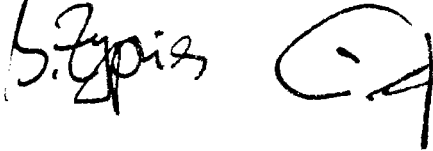
(2) Cualquier Parte Contratante podrá denunciar el presente Tratado mediante una notificación dirigida por conducto diplomático al depositario. La denuncia surtirá efecto seis meses después de la recepción de la notificación por el depositario.

Hecho en Prüm el día 27 de mayo de 2005 en un único original en alemán, español, francés y neerlandés, siendo todas las versiones igualmente auténticas. El original quedará depositado en los archivos del depositario, que remitirá copia certificada del mismo a todos los Estados signatarios y Estados adherentes.

Por el Reino de Bélgica



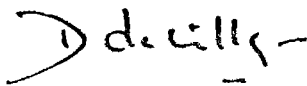
Por la República Federal de Alemania



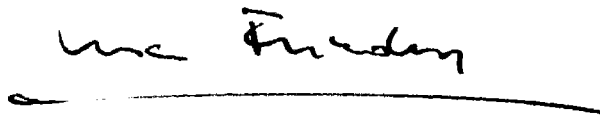
Por el Reino de España



Por la República Francesa



Por el Gran Ducado de Luxemburgo



Por el Reino de los Países Bajos



Por la República de Austria



Anexo 1

Tratado

relativo a

la profundización de la cooperación transfronteriza, en particular en materia de lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la migración ilegal

Datos que deberá contener la notificación escrita prevista en el apartado 5 del artículo 17

1. Tiempo de la intervención, con indicación de la duración prevista de la estancia;
2. Datos del vuelo (incluido el número del vuelo y la hora del mismo);
3. Número de miembros del equipo de escolta de seguridad del vuelo;
4. Nombre y apellidos de todas las personas con indicación del nombre del jefe del equipo;
5. Números de pasaporte;
6. Marca, tipo y número de serie de las armas;
7. Cantidad y tipo de munición;
8. Objetos de equipamiento llevados por el equipo para el desempeño de su misión.

Anexo 2

Tratado

relativo a

la profundización de la cooperación transfronteriza, en particular en materia de lucha  
contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la migración ilegal

Armas de servicio, munición y medios de intervención autorizados  
a los efectos de las frases primera y segunda del apartado 2 del artículo 28

1. Para el Reino de Bélgica:

- armas de fuego autorizadas y las municiones autorizadas
- sprays paralizantes autorizados y los medios de intervención autorizados
- gas lacrimógeno autorizado y los medios de intervención autorizados

2. Para la República Federal de Alemania:

- armas de fuego autorizadas y las municiones autorizadas

3. Para el Reino de España:

- armas de fuego autorizadas
- armas de defensa autorizadas en función de la dotación reglamentaria de la unidad a la que pertenezca el servicio policial participante en la intervención conjunta, tales como defensa (o porra), sprays, gases lacrimógenos y otras autorizadas

4. Para la República Francesa:

- las armas de servicio y medios de coerción individuales autorizados con arreglo al derecho nacional

5. Para el Gran Ducado de Luxemburgo:

- armas de fuego autorizadas y las municiones correspondientes
- sprays paralizantes autorizados y los medios de intervención autorizados
- gas lacrimógeno autorizado y los medios de intervención autorizados

6. Para el Reino de los Países Bajos:

- armas de fuego autorizadas y las municiones autorizadas
- sprays paralizantes autorizados y los medios de intervención autorizados
- gas lacrimógeno autorizado y los medios de intervención autorizados



7. Para la República de Austria:

- armas de fuego autorizadas y las municiones autorizadas
- sprays paralizantes autorizados y los medios de intervención autorizados

Traité

entre

le Royaume de Belgique,  
la République fédérale d'Allemagne,  
le Royaume d'Espagne,  
la République française,  
le Grand-Duché de Luxembourg,  
le Royaume des Pays-Bas et  
la République d'Autriche

relatif à

l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre  
le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale

Les Hautes Parties contractantes du présent Traité, Etats membres de l'Union européenne,

Considérant qu'il est important, dans un espace de libre circulation des personnes, que les Etats membres de l'Union européenne renforcent leur coopération afin de lutter plus efficacement contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale,

Désireuses de jouer un rôle pionnier dans le but d'atteindre, dans le cadre de l'amélioration de la coopération en Europe et sans préjudice des dispositions du Traité sur l'Union européenne et du Traité instituant la Communauté européenne, un niveau aussi élevé que possible dans leur coopération, en premier lieu par le biais d'un meilleur échange d'informations, notamment dans les domaines liés à la lutte contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale, et de permettre à tous les autres Etats membres de l'Union européenne de participer à cette coopération,

Désireuses de traduire les dispositions du présent Traité dans le cadre juridique de l'Union européenne afin d'aboutir à une amélioration de l'échange d'informations au sein de l'Union européenne dans son ensemble, notamment dans les domaines touchant à la lutte contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale, ainsi qu'à en créer les bases juridiques et techniques nécessaires,

Dans le respect des droits fondamentaux tels qu'ils découlent de la Charte des Droits fondamentaux de l'Union européenne, de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales ainsi que des traditions constitutionnelles communes des Etats concernés, notamment conscientes du fait que la transmission de données à caractère personnel à une autre Partie contractante présuppose un niveau adéquat de protection des données de la part de la Partie contractante destinataire,

Considérant qu'il convient – sans préjudice du droit national actuellement en vigueur dans les pays concernés – de maintenir et de prévoir un contrôle judiciaire approprié des mesures prévues par le présent Traité,

Disposées à compléter le présent Traité par d'autres accords permettant une consultation automatisée de données dans d'autres bases de données appropriées pour autant que cela soit nécessaire et proportionnel aux fins de l'approfondissement de la coopération transfrontalière,

sont convenues de ce qui suit :

## Chapitre 1

### Généralités

#### Article 1<sup>er</sup>

##### Principes

(1) Par le présent Traité, les Parties contractantes visent à intensifier la coopération transfrontalière entre elles, en particulier l'échange d'informations.

(2) Cette coopération ne porte pas atteinte au droit de l'Union européenne et reste ouverte à l'adhésion de tout Etat membre de l'Union européenne en vertu des dispositions du présent Traité.

(3) La coopération dans le cadre du présent Traité vise à développer des initiatives favorisant la coopération européenne dans les domaines décrits dans le présent Traité.

(4) Au plus tard trois ans après l'entrée en vigueur du présent Traité, une initiative sera présentée en vue de la transcription des dispositions du présent Traité dans le cadre juridique de l'Union européenne sur la base d'une évaluation de l'expérience acquise dans le cadre de la mise en œuvre du présent Traité, en concertation avec la Commission européenne ou sur proposition de la Commission européenne, en tenant compte des dispositions du Traité sur l'Union européenne et du Traité instituant la Communauté européenne.

(5) Les Parties contractantes informent régulièrement et conjointement le Conseil de l'Union européenne et la Commission européenne de l'évolution de la coopération.

## Chapitre 2

### Profils ADN, données dactyloscopiques et autres données

#### Article 2

##### Création de fichiers nationaux d'analyse ADN

(1) Les Parties contractantes s'engagent à créer et à gérer des fichiers nationaux d'analyse ADN en vue de la poursuite de infractions pénales. Le traitement des données enregistrées dans ces fichiers en vertu du présent Traité s'effectuera, sous réserve des autres dispositions du présent Traité, conformément au droit national applicable au processus de traitement en question.

(2) En vue de la mise en œuvre du présent Traité, les Parties contractantes garantissent que des données indexées 'se référant au contenu des fichiers nationaux d'analyse ADN visés au paragraphe 1<sup>er</sup>, 1<sup>ère</sup> phrase, sont disponibles. Ces données indexées ne contiennent que les profils ADN\* issus de la partie non codante de l'ADN ainsi qu'une référence. Les données indexées ne doivent contenir aucune donnée permettant l'identification directe de la

personne concernée. Les données indexées qui ne peuvent être attribuées à aucune personne (traces ouvertes) doivent être reconnaissables en tant que telles.

(3) Lors du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, chaque Partie contractante désigne les fichiers nationaux d'analyse ADN auxquels les articles 2 à 6 s'appliquent, ainsi que les conditions régissant la consultation automatisée sur la base de l'article 3, paragraphe 1<sup>er</sup>.

\* Pour l'Allemagne les profils ADN en vertu du présent Traité s'appellent Identifizierungsmuster (modèles d'identification ADN).

### Article 3

#### Consultation automatisée de profils ADN

(1) Les Parties contractantes autorisent les points de contact nationaux des autres Parties contractantes, visés à l'article 6, à accéder, en vue de poursuivre des infractions pénales, aux données indexées de leurs fichiers d'analyse ADN, et ce avec le droit de procéder à une consultation automatisée à l'aide d'une comparaison des profils ADN. La consultation ne peut s'opérer qu'au cas par cas et dans le respect du droit national de la Partie contractante qui effectue ladite consultation.

(2) Si, dans le cadre d'une consultation automatisée, une concordance entre un profil ADN transmis et un profil ADN enregistré dans le fichier de la Partie contractante destinataire est constatée, le point de contact national ayant lancé la consultation est informé par voie automatisée de l'existence d'une concordance et de la référence. Si aucune concordance ne peut être constatée, communication en est faite de manière automatisée.

#### Article 4

##### Comparaison automatisée de profils ADN

(1) Les Parties contractantes comparent, par l'intermédiaire de leurs points de contact nationaux et d'un commun accord, les profils ADN de leurs traces ouvertes avec tous les profils ADN provenant des données indexées des autres fichiers nationaux d'analyse ADN en vue de poursuivre des infractions pénales. La transmission et la comparaison s'opèrent de manière automatisée. La transmission visant à comparer des profils ADN des traces ouvertes ne s'opère que dans les cas où une telle transmission est prévue par le droit national de la Partie contractante requérante.

(2) Si, lors de la comparaison prévue au paragraphe 1er, une Partie contractante constate que des profils ADN transmis correspondent à ceux contenus dans son propre fichier d'analyse ADN, elle communique sans délai au point de contact national de l'autre Partie contractante les données indexées pour lesquels une concordance a été constatée.

#### Article 5

##### Transmission d'autres données à caractère personnel et d'autres informations

En cas de constatation de concordance de profils ADN dans le cadre de la procédure prévue aux articles 3 et 4, la transmission d'autres données à caractère personnel se rapportant aux données indexées ainsi que d'autres informations s'opère en vertu du droit national de la Partie contractante requise, y compris les dispositions relatives à l'entraide judiciaire.

## Article 6

### Point de contact national et accord d'exécution

(1) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour la transmission de données en vertu des articles 3 et 4. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

(2) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques des procédures décrites aux articles 3 et 4.

## Article 7

### Prélèvement de matériel génétique et transmission de profils ADN

Si, dans le cadre d'une procédure d'enquête ou d'une procédure judiciaire en cours, le profil ADN d'une personne déterminée qui se trouve sur le territoire de la Partie contractante requise fait défaut, cette dernière accorde l'entraide judiciaire en prélevant et en analysant le matériel génétique de cette personne ainsi qu'en transmettant le profil ADN obtenu, lorsque :

1. la Partie contractante requérante communique le but pour lequel cette procédure est nécessaire ;
2. la Partie contractante requérante présente une ordonnance ou un acte d'enquête, émis par l'autorité compétente, requis en vertu de son droit national, faisant ressortir que les conditions pour le prélèvement et l'analyse du matériel génétique seraient réunies dans l'hypothèse où la personne en question se trouverait sur le territoire de la Partie contractante requérante et



3. les conditions préalables au prélèvement et à l'analyse du matériel génétique ainsi qu'à la transmission du profil ADN obtenu sont réunies en vertu du droit de la Partie contractante requise.

#### Article 8

##### Données dactyloscopiques

En vue de la mise en œuvre du présent Traité, les Parties contractantes garantissent que des données indexées soient disponibles concernant le contenu des systèmes automatisés nationaux d'identification dactyloscopique créés en vue de la prévention et de la poursuite de infractions pénales. Ces données indexées ne contiennent que des données dactyloscopiques et une référence. Les données indexées ne doivent contenir aucune donnée permettant l'identification directe de la personne concernée. Les données indexées qui ne peuvent être attribués à aucune personne (traces ouvertes) doivent être reconnaissables en tant que telles.

#### Article 9

##### Consultation automatisée de données dactyloscopiques

(1) Les Parties contractantes autorisent le point de contact national des autres Parties contractantes, visé à l'article 11, à accéder, en vue de prévenir et de poursuivre des infractions pénales, aux données indexées de leurs systèmes automatisés d'identification dactyloscopique créés à cette fin, et ce avec le droit de procéder à une consultation automatisée à l'aide d'une comparaison des données dactyloscopiques. La consultation ne peut s'opérer qu'au cas par cas et dans le respect du droit national de la Partie contractante qui effectue ladite consultation.

(2) L'établissement définitif d'un lien entre une donnée dactyloscopique et une donnée indexée de la Partie contractante gestionnaire du fichier est réalisé par le point de contact national de la Partie ayant réalisé la consultation sur la base des données indexées transmises en mode automatisé et nécessaires à une attribution univoque.

#### Article 10

##### Transmission d'autres données à caractère personnel ainsi que d'autres informations

En cas de constatation de concordance de données indexées dans le cadre de la procédure prévue à l'article 9, la transmission d'autres données à caractère personnel se rapportant aux données indexées ainsi que d'autres informations s'opère en vertu du droit national de la Partie contractante requise, y compris les dispositions relatives à l'entraide judiciaire.

#### Article 11

##### Point de contact national et accord d'exécution

(1) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour la transmission de données en vertu de l'article 9. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

(2) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques de la procédure décrite à l'article 9.

## Article 12

### Consultation automatisée de données dans les registres d'immatriculation de véhicules

(1) En vue de prévenir et de poursuivre des infractions pénales, en vue de poursuivre des faits pénalement punissables relevant, sur le territoire de la Partie contractante effectuant la consultation, de la compétence des tribunaux ou du ministère public, et en vue de maintenir l'ordre et la sécurité publics, les Parties contractantes autorisent les points de contacts nationaux des autres Parties contractantes, mentionnés au paragraphe 2, à accéder aux données suivantes dans les registres nationaux des véhicules, et ce avec le droit de procéder à une consultation automatisée au cas par cas :

1. les données relatives aux propriétaires ou, selon le cas, détenteurs ainsi que
2. les données relatives aux véhicules.

La consultation ne doit s'opérer qu'en utilisant un numéro complet d'identification du véhicule ou un numéro complet de plaque minéralogique. La consultation ne saurait s'opérer que dans le respect du droit national de la Partie contractante effectuant la consultation.

(2) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour les demandes qui lui sont adressées en vue de la transmission de données qui est prévue au paragraphe 1er. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable. Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques de la procédure.

### Article 13

#### Transmission de données à caractère non-personnel

En vue de prévenir des infractions pénales et de maintenir l'ordre et la sécurité publics lors de manifestations de grande envergure à dimension transfrontalière, en particulier dans le domaine sportif ou en rapport avec des réunions du Conseil européen, les Parties contractantes se transmettent mutuellement des données à caractère non-personnel qui peuvent être nécessaires à cet effet, aussi bien sur demande que de leur propre initiative et dans le respect du droit national de la Partie contractante transmettant les données,.

### Article 14

#### Transmission de données à caractère personnel

(1) En vue de prévenir des infractions pénales et de maintenir l'ordre et la sécurité publics lors de manifestations de grande envergure à dimension transfrontalière, en particulier dans le domaine sportif ou en rapport avec des réunions du Conseil européen, les Parties contractantes se transmettent mutuellement, aussi bien sur demande que de leur propre initiative, des données relatives à des personnes, lorsque des condamnations définitives ou d'autres faits justifient la présomption que ces personnes vont commettre des infractions pénales dans le cadre de ces événements ou qu'elles présentent un danger pour l'ordre et la sécurité publics, pour autant que la transmission de ces données soit permise en vertu du droit national de la Partie contractante transmettant les données.

(2) Les données à caractère personnel ne peuvent être traitées qu'aux fins visées au paragraphe 1er et pour l'événement précisément décrit en vue duquel elles ont été communiquées. Les données transmises doivent être immédiatement effacées dès lors que les fins visées au paragraphe 1er ont été atteintes ou ne peuvent plus l'être. En tout état de cause, les données transmises sont effacées au plus tard après un an.

## Article 15

### Point de contact national

Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour la transmission de données en vertu des articles 13 et 14. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

## Chapitre 3

### Mesures visant à prévenir des infractions terroristes

## Article 16

### Transmission d'informations en vue de prévenir des infractions terroristes

(1) En vue de prévenir des infractions terroristes, les Parties contractantes peuvent transmettre, dans le respect du droit national et sans demande, dans des cas particuliers, aux points de contact nationaux des autres Parties contractantes, visés au paragraphe 3, les données à caractère personnel et les informations visées au paragraphe 2, pour autant que ce soit nécessaire parce que certains faits justifient la présomption que les personnes concernées vont commettre des infractions telles que visées aux articles 1 à 3 inclus de la décision-cadre 2002/475/JAI du Conseil de l'Union européenne du 13 juin 2002 relative à la lutte contre le terrorisme.

(2) Les données et informations à transmettre comportent les noms, prénoms, date et lieu de naissance ainsi qu'une description des faits desquels découle la présomption visée au paragraphe 1er.

(3) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national chargé de l'échange de données avec les points de contact nationaux des autres Parties contractantes. Les compé-

tences de chaque point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

(4) L'autorité transmettant les données peut, en vertu du droit national, fixer des conditions relatives à l'utilisation de ces données et informations par l'autorité destinataire. Cette dernière est liée par ces conditions.

#### Article 17

##### Gardes armés à bord des aéronefs

(1) Chaque Partie contractante décide de façon autonome, en fonction de sa politique nationale de sûreté aérienne, de l'intervention de gardes armés à bord des aéronefs dans les aéronefs enregistrés auprès de ladite Partie contractante. L'intervention de ces gardes armés à bord des aéronefs s'effectue en conformité avec la Convention de Chicago du 7 décembre 1944 relative à l'aviation civile internationale, et ses annexes, notamment l'annexe 17, ainsi qu'avec les autres documents relatifs à son application et en tenant compte des pouvoirs du commandant d'aéronef en vertu de la Convention de Tokyo du 14 septembre 1963 relative aux infractions et à certains autres actes survenant à bord des aéronefs, ainsi que conformément à d'autres réglementations de droit international pertinentes, dans la mesure où ceux-ci sont contraignants pour les Parties contractantes respectives.

(2) Sont gardes armés à bord des aéronefs au sens du présent Traité les fonctionnaires de police ou agents de l'autorité publique dûment formés à cet effet et chargés du maintien de la sécurité à bord d'aéronefs.

(3) Les Parties contractantes se soutiennent mutuellement dans la formation initiale et continue des gardes armés à bord des aéronefs et collaborent étroitement sur les questions touchant à l'équipement de ces gardes.

(4) Préalablement à l'accompagnement d'un vol, le bureau national de coordination compétent de la Partie contractante expéditrice, visé à l'article 19, doit annoncer cette intervention par écrit. L'information est notifiée, au moins trois jours avant le vol concerné à destination ou en provenance d'un aéroport d'une autre Partie contractante, au bureau national de coordination compétent de l'autre Partie contractante. En cas de danger imminent, la notification est faite sans délai, en principe avant l'atterrissage.

(5) La notification écrite, traitée confidentiellement par les Parties contractantes, comporte les informations mentionnées à l'annexe 1 du présent Traité. Les Parties contractantes peuvent, par un accord séparé, modifier l'annexe 1.

#### Article 18

##### Port d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement

(1) Les Parties contractantes délivrent aux gardes armés affectés à bord des aéronefs des autres Parties contractantes, à la demande de ces dernières, une autorisation générale de port d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement pour les vols à destination ou en provenance des aéroports des Parties contractantes. Cette autorisation s'étend au port d'armes de service et de munitions aussi bien à bord d'aéronefs que, dans les conditions prévues au paragraphe 2, dans les zones de sécurité non accessibles au public dans un aéroport de la Partie contractante concernée.

(2) Le port d'armes de service et de munitions est soumis aux conditions suivantes :

1. La sortie de l'aéronef dans un aéroport avec des armes et munitions ou le séjour dans les zones de sécurité non accessibles au public d'un aéroport d'une autre Partie contractante n'est autorisé qu'avec l'accompagnement d'un représentant de l'autorité nationale compétente de l'autre Partie contractante concernée.

2. Immédiatement après leur sortie de l'aéronef, les armes de service et les munitions portées sont déposées sous escorte dans un lieu à déterminer par l'autorité nationale compétente, où celles-ci sont stockées de manière sécurisée et sous surveillance.

#### Article 19

##### Bureaux nationaux de contact et de coordination

Chaque Partie contractante désigne un bureau national de contact et de coordination pour l'exécution des missions visées aux articles 17 et 18.

#### Chapitre 4

##### Mesures relatives à la lutte contre la migration illégale

#### Article 20

##### Conseillers en faux documents

(1) Sur la base d'évaluations communes de la situation et en tenant compte du Règlement (CE) n° 377/2004 du Conseil de l'Union européenne du 19 février 2004 relatif à la création d'un réseau d'officiers de liaison « Immigration », les Parties contractantes conviennent de l'envoi de conseillers en faux documents dans des pays considérés comme pays d'origine ou de transit pour la migration illégale.

(2) Sur la base du droit national, les Parties contractantes s'informent régulièrement des éléments d'information relatifs à la migration illégale obtenus grâce à l'activité de leurs conseillers en faux documents.



(3) Lors de l'envoi de conseillers en faux documents, les Parties contractantes peuvent désigner une Partie contractante coordinatrice pour la réalisation de mesures concrètes. La coordination pourra également être limitée dans le temps.

## Article 21

### Missions des conseillers en faux documents

Les conseillers en faux documents envoyés par les Parties contractantes remplissent notamment les missions suivantes :

1. conseil et formation des représentations diplomatiques ou consulaires des Parties contractantes sur des affaires de visas et de passeports, notamment en ce qui concerne la reconnaissance de documents falsifiés ou contrefaits, ainsi que sur la fraude documentaire et la migration illégale,

2. conseil et formation de sociétés de transport en matière d'obligations découlant pour elles de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, et de l'annexe 9 de la Convention de Chicago du 7 décembre 1944 relative à l'aviation civile internationale, ainsi qu'en matière de la reconnaissance de documents falsifiés ou contrefaits tout comme sur les dispositions pertinentes relatives à l'entrée, ainsi que

3. conseil et formation des autorités et institutions du pays hôte compétentes pour les contrôles policiers aux frontières.

Il n'est pas porté atteinte aux compétences des représentations diplomatiques ou consulaires ni des autorités chargées des missions de contrôle policier frontalier des Parties contractantes.

## Article 22

### Bureaux nationaux de contact et de coordination

Les Parties contractantes désignent des bureaux nationaux de contact et de coordination servant d'interlocuteurs pour les concertations sur l'envoi de conseillers en faux documents ainsi que pour la planification, la mise en œuvre, l'accompagnement et le suivi de mesures de conseil et de formation.

## Article 23

### Soutien lors de mesures d'éloignement

(1) Les Parties contractantes se soutiennent mutuellement lors de mesures d'éloignement en tenant compte de la Décision 2004/573/CE du Conseil de l'Union européenne du 29 avril 2004 relative à l'organisation de vols communs pour l'éloignement, à partir du territoire de deux Etats membres ou plus, de ressortissants de pays tiers faisant l'objet de mesures d'éloignement sur le territoire de deux Etats membres ou plus, et de la Directive 2003/110/CE du Conseil de l'Union européenne du 25 novembre 2003 concernant l'assistance au transit dans le cadre de mesures d'éloignement par voie aérienne. Elles s'informent mutuellement en temps utile des mesures d'éloignement prévues et offrent dans la mesure du possible aux autres Parties contractantes la possibilité d'y participer. Lors de mesures d'éloignement communes, les Parties contractantes s'accordent sur l'accompagnement des personnes à éloigner et sur les mesures de sécurité.

(2) Une Partie contractante peut éloigner des personnes en transitant par le territoire d'une autre Partie contractante dans la mesure où cela s'avère nécessaire. La Partie contractante par le territoire de laquelle l'éloignement doit avoir lieu, décide de l'exécution de l'éloignement. Elle fixe dans sa décision les modalités de l'éloignement et applique, dans la mesure où cela s'avère nécessaire, les moyens de contrainte autorisés par son droit national à l'encontre de la personne à éloigner.

(3) Les Parties contractantes désignent des points de contact nationaux pour la planification et l'exécution des mesures d'éloignement. Des experts se rencontrent régulièrement au sein d'un groupe de travail afin :

1. d'évaluer les résultats d'actions antérieures et d'en tenir compte lors de la planification et de l'exécution ultérieures mesures d'éloignement,
2. d'examiner tous les problèmes éventuels liés au transit visé au paragraphe 2 et d'élaborer des solutions à cet égard.

## Chapitre 5

### Autres formes de coopération

#### Article 24

##### Formes d'interventions communes

(1) Afin d'intensifier la coopération policière, les autorités compétentes à désigner par les Parties contractantes peuvent, en vue de maintenir l'ordre et la sécurité publics ainsi que pour prévenir des infractions pénales, constituer des patrouilles communes ainsi que d'autres formes d'intervention commune, au sein desquelles des fonctionnaires ou d'autres agents de l'autorité publique, à désigner par les Parties contractantes, (ci-après dénommés « les fonctionnaires ») participent aux interventions sur le territoire d'une autre Partie contractante.

(2) Chaque Partie contractante, en tant qu'Etat d'accueil, peut, conformément à son droit national et avec l'accord de l'Etat d'envoi, confier à des fonctionnaires d'autres Parties contractantes, dans le cadre de formes d'interventions communes, des compétences de

puissance publique, ou admettre, pour autant que le droit de l'Etat d'accueil le permette, que des fonctionnaires d'autres Parties contractantes exercent leurs compétences de puissance publique selon le droit de l'Etat d'envoi. Les compétences de puissance publique ne peuvent à cet égard être exercées que sous le commandement et en règle générale en présence de fonctionnaires de l'Etat d'accueil. Les fonctionnaires de l'autre Partie contractante sont à cet égard soumis au droit national de l'Etat d'accueil. Leurs actes sont imputables à l'Etat d'accueil.

(3) Les fonctionnaires participant à des interventions communes d'autres Parties contractantes sont liés par les instructions de l'autorité compétente de l'Etat d'accueil.

(4) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les aspects pratiques de la coopération.

#### Article 25

##### Mesures en cas de danger présent

(1) Dans une situation d'urgence, les fonctionnaires d'une Partie contractante peuvent franchir sans autorisation préalable de l'autre Partie contractante la frontière commune en vue de prendre, en zone frontalière sur le territoire de cette autre Partie contractante et dans le respect du droit national de celle-ci, des mesures provisoires nécessaires afin d'écarter tout danger présent pour la vie ou l'intégrité physique de personnes.

(2) Il y a situation d'urgence au sens du paragraphe 1er lorsque le fait d'attendre l'intervention des fonctionnaires de l'Etat d'accueil ou le placement sous commandement au sens de l'article 24, paragraphe 2, risque d'entraîner la réalisation du danger.

(3) Les fonctionnaires intervenants avisent sans délai l'Etat d'accueil. Ce dernier accuse réception de cette information et est tenu de prendre sans délai les mesures qui s'imposent

afin d'écarter le danger et de reprendre la situation en main. Les fonctionnaires intervenants ne peuvent agir sur le territoire de l'Etat d'accueil que jusqu'à ce que ce dernier ait pris les mesures nécessaires. Les fonctionnaires intervenants sont tenus de respecter les instructions de l'Etat d'accueil.

(4) Les Parties contractantes concluent un accord séparé sur les autorités à aviser sans délai en vertu du paragraphe 3. Les fonctionnaires intervenants sont liés par les dispositions du présent article et par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils agissent.

(5) Les mesures prises par les fonctionnaires intervenants sont imputées à la responsabilité de l'Etat d'accueil.

#### Article 26

Assistance lors d'événements de grande envergure, de catastrophes et d'accidents graves

Les autorités compétentes des Parties contractantes se soutiennent mutuellement dans le respect de leur droit national lors de manifestations de masse et d'autres événements de grande envergure, lors de catastrophes ainsi que d'accidents graves :

1. en s'informant mutuellement le plus tôt possible sur de tels événements ayant des implications transfrontalières et en se communiquant les informations importantes qui s'y rapportent,
2. en prenant et coordonnant les mesures policières nécessaires sur leur propre territoire lors de situations ayant des implications transfrontalières,
3. en prêtant assistance, dans la mesure du possible, sur demande de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la situation survient, par l'envoi de fonc-

tionnaires, de spécialistes et de conseillers ainsi que par la mise à disposition d'objets d'équipement.

Il n'est pas porté atteinte aux accords internationaux des Parties contractantes relatifs à l'assistance mutuelle en cas de catastrophes, y compris d'accidents graves.

#### Article 27

##### Coopération sur demande

(1) Dans le cadre de leurs compétences et conformément à leur droit national, les autorités compétentes des Parties contractantes se prêtent sur demande mutuellement assistance.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes se prêtent mutuelle assistance en vertu de l'article 39, paragraphe 1er, 1ère phrase de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, en particulier par :

1. des vérifications de l'identité de propriétaires et de détenteurs ainsi que de conducteurs de véhicules routiers, de bateaux et navires ou d'aéronefs, pour autant que cette action ne soit pas déjà couverte par l'article 12,
2. des renseignements concernant les permis de conduire, permis de navigation et autorisations semblables,
3. des vérifications concernant les lieux de séjour et de résidence,
4. des vérifications concernant les titres de séjour,

5. des vérifications de l'identité d'abonnés au réseau téléphonique et d'abonnés d'autres équipements de télécommunication, dans la mesure où ceux-ci sont publiquement accessibles,
6. des vérifications d'identité,
7. des enquêtes sur la provenance d'objets tels que des armes, des véhicules à moteur ou des bateaux et navires (demandes relatives au canal de vente),
8. des éléments d'information provenant du recueil de données policières et de documents de police ainsi que des informations provenant du recueil de données d'autorités administratives publiquement accessibles,
9. des signalements urgents relatifs aux armes et explosifs ainsi que des signalements relatifs à la contrefaçon de moyens de paiement et de timbres,
10. des d'informations relatives à l'exécution pratique de mesures d'observation transfrontalières, de poursuites transfrontalières et de livraisons surveillées, et
11. la notification de la disponibilité d'une personne à faire des déclarations.

(3) Si l'autorité requise n'est pas compétente pour le traitement de la demande, elle transmet la demande à l'autorité compétente. L'autorité requise informe l'autorité requérante de cette transmission et de l'autorité compétente pour le traitement de la demande. L'autorité compétente traite la demande et transmet le résultat à l'autorité requérante.

## Chapitre 6

### Dispositions générales

#### Article 28

##### Utilisation d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement

(1) Les fonctionnaires d'une Partie contractante qui se trouvent, dans le cadre d'une intervention commune, sur le territoire d'une autre Partie contractante peuvent y porter leur uniforme de service national. Ils peuvent porter leurs armes de service, munitions et objets d'équipement admis en vertu du droit national de l'Etat d'envoi. Toute Partie contractante peut interdire le port de certaines armes de service, munitions et objets d'équipement par des fonctionnaires de l'Etat d'envoi.

(2) Les armes de service, munitions et objets d'équipement énumérés à l'annexe 2 ne peuvent être utilisés qu'en cas de légitime défense de soi-même ou d'autrui. L'agent de l'Etat d'accueil, en charge de l'intervention, peut autoriser, au cas par cas et dans le respect du droit national, l'utilisation d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement dépassant le cadre de la 1ère phrase. L'utilisation des armes de services, des munitions et des objets d'équipement est soumise au droit de l'Etat d'accueil. Les autorités compétentes s'informent mutuellement des armes de service, munitions et objets d'équipement respectivement autorisés ainsi que des conditions qui régissent leur utilisation.

(3) Les Parties contractantes peuvent, par un accord séparé, modifier l'annexe 2.

(4) Si les fonctionnaires d'une des Parties contractantes font intervenir des véhicules à moteur dans le cadre de mesures prises, en vertu du présent Traité, sur le territoire d'une autre Partie contractante, ceux-ci sont soumis aux mêmes règles de la circulation que les fonctionnaires de l'Etat d'accueil, y compris en ce qui concerne l'usage des prérogatives de



puissance publique en matière d'utilisation des dispositifs sonores ou lumineux et concernant le respect des règles de la circulation.

(5) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les aspects pratiques de l'utilisation d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement.

(6) Il n'est pas porté atteinte à l'article 18.

#### Article 29

##### Protection et assistance

Les Parties contractantes sont obligées de prêter la même protection et assistance aux fonctionnaires envoyés par l'autre Partie contractante dans l'exercice de leur fonction qu'à l'égard de leurs propres fonctionnaires.

#### Article 30

##### Réglementation générale en matière de responsabilité

En matière de responsabilité dans le cadre du présent Traité, l'article 43 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, est applicable mutatis mutandis. La 1<sup>ère</sup> phrase n'est pas applicable aux articles 17 et 18.

### Article 31

#### Position juridique des fonctionnaires au regard du droit pénal

Les fonctionnaires agissant, sur la base du présent Traité, sur le territoire d'une autre Partie contractante sont assimilés aux fonctionnaires de l'autre Partie contractante pour ce qui concerne des infractions pénales qu'ils commettent ou qui sont commis à leur encontre, sauf dispositions contraires contenues dans un autre accord en vigueur pour les Parties contractantes.

### Article 32

#### Relation de service

Les fonctionnaires agissant, sur la base du présent Traité, sur le territoire d'une autre Partie contractante restent soumis aux dispositions en vigueur dans leur Etat en matière de leur relation de service, en particulier en matière disciplinaire.

## Chapitre 7

### Dispositions générales relatives à la protection des données

### Article 33

#### Définitions et champ d'application

(1) Au sens du présent Traité, on entend par :

1. « Traitement de données à caractère personnel » : toute action ou tout enchaînement d'actions, avec ou sans l'aide de procédures automatiques, se rapportant à des

données à caractère personnel tel que le prélèvement, le stockage, l'organisation, la conservation, l'adaptation ou la modification, la lecture, la recherche, la consultation, l'utilisation, la communication par une transmission, la diffusion ou toute autre forme de mise à disposition, la combinaison ou la mise en relation ainsi que le verrouillage, l'effacement ou la destruction de données ; au sens du présent Traité, le traitement englobe également l'information relative à l'existence ou non d'une concordance ;

2. « Consultation automatisée » : l'accès direct à une banque de données automatisée d'une autre autorité et de manière telle que la consultation s'opère entièrement par voie automatisée ;

3. « Marquage » : l'apposition d'une marque sur des données à caractère personnel enregistrées, sans chercher à limiter leur traitement futur ;

4. « Verrouillage » : le marquage de données à caractère personnel enregistrées, en vue de limiter leur traitement futur.

(2) Les dispositions suivantes sont applicables aux données transmises ou l'ayant été en vertu du présent Traité, pour autant que les chapitres précédents ne contiennent pas de disposition contraire.

#### Article 34

##### Niveau de protection des données

(1) Concernant le traitement de données à caractère personnel transmises ou l'ayant été dans le cadre du présent Traité, chaque Partie contractante garantit dans son droit national un niveau de protection des données correspondant au moins à celui résultant de la Convention du Conseil de l'Europe du 28 janvier 1981 relative à la protection des person-

nes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel, ainsi que du protocole additionnel du 8 novembre 2001, et tient à cet égard compte de la recommandation n° R (87) 15 du Comité des ministres du Conseil de l'Europe aux Etats membres relative à l'utilisation de données à caractère personnel dans le domaine policier du 17 septembre 1987, et ce également dans la mesure où les données ne sont pas traitées en mode automatisé.

(2) La transmission de données à caractère personnel prévue dans le présent Traité ne peut être entamée que lorsque les dispositions du présent chapitre ont été transposées dans le droit national sur le territoire des Parties contractantes concernées par la transmission. Le Comité des Ministres visé à l'article 43 constate par décision si ces conditions sont réunies.

#### Article 35

##### Finalité de l'utilisation

(1) La Partie contractante destinataire ne peut traiter les données à caractère personnel qu'aux fins pour lesquelles les données ont été transmises en vertu du présent Traité ; le traitement à d'autres fins n'est admissible qu'après autorisation préalable de la Partie contractante gestionnaire des données et dans le respect du droit national de la Partie contractante destinataire. L'autorisation peut être délivrée pour autant que le droit national de la Partie contractante gestionnaire des données permette ce traitement à ces autres fins.

(2) Le traitement de données, transmises en vertu des articles 3, 4 et 9, par la Partie contractante effectuant la consultation ou la comparaison des données est exclusivement autorisé en vue de :

1. déterminer la concordance entre les profils ADN ou les données dactyloscopiques comparés ;

2. préparer et introduire une demande d'entraide administrative ou judiciaire en vertu du droit national en cas de concordance de ces données ;

3. faire une journalisation conformément à l'article 39.

La Partie contractante gestionnaire du fichier ne peut traiter les données qui lui ont été transmises en vertu des articles 3, 4 et 9 que si ce traitement est nécessaire en vue de réaliser une comparaison, de répondre par la voie automatisée à la demande ou de faire la journalisation conformément à l'article 39. A l'issue de la comparaison ou de la réponse automatisée à la demande, les données transmises sont effacées sans délai à moins que la poursuite du traitement en vue des finalités mentionnées à la 1<sup>ère</sup> phrase, numéros 2 et 3 ne soit nécessaire.

(3) Les données transmises en vertu de l'article 12 peuvent être utilisées par la Partie contractante gestionnaire du fichier exclusivement si cela est nécessaire en vue de répondre par la voie automatisée à la demande ou en vue de faire la journalisation aux termes de l'article 39. A l'issue de la réponse automatisée à la demande, les données transmises sont effacées sans délai à moins que la poursuite du traitement en vue de la journalisation aux termes de l'article 39 ne soit nécessaire. La Partie contractante requérante ne peut utiliser les données obtenues dans le cadre de la réponse qu'aux fins de la procédure sur la base de laquelle la consultation a été faite.

#### Article 36

##### Autorités compétentes

Les données à caractère personnel transmises peuvent être traitées exclusivement par les autorités et tribunaux ayant la compétence pour une mission effectuée dans le cadre des finalités visées à l'article 35. En particulier, la communication des données transmises à d'autres autorités ne peut avoir lieu qu'après autorisation préalable de la Partie contractante

ayant transmis les données et dans le respect du droit national de la Partie contractante destinataire.

### Article 37

#### Exactitude, actualité et durée de stockage de données

(1) Les Parties contractantes sont tenues de veiller à l'exactitude et à l'actualité des données à caractère personnel. S'il s'avère, d'office ou suite à une communication de la personne concernée, que des données incorrectes ou qui n'auraient pas dû être transmises ont été fournies, la Partie contractante destinataire ou les Parties contractantes destinataires doivent en être informées sans délai. Celles-ci sont tenues de procéder à la rectification ou à l'effacement des données. En outre, les données à caractère personnel sont à corriger si elles s'avèrent incorrectes. Si l'autorité destinataire a des indices faisant présumer que des données transmises sont entachées d'erreur ou devraient être effacées, elle en informe sans délai l'autorité qui les a transmises.

(2) Les données dont l'exactitude est contestée par la personne concernée et dont il ne peut pas être constaté si elles sont correctes ou incorrectes, doivent, sur demande de la personne concernée, être marquées en vertu du droit national des Parties contractantes. En cas de marquage, celui-ci ne peut être levé en vertu du droit national que sur consentement de la personne concernée ou sur décision du tribunal compétent ou de l'autorité indépendante compétente en matière de contrôle de la protection des données.

(3) Les données à caractère personnel transmises doivent être effacées lorsqu'elles n'auraient pas dû être transmises ou reçues. Les données légalement transmises et reçues doivent être effacées

1. si elles ne sont pas ou plus nécessaires en regard des finalités pour lesquelles elles ont été transmises. Si des données à caractère personnel ont été transmises sans

qu'il n'y ait eu de demande, l'autorité destinataire est tenue d'examiner sans délai si celles-ci sont nécessaires en regard des finalités pour lesquelles elles ont été transmises ;

2. à l'issue d'un délai maximum prévu pour la conservation des données dans le droit national de la Partie contractante transmettant les données, lorsque l'autorité transmettant les données a indiqué à l'autorité destinataire ce délai maximum au moment de la transmission.

Il est procédé, au lieu d'un effacement, à un verrouillage en vertu du droit national lorsqu'il y a lieu de croire que l'effacement porterait atteinte à des intérêts méritant une protection de la personne concernée. Des données verrouillées ne peuvent être utilisées ou transmises qu'aux fins pour lesquelles l'effacement n'a pas eu lieu.

#### Article 38

##### Mesures techniques et organisationnelles pour garantir la protection et la sécurité des données

(1) L'autorité destinataire et l'autorité qui transmet les données sont obligées de protéger efficacement les données à caractère personnel contre toute destruction fortuite ou non-autorisée, perte fortuite, accès non-autorisé, altération fortuite ou non-autorisée et divulgation non-autorisée.

(2) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques de la procédure de consultation automatisée et garantit que

1. des mesures pour assurer la protection et la sécurité des données sont prises en concordance avec l'état de l'art actuel, garantissant notamment la confidentialité et l'intégrité des données,

2. lors de l'utilisation de réseaux publiquement accessibles, il est fait usage de procédures d'encryptage et d'authentification reconnues par les autorités compétentes à cet égard, et

3. l'admissibilité des consultations en vertu de l'article 39, paragraphes 2, 4 et 5, peut être contrôlée.

### Article 39

#### Documentation et journalisation, dispositions particulières relatives à la transmission automatisée et non-automatisée

(1) Chaque Partie contractante garantit que toute transmission et toute réception non-automatisées de données à caractère personnel est documentée par l'autorité requérante et l'autorité gestionnaire du fichier, aux fins du contrôle de l'admissibilité de la transmission. La documentation comprend les indications suivantes :

1. la raison ayant déclenché la transmission,
2. les données transmises,
3. la date de la transmission, et
4. la dénomination ou la référence de l'autorité requérante et de l'autorité gestionnaire du fichier.

(2) Pour la consultation automatisée des données en vertu des articles 3, 9 et 12 et pour la comparaison automatisée en vertu de l'article 4, les dispositions suivantes s'appliquent :



1. La consultation ou la comparaison automatisées ne peuvent être réalisées que par des fonctionnaires des points de contact nationaux particulièrement habilités à cet effet. Sur demande, la liste des fonctionnaires habilités à la consultation ou à la comparaison automatisées est mise à la disposition des autorités de surveillance visées au paragraphe 5, ainsi que des autres Parties contractantes.

2. Chaque Partie contractante garantit que l'autorité gestionnaire du fichier et l'autorité requérante fait état de toute transmission et de toute réception de données dans un registre de journalisation, y compris de l'information concernant l'existence ou non d'une concordance. La journalisation comprend les informations suivantes :

a) les données transmises,

b) la date et l'heure précises de la transmission, et

c) la dénomination ou la référence de l'autorité requérante et de l'autorité gestionnaire du fichier.

L'autorité requérante journalise également la raison de la demande ou de la transmission ainsi que la référence de l'agent ayant réalisé la consultation ainsi que de l'agent ayant été à l'origine de la demande ou de la transmission.

(3) Sur demande, l'autorité réalisant la journalisation informe sans délai les autorités compétentes en matière de contrôle de la protection des données de la Partie contractante concernée des données journalisées, au plus tard dans les quatre semaines après réception de la demande. Les données journalisées peuvent être utilisées exclusivement aux fins suivantes :

1. le contrôle de la protection des données

2. la garantie de la sécurité des données.

(4) Les données journalisées doivent être protégées par des dispositions appropriées contre toute utilisation autre qu'aux fins susvisées et contre tout autre abus et doivent être conservées pendant deux ans. Après l'expiration du délai de conservation, les données journalisées doivent être effacées sans délai.

(5) Le contrôle juridique de la transmission ou de la réception de données à caractère personnel relève de la responsabilité des autorités indépendantes compétentes en matière de contrôle de la protection des données des Parties contractantes respectives. Toute personne peut en vertu du droit national demander à ces autorités de vérifier la légitimité du traitement de données la concernant. Indépendamment de telles demandes, ces autorités ainsi que les autorités compétentes pour la journalisation doivent également effectuer des contrôles aléatoires pour vérifier la légitimité des transmissions, à l'aide des dossiers qui ont été à la base des consultations. Les résultats de cette activité de contrôle doivent être conservés pendant 18 mois en vue d'un contrôle par les autorités indépendantes compétentes en matière de contrôle de la protection des données. A l'expiration de ce délai, ils doivent être effacés sans délai. Chaque autorité compétente en matière de contrôle de la protection des données peut être requise par l'autorité indépendante de contrôle de la protection des données d'une autre Partie contractante d'exercer ses compétences conformément au droit national. Les autorités indépendantes compétentes en matière de contrôle de la protection des données des Parties contractantes veillent à la coopération réciproque nécessaire en vue de remplir leurs tâches de contrôle, notamment par le biais de l'échange d'informations pertinentes.

#### Article 40

##### Droit des personnes concernées à être renseignées et indemnisées

(1) Sur demande, la personne concernée, après avoir prouvé son identité, doit, dans le respect du droit national, être renseignée sans frais déraisonnables, sous une forme généralement compréhensible et sans retard déraisonnable, par l'autorité compétente en vertu du droit national sur les données traitées la concernant ainsi que sur leur origine, les destinataires ou catégories de destinataires, la finalité du traitement ainsi que sur la base juridique régissant le traitement. En outre, la personne concernée a le droit de faire corriger les données entachées d'erreur ou de faire effacer les données traitées illicitement. Les Parties contractantes assurent en outre que la personne concernée puisse, en cas de violation de ses droits en matière de protection des données à caractère personnel, s'adresser par un recours effectif à un tribunal indépendant et impartial, établi par la loi, au sens de l'article 6, paragraphe 1er de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme tout comme à une autorité indépendante de contrôle au sens de l'article 28 de la Directive 95/46/CE, et qu'elle se voie offrir la possibilité de faire valoir, par la voie judiciaire, un droit à dédommagement ou à une autre forme de réparation. Le droit national de l'Etat dans lequel elle fait valoir ses droits règle les détails de la procédure pour la mise en œuvre de ces droits ainsi que les raisons liées à la restriction du droit à être renseigné.

(2) Si une autorité d'une Partie contractante a transmis, en vertu du présent Traité, des données à caractère personnel, l'autorité destinataire de l'autre Partie contractante ne peut pas invoquer le fait que les données transmises aient été incorrectes pour se décharger de la responsabilité qui lui incombe conformément à son droit national à l'égard de la personne lésée. Si la Partie destinataire est tenue à réparation en raison de l'utilisation de données transmises incorrectement, la Partie qui les a transmises rembourse intégralement à la Partie destinataire les sommes qu'elle a versées en réparation..

Article 41

Renseignements sur demande des Parties contractantes

La Partie contractante destinataire informe la Partie contractante ayant transmis des données du traitement effectué sur les données transmises et du résultat ainsi obtenu.

Chapitre 8

Dispositions d'application et dispositions finales

Article 42

Déclarations

(1) Au moment du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, chaque Partie contractante désigne, dans une déclaration à l'Etat dépositaire, les autorités compétentes pour l'application du présent Traité.

Sont à désigner :

1. les points de contact nationaux pour l'analyse ADN, visés à l'article 6, paragraphe 1<sup>er</sup>,
2. les points de contact nationaux pour les données dactyloscopiques, visés à l'article 11, paragraphe 1<sup>er</sup>,
3. les points de contact nationaux pour les données du registre d'immatriculation de véhicules, visés à l'article 12, paragraphe 2,

4. les points de contact nationaux pour l'échange d'informations lors de manifestations de grande envergure, visés à l'article 15,
5. les points de contact nationaux pour les informations relatives à la prévention d'infractions terroristes, visés à l'article 16, paragraphe 3,
6. les bureaux nationaux de contact et de coordination pour les gardes armés, visés à l'article 19,
7. les bureaux nationaux de contact et de coordination pour les conseillers en faux documents, visés à l'article 22,
8. les points de contacts nationaux pour la planification et l'exécution des mesures d'éloignement, visés à l'article 23, paragraphe 3,
9. les autorités et fonctionnaires, visés aux articles 24 à 27.

(2) Les déclarations faites en vertu du 1<sup>er</sup> paragraphe peuvent être modifiées à tout moment par une déclaration adressée au dépositaire. La modification produira ses effets à partir de la date de réception par le dépositaire.

#### Article 43

##### Comité des Ministres

(1) Les Parties contractantes créent un comité composé de ministres des Parties contractantes. Ce Comité des Ministres prend les décisions nécessaires à la transposition et à l'application du présent Traité. Les décisions du Comité des Ministres sont prises à l'unanimité de toutes les Parties contractantes.

(2) Afin de soutenir le Comité des Ministres, un groupe de travail commun, composé de représentants des Parties contractantes, contrôle la transposition et l'interprétation du présent Traité et établit s'il y a lieu de le compléter et de le faire évoluer. Le groupe de travail commun est convoqué à la demande d'une Partie contractante.

#### Article 44

##### Accords d'exécution

Sur la base et dans le cadre du présent Traité, les autorités compétentes des Parties contractantes peuvent conclure des accords portant sur l'exécution du présent Traité au niveau des administrations.

#### Article 45

##### Champ d'application territorial

Les dispositions du présent Traité sont applicables sur le territoire des Parties contractantes. Pour le Royaume des Pays-Bas, le présent Traité est applicable exclusivement à la partie du territoire du royaume située en Europe. Pour la République française, le présente Traité est applicable exclusivement à la partie du territoire de la République située en Europe.

#### Article 46

##### Frais

Chaque Partie contractante assume les coûts qui découlent pour ses autorités de l'application du présent Traité. Dans des cas particuliers, les Parties contractantes concernées peuvent convenir d'un règlement dérogatoire.

#### Article 47

##### Rapport avec d'autres accords bilatéraux ou multilatéraux

(1) Les dispositions du présent Traité ne sont applicables que dans la mesure où elles sont compatibles avec le droit de l'Union européenne. Si l'Union européenne établit à l'avenir des réglementations touchant le domaine d'application du présent Traité, le droit de l'Union européenne prévaudra sur les dispositions concernées du présent Traité quant à leur application. Les Parties contractantes peuvent modifier ou remplacer les dispositions du présent Traité en fonction des nouvelles dispositions prévues en la matière dans le droit de l'Union européenne.

(2) Le présent Traité ne porte pas atteinte aux droits ou obligations contenues dans des accords bilatéraux ou multilatéraux existants entre les Parties contractantes. Les Parties contractantes sont libres d'appliquer dans leurs relations mutuelles les accords bilatéraux ou multilatéraux existants entre les Parties contractantes. En cas de contradiction avec des droits ou obligations découlant de tels accords, les dispositions du présent Traité prévalent.

#### Article 48

##### Ratification, acceptation, approbation

Le présent Traité est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du dépositaire. Lors du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation, une déclaration peut être faite concernant le champ d'application géographique.

Article 49  
Dépositaire

(1) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne est le dépositaire du présent Traité.

(2) Le dépositaire notifie sans délai aux autres Parties contractantes les ratifications, acceptations, approbations, adhésions, réserves et dénonciations ainsi que toute autre déclaration en rapport avec le présent Traité.

(3) Le dépositaire assure l'enregistrement du présent Traité auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vertu de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article 50  
Entrée en vigueur

(1) Le présent Traité entre en vigueur entre les Parties contractantes qui l'ont ratifié 90 jours après le dépôt du deuxième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Pour les autres Parties contractantes, le présent Traité entre en vigueur 90 jours après le dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) Le dépositaire notifie à toutes les Parties contractantes la date d'entrée en vigueur.

Article 51  
Adhésion

(1) Tout Etat membre de l'Union européenne peut adhérer au présent Traité. Au moment de l'adhésion, les accords d'exécution conclus jusque-là sur la base de l'article 44 et les autres



arrangements relatifs au présent Traité deviendront également contraignants pour les Etats adhérents.

(2) Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du dépositaire. En cas d'adhésion, une déclaration relative au champ d'application territorial peut être faite lors du dépôt des instruments d'adhésion.

(3) Le présent Traité entre en vigueur, pour chaque Etat adhérent, 90 jours après le dépôt de l'instrument d'adhésion, au plus tôt à la date d'entrée en vigueur du Traité conformément à l'article 50.

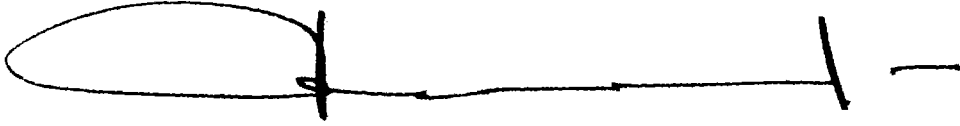
#### Article 52 Dénonciation

(1) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée.

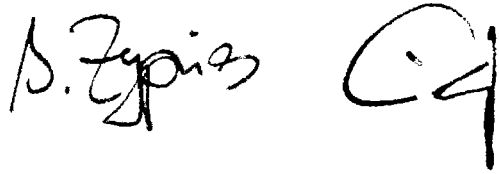
(2) Chaque Partie contractante peut dénoncer le présent Traité par une notification adressée au dépositaire par la voie diplomatique. Cette dénonciation produira ses effets six mois après réception de la notification par le dépositaire.

FAIT à Prüm, le 27 mai 2005, en un seul exemplaire en langues allemande, espagnole, française et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi. L'original sera déposé aux archives du dépositaire, qui en transmettra une copie certifiée conforme à chaque Etat signataire et Etat adhérent.

Pour le Royaume de Belgique

A long, horizontal handwritten signature with a large loop at the beginning and a short horizontal stroke at the end.

Pour la République fédérale d'Allemagne

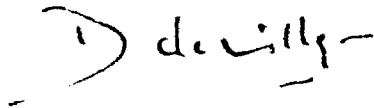
Handwritten signature consisting of the letters 'B. Zyparis' followed by a large, stylized 'C' and 'A'.

Laubs

Pour le Royaume d'Espagne

A highly stylized, cursive handwritten signature.

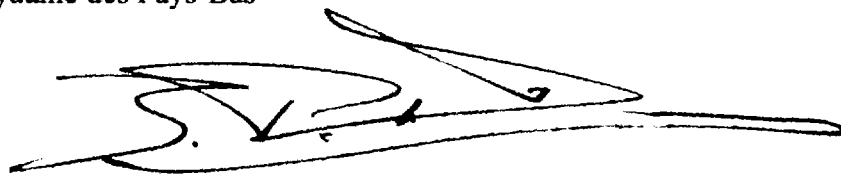
Pour la République française

Handwritten signature starting with a large 'D' followed by 'de Villy'.

Pour le Grand-Duché de Luxembourg

Handwritten signature 'Luc Frieden' with a horizontal line underneath.

Pour le Royaume des Pays-Bas

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke at the end.

Pour la République d'Autriche

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style, appearing to read 'Günther Pöckl'.

Annexe 1

Traité

relatif à

l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale

Informations nécessaires en vertu de l'article 17, paragraphe 5, pour la notification écrite

1. Temps d'intervention décrivant la durée prévue de séjour,
2. Données des vols (y compris leurs numéros et horaires),
3. Nombre des membres de l'équipe de gardes armés à bord des aéronefs,
4. Noms et prénoms de toutes les personnes avec indication du nom du chef de l'équipe,
5. Numéros des passeports,
6. Marque, type et numéro de série des armes,
7. Quantité et type de munitions,
8. Objets d'équipement emportés par l'équipe et servant à l'accomplissement des missions.

Annexe 2

Traité

relatif à

l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre  
le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale

Armes de service, munitions et moyens d'intervention autorisés au sens de l'article 28,  
paragraphe 2, 1<sup>ère</sup> et 2<sup>ème</sup> phrase

1. Pour le Royaume de Belgique :

- armes à feu autorisées et munitions autorisées
- sprays incapacitants et moyens d'intervention autorisés
- gaz lacrymogène et moyens d'intervention autorisés

2. Pour la République fédérale d'Allemagne :

- armes à feu autorisées et munitions autorisées

3. Pour le Royaume d'Espagne :

- armes à feu autorisées.
- armes de défense autorisées en vertu des dispositions réglementaires applicables aux agents participant à l'intervention commune, comme par exemple le bâton de police (ou la matraque), des sprays, des gaz lacrymogènes et d'autres moyens d'intervention autorisés.

4. Pour la République française :

- armes de service et moyens de contrainte en dotation individuelle autorisés par la législation nationale.

5. Pour le Grand-Duché de Luxembourg :

- armes à feu autorisées et munitions autorisées,
- sprays incapacitants et moyens d'intervention autorisés,
- gaz lacrymogène et moyens d'intervention autorisés,

6. Pour le Royaume des Pays-Bas :

- armes à feu autorisées et munitions autorisées,
- sprays incapacitants et moyens d'intervention autorisés.
- gaz lacrymogène et moyens d'intervention autorisés,

7. Pour la République d'Autriche :

- armes à feu autorisées et munitions autorisées,
- sprays incapacitants autorisés et moyens d'intervention autorisés

Verdrag

tussen

het Koninkrijk België,  
de Bondsrepubliek Duitsland,  
het Koninkrijk Spanje,  
de Republiek Frankrijk,  
het Groothertogdom Luxemburg,  
het Koninkrijk der Nederlanden en  
de Republiek Oostenrijk

inzake de

intensivering van de grensoverschrijdende samenwerking,  
in het bijzonder ter bestrijding van het terrorisme, de grensoverschrijdende criminaliteit en  
de illegale migratie



De hoge Verdragsluitende Partijen bij dit Verdrag, zijnde lidstaten van de Europese Unie,

Overwegende dat het in een ruimte van vrij verkeer van personen van belang is dat de lidstaten van de Europese Unie hun samenwerking versterken teneinde terrorisme, grensoverschrijdende criminaliteit en illegale migratie effectiever te bestrijden,

In het streven - onverminderd de bepalingen van het Verdrag betreffende de Europese Unie en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap - ter verdere ontwikkeling van de Europese samenwerking een voortrekkersrol bij de totstandkoming van een zo hoog mogelijke standaard op het gebied van de samenwerking te vervullen, met name door verbeterde gegevensuitwisseling, in het bijzonder op het terrein van de bestrijding van terrorisme, de grensoverschrijdende criminaliteit alsmede de illegale migratie, en de deelname aan deze samenwerking voor alle andere lidstaten van de Europese Unie open te stellen,

In het streven de regelingen van dit Verdrag in het juridisch raamwerk van de Europese Unie op te nemen teneinde binnen de Europese Unie verbetering van de gegevensuitwisseling, in het bijzonder op het terrein van de bestrijding van terrorisme, de grensoverschrijdende criminaliteit alsmede de illegale migratie, te bereiken en hiervoor de noodzakelijke juridische en technische voorwaarden te creëren,

Met inachtneming van de grondrechten voortvloeiend uit het Handvest van de grondrechten van de Europese Unie, het Europees Verdrag tot bescherming van de Rechten van de Mens en de Fundamentele Vrijheden alsmede de gezamenlijke grondwettelijke tradities van de betrokken staten, in het bijzonder in het bewustzijn dat de verstrekking van persoonsgegevens aan een andere Verdragsluitende Partij vereist dat een redelijk niveau van gegevensbescherming door de ontvangende Verdragsluitende Partij gewaarborgd is,

Overwegend dat - onverminderd het thans geldende nationale recht - adequate gerechtelijke controle van de in dit Verdrag voorziene maatregelen, gehandhaafd en geregeld dient te worden,

In het streven dit Verdrag door nadere overeenkomsten aan te vullen teneinde de geautomatiseerde bevraging van gegevens uit andere geschikte registers mogelijk te maken, voor zover zulks ter intensivering van de grensoverschrijdende samenwerking noodzakelijk en redelijk is,

Zijn als volgt overeengekomen:

## Hoofdstuk 1

### Algemeen deel

#### Artikel 1

#### Grondbeginselen van het Verdrag

- (1) De Verdragsluitende Partijen beogen met dit Verdrag de grensoverschrijdende samenwerking, in het bijzonder de onderlinge gegevensuitwisseling, te intensiveren.
- (2) Deze samenwerking laat onverlet het recht van de Europese Unie en het staat elke lidstaat van de Europese Unie vrij hiertoe overeenkomstig dit Verdrag toe te treden.
- (3) De samenwerking in het kader van dit Verdrag is gericht op de ontwikkeling van initiatieven ter bevordering van de Europese samenwerking op de in dit Verdrag beschreven terreinen.
- (4) Uiterlijk drie jaar na inwerkingtreding van dit Verdrag wordt op basis van een evaluatie van de ervaringen opgedaan bij de uitvoering van dit Verdrag, in overleg met de Europese

Commissie respectievelijk op voorstel van de Europese Commissie, met inachtneming van de bepalingen van het Verdrag betreffende de Europese Unie en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap, een initiatief voorgelegd dat tot doel heeft de regelingen van dit Verdrag in het juridisch raamwerk van de Europese Unie op te nemen.

(5) De Verdragsluitende Partijen rapporteren regelmatig gezamenlijk aan de Raad van de Europese Unie en de Europese Commissie over de voortgang van de samenwerking.

## Hoofdstuk 2

### DNA-profielen, dactyloscopische en overige gegevens

#### Artikel 2

##### Aanleggen van nationale DNA-analysebestanden

(1) De Verdragsluitende Partijen verplichten zich ter opsporing van strafbare feiten, nationale DNA-analysebestanden aan te leggen en te beheren. De verwerking van de in deze bestanden opgeslagen gegevens op grond van dit Verdrag geschiedt behoudens de overige bepalingen van dit Verdrag met inachtneming van het voor de verwerkingsprocedure geldende nationale recht.

(2) Ter uitvoering van dit Verdrag waarborgen de Verdragsluitende Partijen dat linkgegevens uit het nationale DNA-analysebestand, als bedoeld in de eerste volzin van het eerste lid, aanwezig zijn. Linkgegevens omvatten uitsluitend de op basis van het niet gecodeerde gedeelte van het DNA vastgestelde DNA-profielen\* en een kenmerk. Linkgegevens mogen geen gegevens bevatten op basis waarvan de betrokkene rechtstreeks kan worden geïdentificeerd. Linkgegevens die niet aan een persoon kunnen worden gekoppeld – open sporen –, dienen als zodanig herkenbaar te zijn.

(3) Bij neerlegging van de akten van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding benoemt elke Verdragsluitende Partij de nationale DNA-analysebestanden,

waarop de artikelen 2 tot en met 6 van toepassing zijn, alsmede de voorwaarden voor de geautomatiseerde bevraging, bedoeld in artikel 3, eerste lid.

\* voor de Bondsrepubliek Duitsland zijn DNA-profielen in de zin van dit verdrag DNA-Identifizierungsmuster .

### Artikel 3

#### Geautomatiseerde bevraging van DNA-profielen

(1) Ter opsporing van strafbare feiten verlenen de Verdragsluitende Partijen aan de nationale contactpunten van de andere Verdragsluitende Partijen, bedoeld in artikel 6, toegang tot de linkgegevens van hun DNA-analysebestanden, met het recht deze geautomatiseerd te bevragen door middel van een vergelijking van de DNA-profielen. De bevoegdheid tot bevraging mag uitsluitend in individuele gevallen en met inachtneming van het nationale recht van de bevragende Verdragsluitende Partij worden uitgeoefend.

(2) Indien bij een geautomatiseerde bevraging wordt vastgesteld dat een verstrekt DNA-profiel met een in het bestand van de ontvangende Partij opgeslagen DNA-profiel overeenkomt, ontvangt het bevragende contactbureau geautomatiseerd de informatie over de aanwezigheid van een hit en het kenmerk. Indien geen overeenkomst kan worden vastgesteld, wordt zulks geautomatiseerd meegedeeld.

### Artikel 4

#### Geautomatiseerde vergelijking van DNA-profielen

(1) Ter opsporing van strafbare feiten vergelijken de Verdragsluitende Partijen met wederzijds goedvinden via hun nationale contactpunten de DNA-profielen van hun open sporen met alle DNA-profielen uit linkgegevens van de andere nationale DNA-analysebestanden. De verstrekking en vergelijking geschieden geautomatiseerd. De verstrekking ter vergelijking van de DNA-profielen van de open sporen geschiedt

uitsluitend in die gevallen waarin het nationale recht van de verzoekende Verdragsluitende Partij hierin voorziet.

(2) Indien een Verdragsluitende Partij bij de vergelijking, bedoeld in het eerste lid, vaststelt dat verstrekte DNA-profielen met die in haar DNA-analysebestand overeenkomen, verstrekt zij onverwijld aan het nationale contactpunt van de andere Verdragsluitende Partij de linkgegevens waarmee een overeenkomst is vastgesteld.

#### Artikel 5

##### Verstrekking van nadere persoonsgegevens en overige informatie

Indien in het kader van de procedure, bedoeld in de artikelen 3 en 4, wordt vastgesteld dat DNA-profielen overeenkomen, is het nationale recht, met inbegrip van de rechtshulpvoorschriften, van de aangezochte Verdragsluitende Partij bepalend voor de verstrekking van nadere, met betrekking tot de linkgegevens aanwezige persoonsgegevens en overige informatie.

#### Artikel 6

##### Nationaal contactpunt en uitvoeringsafpraak

(1) Ter uitvoering van de gegevensverstrekking, bedoeld in de artikelen 3 en 4, benoemt elke Verdragsluitende Partij een nationaal contactpunt. Bepalend voor de bevoegdheden van het contactpunt is het van toepassing zijnde nationale recht

(2) De bijzonderheden met betrekking tot de technische invulling van de in de artikelen 3 en 4 beschreven procedures worden door middel van een uitvoeringsafpraak als bedoeld in artikel 44 geregeld.

### Artikel 7

#### Afname van celmateriaal en verstrekking van DNA-profielen

Indien in het kader van een lopend opsporingsonderzoek of strafrechtelijke procedure geen DNA-profiel beschikbaar is van een bepaalde persoon die zich op het grondgebied van een aangezochte Verdragsluitende Partij bevindt, verleent de aangezochte Verdragsluitende Partij rechtshulp door het afnemen en onderzoeken van celmateriaal van deze persoon evenals door verstrekking van het verkregen DNA-profiel, indien:

1. de verzoekende Verdragsluitende Partij mededeelt voor welk doel zulks vereist is;
2. de verzoekende Verdragsluitende Partij een naar het recht van laatstgenoemde vereist onderzoeksbevel of verklaring van de bevoegde autoriteit overlegt, waaruit blijkt dat aan de voorwaarden voor het afnemen en onderzoeken van celmateriaal zou zijn voldaan indien de desbetreffende persoon zich op het grondgebied van de verzoekende Verdragsluitende Partij zou bevinden; en
3. naar het recht van de aangezochte Verdragsluitende Partij aan de voorwaarden voor het afnemen en onderzoeken van celmateriaal alsmede aan de voorwaarden voor de verstrekking van het verkregen DNA-profiel, is voldaan.

### Artikel 8

#### Dactyloscopische gegevens

Ter uitvoering van dit Verdrag waarborgen de Verdragsluitende Partijen dat linkgegevens voor het bestand van de ter voorkoming en opsporing van strafbare feiten opgezette nationale geautomatiseerde dactyloscopische identificatiesystemen voorhanden zijn. Linkgegevens omvatten uitsluitend dactyloscopische gegevens en een kenmerk. De linkgegevens mogen geen gegevens bevatten op basis waarvan de betrokkene rechtstreeks kan worden geïdentificeerd. Linkgegevens die niet aan een persoon kunnen worden gekoppeld -open sporen-, dienen als zodanig herkenbaar te zijn.

### Artikel 9

#### Geautomatiseerde bevraging van dactyloscopische gegevens

(1) Ter voorkoming en opsporing van strafbare feiten verlenen de Verdragsluitende Partijen aan de nationale contactpunten van de andere Verdragsluitende Partijen, bedoeld in artikel 11, toegang tot de linkgegevens van de geautomatiseerde dactyloscopische identificatiesystemen die zij te dien einde hebben opgezet, zulks met het recht deze geautomatiseerd te bevragen door middel van een vergelijking van de dactyloscopische gegevens. De bevoegdheid tot bevraging mag uitsluitend in individuele gevallen en met inachtneming van het nationale recht van de bevragende Verdragsluitende Partij worden uitgeoefend.

(2) De definitieve koppeling van een dactyloscopisch gegeven aan een linkgegeven van de met het bestandsbeheer belaste Verdragsluitende Partij geschiedt door het bevragende nationale contactpunt aan de hand van de geautomatiseerd verstrekte linkgegevens, die voor de eenduidige koppeling noodzakelijk zijn.

### Artikel 10

#### Verstrekking van nadere persoonsgegevens en overige informatie

Indien in het kader van de procedure, als bedoeld in artikel 9, wordt vastgesteld dat dactyloscopische gegevens overeenkomen, is het nationale recht, met inbegrip van de rechtshulpvoorschriften, van de aangezochte Verdragsluitende Partij bepalend voor de verstrekking van nadere, met betrekking tot de linkgegevens aanwezige persoonsgegevens en overige informatie.

### Artikel 11

#### Nationaal contactpunt en uitvoeringsafspraken

(1) Ter uitvoering van de gegevensverstrekking, als bedoeld in artikel 9, benoemt elke Verdragsluitende Partij een nationaal contactpunt. Bepalend voor de bevoegdheden van het contactpunt is het hiervoor van toepassing zijnde nationale recht.

(2) De bijzonderheden met betrekking tot de technische invulling van de in artikel 9 beschreven procedures worden door middel van een uitvoeringsafspraken als bedoeld in artikel 44 geregeld.

### Artikel 12

#### Geautomatiseerde bevraging van gegevens uit de kentekenregisters

(1) Ter voorkoming en opsporing van strafbare feiten alsmede ter afhandeling van overtredingen die in de bevraging staat tot de bevoegdheid van de rechtbanken of het Openbaar Ministerie behoren, en ter handhaving van de openbare orde en veiligheid, verlenen de Verdragsluitende Partijen aan de nationale contactpunten van de andere Verdragsluitende Partijen, bedoeld in het tweede lid, toegang tot de volgende gegevens uit de nationale kentekenregisters, zulks met het recht deze in individuele gevallen geautomatiseerd te bevragen:

1. gegevens met betrekking tot de eigenaars of houders; en
2. gegevens met betrekking tot voertuigen.

De bevraging mag uitsluitend met gebruikmaking van een volledig chassisnummer of een volledig kenteken worden gedaan. De bevoegdheid tot bevraging mag uitsluitend met inachtneming van het nationale recht van de bevraging Verdragsluitende Partij worden uitgeoefend.



(2) Ter uitvoering van de gegevensuitwisseling, bedoeld in het eerste lid, benoemt elke Verdragsluitende Partij een nationaal contactpunt voor inkomende verzoeken. Bepalend voor de bevoegdheden van het contactpunt is het van toepassing zijnde nationale recht. De bijzonderheden met betrekking tot de technische invulling van de procedure worden door middel van een uitvoeringsafpraak als bedoeld in artikel 44 geregeld.

#### Artikel 13

##### Verstrekking van niet persoonsgebonden gegevens

Ter voorkoming van strafbare feiten en ter handhaving van de openbare orde en veiligheid in samenhang met grootschalige evenementen met een grensoverschrijdende dimensie, in het bijzonder op het gebied van sport of bijeenkomsten van de Europese Raad, verstrekken de Verdragsluitende Partijen elkaar zowel op verzoek als op eigen initiatief, met inachtneming van het nationale recht van de verstreckende Verdragsluitende Partij, nietpersoonsgebonden gegevens die hiertoe noodzakelijk kunnen zijn.

#### Artikel 14

##### Verstrekking van persoonsgegevens

(1) Ter voorkoming van strafbare feiten en ter handhaving van de openbare orde en veiligheid in samenhang met grootschalige evenementen met een grensoverschrijdende dimensie, in het bijzonder op het gebied van sport of bijeenkomsten van de Europese Raad, verstrekken de Verdragsluitende Partijen elkaar zowel op verzoek als op eigen initiatief persoonsgegevens, indien onherroepelijke veroordelingen of andere feiten het vermoeden rechtvaardigen dat de desbetreffende personen tijdens het evenement strafbare feiten zullen begaan of dat zij een gevaar voor de openbare orde en veiligheid vormen, voor zover de verstrekking van deze gegevens overeenkomstig het nationale recht van de verstreckende Verdragsluitende Partij is toegestaan.

(2) De persoonsgegevens mogen uitsluitend worden verwerkt voor de in het eerste lid omschreven doeleinden en in het kader van het nauwkeurig omschreven evenement waarvoor deze werden meegedeeld. De verstrekte gegevens dienen onverwijld te worden gewist, voor zover de doeleinden, bedoeld in het eerste lid, zijn verwezenlijkt of niet meer verwezenlijkt kunnen worden. De verstrekte gegevens dienen in elk geval uiterlijk na een jaar te worden gewist.

#### Artikel 15 Nationaal contactpunt

Ter uitvoering van de gegevensverstrekking, bedoeld in de artikelen 13 en 14, benoemt elke Verdragsluitende Partij een nationaal contactpunt. Bepalend voor de bevoegdheden van het nationale contactpunt is het van toepassing zijnde nationale recht.

### Hoofdstuk 3

#### Maatregelen ter voorkoming van terroristische strafbare feiten

#### Artikel 16 Verstrekking van informatie ter voorkoming van terroristische strafbare feiten

(1) Ter voorkoming van terroristische strafbare feiten kunnen de Verdragsluitende Partijen aan de nationale contactpunten van de andere Verdragsluitende Partijen, bedoeld in het derde lid, , met inachtneming van het nationale recht, in individuele gevallen, ook zonder verzoek de in het tweede lid genoemde persoonsgegevens en informatie verstrekken, voor zover zulks noodzakelijk is omdat bepaalde feiten het vermoeden rechtvaardigen dat de betrokkenen strafbare feiten als bedoeld in de artikelen 1 tot en met 3 van het Kaderbesluit 2002/475/JBZ van de Raad van de Europese Unie van 13 juni 2002 inzake terrorismebestrijding zullen begaan.

(2) Tot de te verstrekken gegevens en informatie behoren namen, voornamen, geboortedatum en geboorteplaats alsmede de beschrijving van de feiten die aanleiding geven tot het vermoeden, bedoeld in het eerste lid.

(3) Elke Verdragsluitende Partij benoemt een nationaal contactpunt dat is belast met de gegevensuitwisseling met de contactpunten van de andere Verdragsluitende Partijen. Bepalend voor de bevoegdheden van het nationale contactpunt is het van toepassing zijnde nationale recht.

(4) De verstreckende autoriteit kan, met inachtneming van het nationale recht, voorwaarden verbinden aan het gebruik van deze gegevens en informatie door de ontvangende autoriteit. De ontvangende autoriteit is aan deze voorwaarden gebonden.

#### Artikel 17 Vluchtbegeleiders

(1) Elke Verdragsluitende Partij beslist zelfstandig op grond van haar nationale beleid met betrekking tot de beveiliging van de luchtvaart, over de inzet van vluchtbegeleiders in de luchtvaartuigen die bij deze Verdragsluitende Partij zijn geregistreerd. De inzet van deze vluchtbegeleiders geschiedt in overeenstemming met het Verdrag van Chicago van 7 december 1944 betreffende de internationale burgerlijke luchtvaart met bijlagen, in het bijzonder bijlage 17, en de documenten die hieraan uitvoering geven, en met inachtneming van de bevoegdheden van de gezagvoerder uit hoofde van het Verdrag van Tokio van 14 september 1963 inzake strafbare feiten en bepaalde andere handelingen begaan aan boord van luchtvaartuigen, alsmede met overige daarop van toepassing zijnde volkenrechtelijke regelingen voorzover ze voor de betrokken Verdragsluitende Partijen bindend zijn.

(2) Vluchtbegeleiders als bedoeld in dit Verdrag zijn politieambtenaren of overeenkomstig opgeleid overheidsperoneel, die tot taak hebben de beveiliging aan boord van luchtvaartuigen te handhaven.

(3) De Verdragsluitende Partijen ondersteunen elkaar wederzijds bij de opleiding en bijscholing van vluchtbegeleiders en werken nauw samen met betrekking tot vragen over de uitrusting van vluchtbegeleiders.

(4) Voordat een Verdragsluitende Partij vluchtbegeleiders inzet, dient het bevoegde nationale coördinatiepunt van de desbetreffende Verdragsluitende Partij de inzet van vluchtbegeleiders schriftelijk aan te melden. De aanmelding geschiedt ten minste drie dagen voor de desbetreffende vlucht van of naar een luchthaven van een andere Verdragsluitende Partij bij het bevoegde nationale coördinatiepunt van de andere Verdragsluitende Partij. Bij acuut gevaar dient de aanmelding onverwijld te geschieden, in beginsel voor de landing

(5) De schriftelijke aanmelding, bevat de in Bijlage 1 van het Verdrag genoemde informatie en wordt door de Verdragsluitende Partijen vertrouwelijk behandeld. De Verdragsluitende Partijen kunnen door middel van een afzonderlijke afspraak een wijziging van Bijlage 1 overeenkomen.

#### Artikel 18

##### Meevoeren van wapening, munitie en uitrusting

(1) De Verdragsluitende Partijen verlenen aan de door de andere Verdragsluitende Partijen ingezette vluchtbegeleiders op verzoek algemene toestemming wapening, munitie en uitrusting mee te voeren op vluchten van of naar de luchthavens van de Verdragsluitende Partijen. Deze toestemming omvat het meevoeren van wapening en munitie aan boord van luchtvaartuigen alsmede, met inachtneming van het tweede lid, in de niet algemeen toegankelijke veiligheidszones van een luchthaven van de desbetreffende Verdragsluitende Partij.

(2) Het meevoeren van wapening en munitie is aan de volgende voorwaarden gebonden:

1. Het is niet toegestaan het luchtvaartuig op luchthavens met wapening en munitie te verlaten of zich in niet algemeen toegankelijke veiligheidszones van een luchthaven van een andere Verdragsluitende Partij op te houden, tenzij zulks onder begeleiding van een vertegenwoordiger van de bevoegde nationale autoriteit van de desbetreffende andere Verdragsluitende Partij geschiedt.

2. Meegevoerde wapening en munitie worden onverwijld na het verlaten van het luchtvaartuig onder begeleiding veilig en onder toezicht bewaard op een door de bevoegde nationale autoriteit aan te wijzen afgiftepunt.

#### Artikel 19

##### Nationale contact- en coördinatiepunten

Ter uitvoering van de taken uit hoofde van de artikelen 17 en 18 benoemt elke Verdragsluitende Partij een nationaal contact- en coördinatiepunt.

#### Hoofdstuk 4

##### Maatregelen

##### ter bestrijding van de illegale migratie

#### Artikel 20

##### Documentadviseurs

(1) De Verdragsluitende Partijen maken op basis van gezamenlijke situatiebeoordelingen en met in achtneming van de relevante bepalingen van Verordening (EG) Nr. 377/2004 van de Raad van de Europese Unie van 19 februari 2004 betreffende de oprichting van een netwerk van immigratieverbindingfunctionarissen, afspraken over de uitzending van documentadviseurs naar staten, die als land van herkomst of transitland van illegale migratie worden aangemerkt.

(2) Op basis van hun nationale recht wisselen de Verdragsluitende Partijen regelmatig de via de werkzaamheden van hun documentadviseurs verzamelde informatie over de illegale migratie uit.

(3) Bij uitzending van documentadviseurs kunnen de Verdragsluitende Partijen een Verdragsluitende Partij met de coördinatie van concrete maatregelen belasten. Deze coördinatie kan tijdelijk zijn.

#### Artikel 21

##### Taken van de documentadviseurs

De door de Verdragsluitende Partijen uitgezonden documentadviseurs oefenen met name de volgende taken uit:

1. advisering en opleiding van de buitenlandse vertegenwoordigingen van de Verdragsluitende Partijen in paspoort- en visumaangelegenheden, in het bijzonder bij de herkenning van valse en vervalste documenten en het misbruik van documenten en de illegale migratie;
2. advisering en opleiding van vervoersondernemingen ten aanzien van de verplichtingen die voor hen voortvloeien uit de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het op 14 juni 1985 te Schengen gesloten Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen en uit Bijlage 9 van het Verdrag van Chicago van 7 december 1944 betreffende de internationale burgerlijke luchtvaart betreffende de herkenning van valse en vervalste documenten alsmede ten aanzien van de dienaangaande geldende inreisbepalingen; en
3. advisering en opleiding van de met de grenscontrole belaste autoriteiten en instellingen van het gastland.

De bevoegdheden van de buitenlandse vertegenwoordigingen en de met grenscontrole belaste autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen blijven onverlet.

#### Artikel 22

##### Nationale contact- en coördinatiepunten

De Verdragsluitende Partijen benoemen nationale contact- en coördinatiepunten die als aanspreekpunt dienen voor de coördinatie bij de uitzending van documentadviseurs alsmede voor de voorbereiding, uitvoering, begeleiding en evaluatie van advies- en opleidingsmaatregelen.

#### Artikel 23

##### Ondersteuning bij repatriëringsmaatregelen

(1) De Verdragsluitende Partijen ondersteunen elkaar bij repatriëringsmaatregelen met in achtneming van de beschikking 2004/573/EG van de Raad van de Europese Unie van 29 april 2004 inzake het organiseren van gezamenlijke vluchten voor de verwijdering van onderdanen van derde landen tegen wie individuele verwijderingsmaatregelen zijn genomen van het grondgebied van twee of meer lidstaten en Richtlijn 2003/110/EG van de Raad van de Europese Unie van 25 november 2003 betreffende de ondersteuning bij doorgeleiding in het kader van maatregelen tot verwijderingen door de lucht. Zij informeren elkaar vroegtijdig over geplande repatriëringsmaatregelen en stellen de andere Verdragsluitende Partijen, voor zover mogelijk, in de gelegenheid hieraan deel te nemen. Bij gezamenlijke repatriëringsmaatregelen stemmen de Verdragsluitende Partijen over de begeleiding van de te repatriëren personen en de veiligheidsmaatregelen met elkaar af.

(2) Een Verdragsluitende Partij mag te repatriëren personen, zo nodig, over het grondgebied van een andere Verdragsluitende Partij repatriëren. De beslissing over de repatriëringsmaatregel berust bij de Verdragsluitende Partij over wier grondgebied de repatriëring zal geschieden. Bij de beslissing over de repatriëring bepaalt zij de

voorwaarden voor de uitvoering ervan en legt, zo nodig, tevens de naar haar nationale recht toegestane vrijheidsbeperkende middelen aan de te repatriëren persoon op.

(3) Ter voorbereiding en uitvoering van repatriëringsmaatregelen benoemen de Verdragsluitende Partijen nationale contactpunten. De deskundigen komen regelmatig in een werkgroep bijeen teneinde:

1. de resultaten van eerdere acties te evalueren en hiermee bij de verdere voorbereiding en uitvoering rekening te houden;
2. alle eventuele problemen in verband met de transit bedoeld in het tweede lid, te onderzoeken en oplossingen voor deze problemen te vinden.

## Hoofdstuk 5

### Overige vormen van samenwerking

#### Artikel 24

##### Gezamenlijke vormen van optreden

(1) Ter intensivering van de politieële samenwerking kunnen de door de Verdragsluitende Partijen benoemde bevoegde autoriteiten gezamenlijke patrouilles en andere vormen van gezamenlijk optreden ter handhaving van de openbare orde en veiligheid en ter voorkoming van strafbare feiten instellen, waarbij de door de Verdragsluitende Partijen benoemde ambtenaren of ander overheidspersoneel (hierna: ambtenaren), van andere Verdragsluitende Partijen aan optredens op het grondgebied van een Verdragsluitende Partij meewerken.

(2) Elke Verdragsluitende Partij kan als gaststaat, met inachtneming van haar nationale recht, ambtenaren van andere Verdragsluitende Partijen met toestemming van de zendstaat in het kader van gezamenlijke vormen van optreden soevereine bevoegdheden toekennen



of, voor zover zulks naar het recht van de gaststaat is toegestaan, ambtenaren van andere Verdragsluitende Partijen toestaan hun soevereine bevoegdheden overeenkomstig het recht van de zendstaat uit te oefenen. Soevereine bevoegdheden mogen hierbij uitsluitend onderleiding en in beginsel in aanwezigheid van ambtenaren van de gaststaat worden uitgeoefend. De ambtenaren van de andere Verdragsluitende Partij zijn hierbij aan het nationale recht van de gaststaat gebonden. Hun handelen valt onder de verantwoordelijkheid van de gaststaat.

(3) Bij gezamenlijk optreden betrokken ambtenaren van andere Verdragsluitende Partijen zijn onderworpen aan de aanwijzingen van de bevoegde autoriteit van de gaststaat.

(4) De praktische aspecten van de samenwerking worden door middel van uitvoeringsafspraken zoals bedoeld in artikel 44 geregeld.

#### Artikel 25

##### Maatregelen bij acuut gevaar

(1) Ambtenaren van een Verdragsluitende Partij mogen in spoedeisende situaties zonder voorafgaande toestemming van de andere Verdragsluitende Partij de gemeenschappelijke grens overschrijden teneinde in het nabij de grensgelegen gebied op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Partij met inachtneming van het nationale recht van de gaststaat voorlopige maatregelen te treffen die ter afwending van een acuut gevaar voor de lichamelijke integriteit van personen noodzakelijk zijn.

(2) Van een spoedeisende situatie als bedoeld in het eerste lid is sprake indien het risico bestaat dat het gevaar zich daadwerkelijk manifesteert bij het wachten op het optreden van de ambtenaren van de gaststaat of het tot stand komen van een gezagsverhouding zoals bedoeld in artikel 24, tweede lid.

(3) De grensoverschrijdende ambtenaren dienen de gaststaat onverwijld in kennis te stellen. De gaststaat bevestigt deze kennisgeving en dient onverwijld de noodzakelijke

maatregelen te treffen om het gevaar af te wenden en de regie over te nemen. De grensoverschrijdende ambtenaren mogen in de gaststaat slechts optreden totdat de gaststaat de noodzakelijke handhavingsmaatregelen heeft getroffen. De grensoverschrijdende ambtenaren zijn aan de aanwijzingen van de gaststaat gebonden.

(4) De Verdragsluitende Partijen regelen in een afzonderlijke afspraak welke autoriteiten onverwijld in kennis dienen te worden gesteld, zoals bedoeld in het derde lid. De grensoverschrijdende ambtenaren zijn gebonden aan de bepalingen van dit artikel en aan het recht van de Verdragsluitende Partij op wiens grondgebied zij optreden.

(5) De gaststaat is verantwoordelijk voor de door de grensoverschrijdende ambtenaren getroffen maatregelen.

#### Artikel 26

##### Bijstandsverlening bij grootschalige evenementen, rampen en zware ongevallen

De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen verlenen elkaar met inachtneming van het nationale recht wederzijds bijstand bij massabijeenkomsten en soortgelijke grootschalige evenementen, rampen en zware ongevallen door:

1. elkaar zo vroeg mogelijk over dergelijke situaties met grensoverschrijdende gevolgen te informeren en relevante informatie uit te wisselen;
2. in situaties met grensoverschrijdende gevolgen de op hun grondgebied noodzakelijke politiemaatregelen te treffen en te coördineren;
3. op verzoek van de Verdragsluitende Partij op wiens grondgebied de situatie zich voordoet, voor zover mogelijk, ambtenaren, specialisten en adviseurs uit te zenden en uitrusting ter beschikking te stellen.

Internationale verdragen van de Verdragsluitende Partijen inzake de wederzijdse bijstandsverlening bij rampen en zware ongevallen, blijven onverlet.

#### Artikel 27

#### Samenwerking op verzoek

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen verlenen elkaar in het kader van hun bevoegdheden en met inachtneming van hun nationale recht op verzoek bijstand.

(2) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen verlenen elkaar, met inachtneming van artikel 39, eerste lid, eerste volzin, van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het op 14 juni 1985 te Schengen gesloten Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, bijstand, in het bijzonder door:

1. vaststelling van houders en eigenaars van voertuigen alsmede informatie over bestuurders en gezagvoerders van voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen, voor zover artikel 12 hierin niet reeds voorziet;
2. verstrekking van informatie over rijbewijzen, vaarbewijzen en soortgelijke vergunningen;
3. vaststelling van de woon- en verblijfplaats van personen;
4. vaststelling van verblijfstitels;
5. vaststelling van telefoonabonneehouders en abonneehouders van overige telecommunicatievoorzieningen, voor zover deze openbaar toegankelijk zijn;
6. vaststelling van de identiteit van personen;

7. onderzoek naar de herkomst van zaken zoals wapens, motorvoertuigen en vaartuigen (onderzoek naar de verkoopkanalen);
8. verstrekking van gegevens uit politiële gegevensbestanden en politiedossiers alsmede verstrekking van informatie uit voor het publiek toegankelijke registers van de overheid;
9. spoedmeldingen inzake wapens en explosieven alsmede meldingen betreffende valsmunterij en fraude met waardepapieren;
10. verstrekking van informatie over de praktische uitvoering van grensoverschrijdende observatiemaatregelen, grensoverschrijdende achtervolgingen en gecontroleerde afleveringen; en
11. vaststelling van de bereidheid van een persoon tot het afleggen van een verklaring.

(3) Indien de aangezochte autoriteit niet bevoegd is het verzoek af te handelen, zendt zij het verzoek aan de bevoegde autoriteit door. De aangezochte autoriteit informeert de verzoekende autoriteit over de doorzending en over de voor de afhandeling van het verzoek bevoegde autoriteit. De bevoegde autoriteit handelt het verzoek af en doet het resultaat aan de verzoekende autoriteit toekomen.

## Hoofdstuk 6

### Algemene bepalingen

#### Artikel 28

##### Gebruik van wapening, munitie en uitrusting

(1) Ambtenaren van een Verdragssluitende Partij die zich in het kader van een gezamenlijk optreden op het grondgebied van een andere Verdragssluitende Partij bevinden, kunnen ter plaatse hun nationale dienstkleding dragen. Zij kunnen hun naar het nationale recht van de zendstaat toegestane wapening, munitie en uitrusting meevoeren. Elke Verdragssluitende Partij kan het meevoeren van bepaalde wapening, munitie en uitrusting door ambtenaren van de zendstaat verbieden.

(2) De wapening, munitie en uitrusting als vermeld in Bijlage 2 mogen uitsluitend worden gebruikt in geval van wettige verdediging van zichzelf of van een ander. De met de feitelijke leiding belaste ambtenaar van de gaststaat kan in individuele gevallen met inachtneming van het nationale recht toestemming verlenen voor gebruik van wapening, munitie en uitrusting dat verder reikt dan het bepaalde in de eerste volzin. Bepalend voor het gebruik van de wapening, munitie en uitrusting is het recht van de gaststaat. De bevoegde autoriteiten informeren elkaar over de toegestane wapening, munitie en uitrusting alsmede over de voorwaarden voor het gebruik ervan.

(3) De Verdragssluitende Partijen kunnen door middel van een afzonderlijke afspraak een wijziging van Bijlage 2 overeenkomen.

(4) Indien ambtenaren van de ene Verdragssluitende Partij bij maatregelen op grond van dit Verdrag op het grondgebied van een andere Verdragssluitende Partij voertuigen inzetten, zijn zij aan dezelfde verkeersrechtelijke bepalingen, met inbegrip van de voorrangrechten en speciale voorrechten, onderworpen als de ambtenaren van de gaststaat.

(5) De praktische aspecten van het gebruik van bewapening, munitie en uitrusting worden door middel van een uitvoeringsafpraak zoals bedoeld in artikel 44 geregeld.

(6) Artikel 18 blijft onverlet.

Artikel 29  
Bescherming en hulpverlening

De Verdragsluitende Partijen zijn jegens de grensoverschrijdende ambtenaren van de andere Verdragsluitende Partijen tijdens de dienstuitoefening tot dezelfde bescherming en hulpverlening verplicht als jegens de eigen ambtenaren.

Artikel 30  
Algemene aansprakelijkheidsregeling

Voor de aansprakelijkheid in het kader van dit Verdrag geldt artikel 43 van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het op 14 juni 1985 te Schengen gesloten Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen. De eerste volzin is niet van toepassing op de artikelen 17 en 18.

Artikel 31  
Strafrechtelijke aansprakelijkheid

De ambtenaren die uit hoofde van dit Verdrag op het grondgebied van een andere Verdragsluitende Partij optreden, worden gelijkgesteld met de ambtenaren van de andere Verdragsluitende Partij wat betreft strafbare feiten die door of tegen hen mochten worden begaan, tenzij in een ander voor de Verdragsluitende Partijen geldend verdrag anders is overeengekomen.

Artikel 32  
Dienstbetrekking

De ambtenaren die uit hoofde van dit Verdrag op het grondgebied van een andere Verdragsluitende Partij optreden, blijven arbeidsrechtelijk, in het bijzonder tuchtrechtelijk onderworpen aan de in hun staat geldende voorschriften.

Hoofdstuk 7

Algemene bepalingen betreffende gegevensbescherming

Artikel 33  
Definities, werkingssfeer

(1) In dit Verdrag wordt verstaan onder:

1. "Verwerking van persoonsgegevens" elke handeling of elk geheel van handelingen met betrekking tot persoonsgegevens, al dan niet uitgevoerd met behulp van geautomatiseerde procedures, zoals het verzamelen, vastleggen, ordenen, bewaren, bijwerken of wijzigen, selecteren, opvragen, raadplegen, gebruiken, verstrekken door middel van doorzending, verspreiden of op enigerlei andere wijze ter beschikking stellen, samenbrengen, met elkaar in verband brengen, alsmede het afschermen, uitwissen of vernietigen van gegevens. Als verwerking in de zin van dit Verdrag geldt ook de mededeling van het al dan niet voorhanden zijn van een hit.
2. "Geautomatiseerde bevraging" de directe toegang tot een geautomatiseerd bestand van een andere instantie, en wel op zodanige wijze, dat de bevraging volledig geautomatiseerd wordt beantwoord.

3. "Kenmerken" het markeren van opgeslagen persoonsgegevens, zonder dat daarmee het doel wordt nagestreefd om hun toekomstige verwerking te beperken.

4. "Afscherming" het markeren van opgeslagen persoonsgegevens met het doel hun toekomstige verwerking te beperken.

(2) Voor gegevens, die uit hoofde van dit Verdrag worden of zijn verstrekt, gelden de volgende bepalingen, voorzover in de voorafgaande hoofdstukken niet anders is bepaald.

#### Artikel 34

##### Niveau van gegevensbescherming

(1) Elke Verdragsluitende Partij waarborgt met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens, die uit hoofde van dit Verdrag worden of zijn verstrekt, in het nationale recht een gegevensbeschermingsniveau dat tenminste overeenstemt met datgene dat voortvloeit uit het Verdrag van de Raad van Europa van 28 januari 1981 tot bescherming van personen met betrekking tot de geautomatiseerde verwerking van persoonsgegevens en het daarbij behorende Aanvullend Protocol van 8 november 2001, en houdt daarbij rekening met de aanbeveling nummer R (87) 15 van het Comité van ministers van de Raad van Europa aan de lidstaten over het gebruik van persoonsgegevens op politieel gebied van 17 september 1987 en wel ook voorzover, als de gegevens niet geautomatiseerd worden verwerkt.

(2) Met de in dit Verdrag voorziene verstrekking van persoonsgegevens mag niet worden overgegaan dan nadat op het grondgebied van de bij de verstrekking betrokken Verdragsluitende Partijen de bepalingen van dit hoofdstuk in het nationale recht in werking zijn getreden. Het comité van ministers besluit overeenkomstig artikel 43 of aan de voorwaarden is voldaan.



Artikel 35  
Doelbinding

(1) De ontvangende Verdragsluitende Partij mag de persoonsgegevens uitsluitend verwerken voor de doeleinden waarvoor deze op grond van dit Verdrag zijn verstrekt; een verwerking voor andere doeleinden is alleen toegestaan na voorafgaande toestemming van de Verdragsluitende Partij, die het bestand beheert, en alleen met inachtneming van het nationale recht van de ontvangende Verdragsluitende Partij. De toestemming mag worden verleend voor zover op grond van het nationale recht van de Verdragsluitende Partij, die het bestand beheert, deze verwerking voor zulke andere doeleinden is toegestaan.

(2) De verwerking van de op grond van de artikelen 3, 4 en 9 verstrekte gegevens door de bevragede of vergelijkende Verdragsluitende Partij is uitsluitend toegestaan met het oog op

1. de vaststelling of de vergeleken DNA-profielen of dactyloscopische gegevens overeenstemmen;
2. de voorbereiding en indiening van een politieel of justitieel verzoek om rechtshulp conform nationaal recht in geval van overeenstemming van deze gegevens;
3. de protocollering als bedoeld in artikel 39.

De Verdragsluitende Partij die het dossier beheert mag de haar op grond van de artikelen 3, 4 en 9 verstrekte gegevens uitsluitend verwerken voorzover dit voor het uitvoeren van de vergelijking, het geautomatiseerde beantwoorden van de bevraging of het protocolleren als bedoeld in artikel 39 noodzakelijk is. Na afloop van de gegevensvergelijking of na de geautomatiseerde beantwoording van de bevraging worden de verstrekte gegevens onverwijld gewist, tenzij de verdere verwerking noodzakelijk is ten behoeve van de doelen, als bedoeld in het tweede lid, onderdelen 2 en 3.

(3) Uit hoofde van artikel 12 verstrekte gegevens mogen door de Verdragsluitende Partij die het dossier beheert uitsluitend worden gebruikt voorzover dit voor het geautomatiseerd beantwoorden van de bevraging of het protocolleren als bedoeld in artikel 39 noodzakelijk is. Na de geautomatiseerde beantwoording van de bevraging worden de verstrekte gegevens onverwijld gewist, tenzij de verdere verwerking noodzakelijk is voor het protocolleren op grond van artikel 39. De bevragende Verdragsluitende Partij mag de in het kader van de beantwoording verkregen gegevens uitsluitend gebruiken voor de procedure op grond waarvan de bevraging is geschiedt.

#### Artikel 36

##### Bevoegde autoriteiten

De verstrekte persoonsgegevens mogen uitsluitend door de autoriteiten, instanties en rechtbanken worden verwerkt die bevoegd zijn voor een taak in het kader van de doeleinden op grond van artikel 35. In het bijzonder vindt de doorzending van de verstrekte gegevens aan andere instanties niet plaats dan na voorafgaande toestemming van de verstrekende Verdragsluitende Partij en met inachtneming van het recht van de ontvangende Verdragsluitende Partij.

#### Artikel 37

##### Juistheid, actualiteit en opslagduur van de gegevens

(1) De Verdragsluitende Partijen zijn verplicht op de juistheid en actualiteit van de persoonsgegevens te letten. Als blijkt, ambtshalve of op basis van een mededeling van de betrokkene, dat onjuiste gegevens of gegevens, die niet hadden mogen worden verstrekt, zijn verstrekt dan moet dit onverwijld aan de ontvangende Verdragsluitende Partij of de ontvangende Verdragsluitende Partijen worden meegedeeld. Die zijn verplicht om de gegevens te corrigeren of te wissen. Voor het overige moeten verstrekte persoonsgegevens worden gecorrigeerd, als blijkt dat ze onjuist zijn. Als de ontvangende instantie reden heeft

om aan te nemen dat de verstrekte gegevens onjuist zijn of gewist zouden moeten worden dan informeert deze de verstrekkende autoriteit daarover onverwijld.

(2) Gegevens, waarvan de betrokkene de juistheid aanvecht en waarvan de juistheid of onjuistheid niet kan worden vastgesteld, moeten met inachtneming van het nationale recht van de Verdragssluitende Partijen op verzoek van de betrokkene worden gemarkeerd. Indien er een markering is aangebracht mag deze met inachtneming van het nationale recht van Verdragssluitend Partijen alleen met toestemming van de betrokkene of op basis van een besluit van de bevoegde rechtbank of de voor de gegevensbescherming bevoegde onafhankelijke instantie worden opgeheven.

(3) Verstrekte persoonsgegevens moeten worden gewist als ze niet verstrekt of ontvangen hadden mogen worden. Rechtmatig verstrekte en ontvangen gegevens moeten worden gewist:

1. als ze voor het doel waarvoor ze zijn verstrekt, niet of niet meer noodzakelijk zijn; als persoonsgegevens zonder verzoek zijn verstrekt, moet de ontvangende instantie onverwijld controleren of ze voor de aan de verstrekking ten grondslag liggende doeleinden noodzakelijk zijn;

2. na afloop van een in het nationale recht van de verstrekkende Verdragssluitende Partij voorziene maximale termijn voor het bewaren van de gegevens, als de verstrekkende instantie de ontvangende instantie bij de verstrekking op zulke maximale termijnen heeft gewezen.

In plaats van het wissen komt een afscherming met inachtneming van het nationale recht, als er reden bestaat om aan te nemen dat door het wissen beschermenswaardige belangen van de betrokkene worden geschaad. Afschermd gegevens mogen alleen worden verstrekt of gebruikt voor het doel, waarvoor het wissen achterwege is gebleven.

### Artikel 38

#### Technische en organisatorische maatregelen ter gegevensbescherming en beveiliging van gegevens

(1) De verstrekende en de ontvangende instantie zijn verplicht om persoonsgegevens effectief te beschermen tegen toevallige of onbevoegde vernietiging, toevallig verlies, onbevoegde toegang, onbevoegde of toevallige verandering en onbevoegde bekendmaking.

(2) De bijzonderheden van de technische vormgeving van de geautomatiseerde bevragingprocedure worden in een uitvoeringsafpraak zoals bedoeld in artikel 44 geregeld die waarborgt dat:

1. met de huidige stand van de techniek overeenkomende maatregelen ter waarborging van gegevensbescherming en de beveiliging van gegevens worden getroffen, die in het bijzonder de vertrouwelijkheid en het intact zijn van de gegevens waarborgen;

2. bij het gebruik van algemeen toegankelijke netwerken door de daarvoor bevoegde instanties erkende coderings- en autorisatieprocedures moeten worden gebruikt; en

3. dat de toelaatbaarheid van de bevragingen in overeenstemming met artikel 39, tweede, vierde en vijfde lid, kan worden gecontroleerd.

### Artikel 39

#### Vastleggen en protocolleren; bijzondere voorschriften met betrekking tot de geautomatiseerde en niet-geautomatiseerde verstrekking

(1) Elke Verdragsluitende Partij waarborgt dat iedere niet-geautomatiseerde verstrekking en iedere niet-geautomatiseerde ontvangst van persoonsgegevens door de instantie die het

bestand beheert en de bevragede instantie ter controle van de toelaatbaarheid van de verstrekking wordt vastgelegd. De vastlegging omvat de volgende gegevens:

1. de aanleiding van de verstrekking;
2. de verstrekte gegevens;
3. de datum van de verstrekking; en
4. de aanduiding of het kenmerk van de bevragede instantie en de instantie die het bestand beheert.

(2) Voor de geautomatiseerde bevraging van gegevens op grond van de artikelen 3, 9 en 12 of geautomatiseerde vergelijking uit hoofde van artikel 4 geldt het volgende:

1. De geautomatiseerde bevraging of vergelijking mag alleen geschieden door bijzonder geautoriseerde ambtenaren van de nationale contactbureaus. Op verzoek wordt de lijst van ambtenaren, die zijn geautoriseerd tot de geautomatiseerde bevraging of vergelijking, aan de in het vijfde lid bedoelde toezichthoudende autoriteiten en aan de andere Verdragsluitende Partijen ter beschikking gesteld.
2. Elke Verdragsluitende Partij waarborgt dat iedere verstrekking en iedere ontvangst van persoonsgegevens door de instantie die het dossier beheert en de bevragede instantie wordt geprotocolleerd, inclusief de mededeling ten aanzien van het bestaan of niet bestaan van een hit. De protocollering omvat de volgende informatie:
  - a) de verstrekte gegevens;
  - b) de datum en het precieze tijdstip van de verstrekking; en

c) de aanduiding of het kenmerk van de bevragede instantie en de instantie die het bestand beheert.

De bevragede instantie protocolleert bovendien de aanleiding van de bevraging of verstrekking alsmede het kenmerk van de ambtenaar die de bevraging heeft uitgevoerd en de ambtenaar die voor de bevraging of de verstrekking opdracht heeft gegeven.

(3) De protocollerende instantie deelt de geprotocolleerde gegevens op verzoek mee aan de voor de controle van de gegevensbescherming bevoegde instanties van de desbetreffende Verdragsluitende Partij en wel onverwijld, maar uiterlijk binnen vier weken na binnenkomst van het verzoek. Geprotocolleerde gegevens mogen uitsluitend worden gebruikt voor de volgende doeleinden:

1. de controle van de gegevensbescherming;
2. het waarborgen van de dataveiligheid.

(4) De geprotocolleerde gegevens moeten door passende voorzieningen tegen oneigenlijk gebruik en andere vormen van misbruik worden beschermd en twee jaar worden bewaard. Na afloop van de bewaringstermijn moeten de protocolgegevens onverwijld worden gewist.

(5) De juridische controle van de verstrekking of de ontvangst van persoonsgegevens is in handen van de voor de controle op de gegevensbescherming bevoegde onafhankelijke instanties van de respectievelijke Verdragsluitende Partijen. Met inachtneming van het nationale recht kan iedereen deze instanties verzoeken om de rechtmatigheid van de verwerking van gegevens met betrekking tot zijn persoon te controleren. Deze instanties alsmede de voor de protocollering bevoegde instanties moeten ook onafhankelijk van zulke verzoeken bij wijze van steekproef controles uitvoeren ten aanzien van de rechtmatigheid van de verstrekkingen, en wel aan de hand van de hieraan ten grondslag liggende dossiers. De resultaten van deze controleactiviteit moeten ter controle door de voor de gegevensbescherming bevoegde onafhankelijke instanties 18 maanden worden bewaard.

Na afloop van deze termijn moeten ze onverwijld worden gewist. Elke voor de gegevensbescherming bevoegde instantie kan door de onafhankelijke tot de gegevensbescherming bevoegde instantie van een andere Verdragsluitende Partij in overeenstemming met het nationale recht om de uitoefening van haar bevoegdheden worden verzocht. De voor de controle van de gegevensbescherming bevoegde onafhankelijke autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen dragen zorg voor de ter vervulling van hun controletaken noodzakelijke wederzijdse samenwerking, in het bijzonder door het uitwisselen van doelgerichte informatie.

#### Artikel 40

##### Rechten van de betrokkenen en schadevergoeding

(1) Aan de betrokkene dient met inachtneming van het nationale recht onder het overleggen van bewijs van zijn identiteit, op verzoek van de op grond van het nationaal recht bevoegde instantie, zonder onredelijke kosten, in algemeen begrijpelijke vorm en zonder onaanvaardbare vertraging informatie te worden verstrekt over de met betrekking tot zijn persoon verwerkte gegevens alsmede over de herkomst daarvan, de ontvanger of ontvangercategorieën, het beoogde doel van de verwerking en de rechtsgrond voor de verwerking. Bovendien heeft de betrokkene het recht op correctie van onjuiste gegevens en op het wissen van onrechtmatig verwerkte gegevens. De Verdragsluitende Partijen waarborgen bovendien dat de betrokkene zich in geval van inbreuk op zijn rechten met betrekking tot gegevensbescherming met een effectieve klacht tot een onafhankelijke rechtbank of een tribunaal in de zin van artikel 6, eerste lid, van het Europese Verdrag van de rechten van de mens alsmede een onafhankelijke controle-instantie in de zin van artikel 28 van Richtlijn 95/46/EG van de Raad van de Europese Unie van 24 oktober 1995 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens, kan wenden en dat hem de mogelijkheid wordt geboden om een aanspraak op schadevergoeding of een andere vorm van genoegdoening in rechte geldend te maken. De nadere bijzonderheden met betrekking tot de procedure ter realisering van deze rechten en de redenen voor het

beperken van het recht op kennisneming richten zich naar de desbetreffende nationale wettelijke voorschriften van de staat, waarin hij zijn rechten geldend maakt.

(2) Als een instantie van de ene Verdragsluitende Partij persoonsgegevens heeft verstrekt uit hoofde van dit Verdrag, kan de ontvangende instantie van de andere Verdragsluitende Partij zich er in het kader van haar aansprakelijkheid met inachtneming van het nationale recht jegens de benadeelde niet op beroepen dat de verstrekte gegevens onjuist zijn geweest. Verstrekt de ontvangende instantie schadevergoeding wegens een schade, die door het gebruik van onjuist verstrekte gegevens is veroorzaakt, dan vergoedt de verstrekende instantie de ontvangende instantie het totale bedrag van de toegekende schadevergoeding.

#### Artikel 41

##### Informatie op verzoek van de Verdragsluitende Partijen

De ontvangende Verdragsluitende Partij informeert de verstrekende Verdragsluitende Partij over de verwerking van de verstrekte gegevens en het daardoor behaalde resultaat.

#### Hoofdstuk 8

##### Uitvoerings- en slotbepalingen

#### Artikel 42

##### Verklaringen

(1) Bij overhandiging van de akte van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding wijst elke Verdragsluitende Partij door middel van een verklaring aan de als depositaris optredende staat de voor de toepassing van dit Verdrag bevoegde autoriteiten aan.



Het betreft de aanwijzing van:

1. de nationale contactpunten, bedoeld in artikel 6, eerste lid, voor de DNA-analyse;
2. de nationale contactpunten, bedoeld in artikel 11, eerste lid, voor de dactyloscopische gegevens;
3. de nationale contactpunten, bedoeld in artikel 12, tweede lid, voor de gegevens uit de kentekenregisters;
4. de nationale contactpunten, bedoeld in artikel 15, voor het uitwisselen van gegevens in samenhang met grootschalige evenementen;
5. de nationale contactpunten, bedoeld in artikel 16, derde lid, voor informatie ter voorkoming van terroristische strafbare feiten ;
6. de nationale contact- en coördinatiepunten bedoeld in artikel 19, voor de vluchtbegeleiders;
7. de nationale contact- en coördinatiepunten, bedoeld in artikel 22, voor de documentadviseurs ;
8. de nationale contactpunten, bedoeld in artikel 23, derde lid, ter voorbereiding en uitvoering van repatriëringsmaatregelen;
9. bevoegde autoriteiten en ambtenaren als bedoeld in de artikelen 24 tot en met 27.

(2) De overhandigde verklaringen kunnen te allen tijde geheel of gedeeltelijk worden gewijzigd overeenkomstig de procedure, bedoeld in het eerste lid.

Artikel 43  
Comité van Ministers

(1) De Verdragsluitende Partijen stellen een comité in bestaande uit ministers van de Verdragsluitende Partijen. Het Comité van Ministers neemt de noodzakelijke beslissingen over de uitvoering en toepassing van dit Verdrag. Beslissingen van het Comité van Ministers worden door alle Verdragsluitende Partijen met eenparigheid van stemmen genomen.

(2) Ter ondersteuning van het Comité van Ministers toetst een gemeenschappelijke werkgroep bestaande uit vertegenwoordigers van de Verdragsluitende Partijen de uitvoering en interpretatie van dit Verdrag en stelt vast of de noodzaak bestaat tot aanvulling of verdere ontwikkeling ervan. De gemeenschappelijke werkgroep komt op verzoek van een Verdragsluitende Partij bijeen.

Artikel 44  
Uitvoeringsafspraken

De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen kunnen op basis van en in het kader van dit Verdrag afspraken maken die de administratieve uitvoering van dit Verdrag ten doel hebben.

Artikel 45  
Territoriale werkingssfeer

De bepalingen van dit Verdrag gelden voor het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen. Voor het Koninkrijk der Nederlanden geldt dit Verdrag uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk. Voor de Franse Republiek geldt dit Verdrag uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van de Republiek.

#### Artikel 46

##### Kosten

Elke Verdragsluitende Partij draagt de kosten die voor haar instanties uit de toepassing van dit Verdrag voortvloeien. In bijzondere gevallen kunnen de desbetreffende Verdragsluitende Partijen een afwijkende regeling overeenkomen.

#### Artikel 47

##### Verhouding tot andere bi- of multilaterale verdragen

(1) De bepalingen van dit Verdrag zijn slechts van toepassing, voor zover zij met het recht van de Europese Unie verenigbaar zijn. Indien door de Europese Unie in de toekomst regelingen worden ingevoerd die op de werkingssfeer van dit Verdrag zien, geldt bij de toepassing van de desbetreffende bepalingen van dit Verdrag het recht van de Europese Unie bij voorrang. De Verdragsluitende Partijen kunnen de bepalingen van dit Verdrag gelet op de desbetreffende nieuwe regelingen voortvloeiend uit het recht van de Europese Unie wijzigen of vervangen.

(2) Dit Verdrag laat de in bestaande bi- of multilaterale verdragen tussen de Verdragsluitende Partijen vastgelegde rechten of verplichtingen onverlet. De Verdragsluitende Partijen staat het vrij om de bestaande bi- of multilaterale verdragen tussen de Verdragspartijen toe te passen in hun wederzijdse betrekkingen. Bij tegenstrijdigheid met rechten of verplichtingen uit hoofde van dergelijke verdragen geldt de bepaling uit onderhavig verdrag.

Artikel 48

Bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring

Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd, te worden aanvaard of te worden goedgekeurd. De akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring worden bij de depositaris neergelegd. Naar aanleiding van de neerlegging van de akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring kan een verklaring betreffende de territoriale werkingssfeer worden overhandigd

Artikel 49

Depositaris

- (1) Depositaris van dit Verdrag is de regering van de Bondsrepubliek Duitsland.
- (2) De depositaris stelt de overige Verdragsluitende Partijen onverwijld in kennis van bekrachtigingen, aanvaardingen, goedkeuringen, toetredingen, voorbehouden en opzeggingen alsmede van alle overige verklaringen in verband met dit Verdrag.
- (3) De depositaris draagt zorg voor de registratie van het Verdrag bij het Secretariaat-Generaal van de Verenigde Naties overeenkomstig artikel 102 van het Handvest van de Verenigde Naties.

Artikel 50

Inwerkingtreding

- (1) Dit Verdrag treedt negentig dagen na de neerlegging van de tweede akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring in werking tussen de Verdragsluitende Partijen die het Verdrag hebben bekrachtigd. Voor de overige Verdragsluitende Partijen treedt het Verdrag negentig dagen na de neerlegging van hun akten van bekrachtiging in werking.

(2) De depositaris stelt alle Verdragsluitende Partijen in kennis van de datum van inwerkingtreding.

#### Artikel 51 Toetreding

(1) Dit Verdrag staat open voor toetreding voor alle lidstaten van de Europese Unie. Met de toetreding worden ook alle tot dan toe op basis van artikel 44 gemaakte uitvoeringsafspraken en de overige afspraken bij dit Verdrag voor de toetredende staten bindend.

(2) De akten van toetreding worden bij de depositaris neergelegd. Bij toetreding kan naar aanleiding van de neerlegging van de akten van toetreding een verklaring betreffende de territoriale werkingssfeer worden overhandigd.

(3) Dit Verdrag treedt voor elke toetredende staat negentig dagen na de neerlegging van zijn akte van toetreding in werking, op zijn vroegst op de datum van inwerkingtreding van dit verdrag volgens artikel 50.

#### Artikel 52 Opzegging

(1) Dit Verdrag wordt voor onbepaalde tijd gesloten.


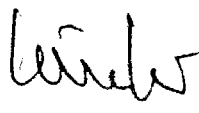
(2) Het Verdrag kan door elke Verdragsluitende Partij te allen tijde langs diplomatieke weg worden opgezegd door neerlegging van een schriftelijke verklaring bij de depositaris. De opzegging treedt zes maanden na neerlegging van de schriftelijke verklaring in werking.

Gedaan te Prüm, de zeventwintigste mei tweeduizendvijf, in één exemplaar in de Duitse, Spaanse, Franse, en Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek. Het origineel wordt in het archief van de depositaris neergelegd, die aan elke ondertekenende en toetredende staat een gewaarmerkt afschrift van het origineel van het Verdrag doet toekomen.

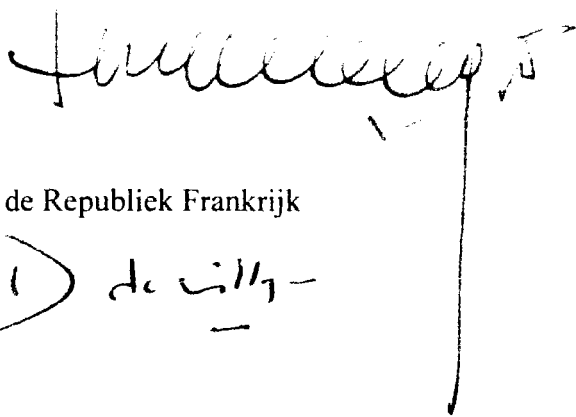
Voor het Koninkrijk België



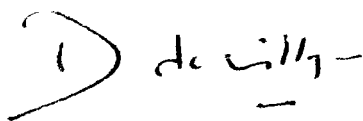
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

B. Zyparis  

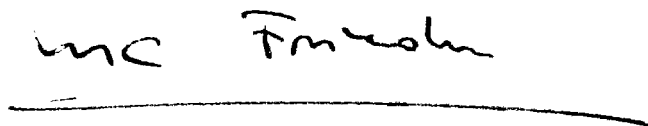
Voor de Republiek Spanje



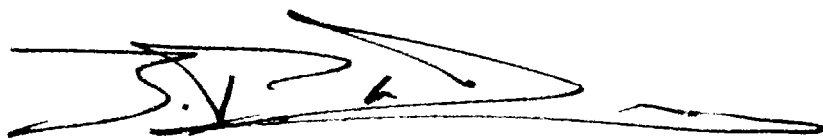
Voor de Republiek Frankrijk



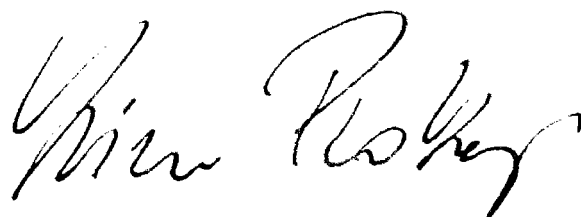
Voor het Groothertogdom Luxemburg



Voor het Koninkrijk der Nederlanden

A stylized handwritten signature in black ink, consisting of several sweeping, interconnected strokes.

Voor de Republiek Oostenrijk

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style, appearing to read 'Wim Pokoy'.

Bijlage 1

Verdrag

inzake de

intensivering van de grensoverschrijdende samenwerking,  
in het bijzonder ter bestrijding van het terrorisme, de grensoverschrijdende criminaliteit en  
de illegale migratie

Inhoudelijke gegevens die overeenkomstig artikel 17, vijfde lid, noodzakelijk zijn voor de schriftelijke aanmelding:

1. de duur van het optreden waaruit de geplande verblijfsduur blijkt;
2. de vluchtgegevens (met inbegrip van vluchtnummers en -tijden);
3. het aantal leden van het team van vluchtbegeleiders;
4. de volledige naam en voornamen van alle personen met vermelding van de naam en voornaam van de leider van het team;
5. de paspoortnummers;
6. het merk, type en serienummer van de wapens;
7. de hoeveelheid en soort munitie;
8. uitrusting die door het team ter uitoefening van zijn taken wordt meegevoerd.



Bijlage 2

Verdrag

inzake de

intensivering van de grensoverschrijdende samenwerking,  
in het bijzonder ter bestrijding van het terrorisme, de grensoverschrijdende criminaliteit en  
de illegale migratie

Bewapening, munitie en de toegestane middelen tot inzet  
als bedoeld in artikel 28, tweede lid, zinnen 1 en 2:

1. voor het Koninkrijk België:

- toegestane vuurwapens en de toegestane munitie
- toegestane peppersprays en de toegestane middelen tot inzet
- toegestaan traangas en de toegestane middelen tot inzet

2. voor de Bondsrepubliek Duitsland:

- toegestane vuurwapens en de toegestane munitie

3. voor het Koninkrijk Spanje:

- toegestane vuurwapens.
- toegestane wapens die tot de bescherming van de drager dienen overeenkomstig de dienstvoorschriften van de aan het gemeenschappelijke optreden deelnemende politie-eenheid, zoals slagstok (of gummiknuppel), sprays , traangas en andere toegestane middelen van inzet.

4. voor de Republiek Frankrijk:

- de volgens het nationale recht toegestane dienstwapens en individuele dwangmiddelen

5. voor het Groothertogdom Luxemburg:

- toegestane vuurwapens en de toegestane munitie
- toegestane peppersprays en de toegestane middelen tot inzet
- toegestaan traangas en de toegestane middelen tot inzet

6. voor het Koninkrijk der Nederlanden:

- toegestane vuurwapens en de toegestane munitie
- toegestane peppersprays en de toegestane middelen tot inzet
- toegestaan traangas en de toegestane middelen tot inzet

7. voor de Republiek Oostenrijk:

- toegestane vuurwapens en de toegestane munitie
- toegestane peppersprays en de toegestane middelen tot inzet